



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Besinnung auf alte Tugenden

„Der Städtetag ist nicht unter die Planungsfetischisten gegangen, aber ganz ohne Steuerung geht es nicht. Bayern steht heute so gut da, weil sich die Landespolitik in den 1970er Jahren gründliche Gedanken gemacht hat. Damals sind kluge Rahmenbedingungen zur Landesentwicklung abgesteckt worden, auf diese guten alten Tugenden sollten wir uns besinnen“, stellte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, in München fest.

Landesentwicklung in Bayern stehe unter den Vorgaben, die demografische Entwicklung zu steuern, einen Ausgleich zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen zu meistern, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Maly: „Förderung aus der Gießkanne löst nicht die Herausforderungen im Kampf gegen demografischen Wandel – unüberlegt eingesetzte Mittel lindern nicht die Ursachen des demografischen Schrumpfens. Bayern braucht in der Landesentwicklung überfachlichen Planungswillen und überörtlichen Gestaltungswillen. Die Zukunft eines polyzentrisch strukturierten Flächenstaats ist eng mit seinen zentralen Orten verbunden. Die beste Förderung der ländlichen Räume ist über ihre zentralen Orte zu erreichen. Die zentralen Orte prägen die Identität und das Bild der Region – gerade in den ländlichen Räumen.“

Ungezügelter Ansiedlung

Die ungezügelter Ansiedlung von Einkaufshallen oder Factory-Outlet-Centern auf der grünen Wiese halte weder Abwanderung noch demografischen Wandel auf. Hier sei eine gute Infrastrukturpolitik gefragt – Straße, Schiene, Datenautobahn – und eine staatliche Regional- und Strukturpolitik, die attraktive „Ankerpunkte“ in Kultur oder Wissenschaft für die Menschen schafft: Hochschulen und Außenstellen von Forschungseinrichtungen

könnten Impulse für eine Region geben. Die beste Möglichkeit zur nachhaltigen Zukunftssicherung liege in einer breit gefächerten Hochschullandschaft.

Dynamische Motoren

Nach den Worten des Städtetagschefs entwickeln sich klug positionierte Einrichtungen von Forschung und Lehre nach einer Startphase zu dynamischen Mo-



Dr. Ulrich Maly.

toren. Der Freistaat habe seit den 1970er Jahren ein vielfältiges System von Fachhochschulen über das ganze Land gelegt: Beispiele seien etwa Kempten, Amberg, Weiden, Deggendorf, Schweinfurt. Dies habe ganze Regionen stabilisiert und belebt. „Da ist Innovatives entstanden, das hat Impulse für die lokale Wirtschaft und das Kulturleben gegeben.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale 2013 in Nürnberg:

Gemeinsam für Städte und Gemeinden

Die achte Ausgabe der Fachmesse Kommunale steht bevor. Am 23. und 24. Oktober 2013 treffen sich Bürgermeister und Entscheider aus Städten und Gemeinden erneut zum Erfahrungsaustausch im Nürnberger Messezentrum. Diskutiert werden neue Ansätze, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen rund um die Themen Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung zu bewältigen - und hier entstehen die Ideen für Investitionsentscheidungen.

Der Kongress des Bayerischen Gemeindetags unter dem Leitthema „Gemeinde 2030 - Kommunale Megatrends“, der Feuerwehr-Informationstag sowie zahlreiche Ausstellerfachforen bieten parallel dazu die Möglichkeit, die Diskussion zu speziellen Zukunftsthemen für Städte und Gemeinden zu vertiefen. Die Bayerische Gemeindezeitung ist als Medienpartner der Kommunale natürlich auch wieder mit einem Stand vor Ort.
Nähere Informationen unter: www.kommunale.de **DK**

Tag des offenen Denkmals:

Auf Entdeckertour

Einblicke in kunsthistorische Bauten und denkmalgeschützte Anwesen ermöglichte der bundesweite Tag des offenen Denkmals am vergangenen Sonntag. Unter dem Motto „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“ wurden in diesem Jahr die zentralen Fragen der Denkmalpflege in den Mittelpunkt gestellt: Was ist wert, erhalten zu werden und weshalb? Was macht Denkmale unbequem, wann und für wen?

Das Motto war bewusst weit gefasst. Denkmale, die an Krieg und Unrecht erinnern, standen ebenso im Fokus wie Denkmale der Nachkriegsmoderne oder nicht mehr genutzte Industriebauten und historische Gebäude in strukturschwachen Gegenden. Alle diese Objekte machten sichtbar, vor welche Herausforderungen die Anforderungen des Denkmalschutzes Besitzer, Planer, Handwerker und Denkmalpfleger stellen können - und wie sie gemeinsam bewältigt werden.

Leistungsschau

Der Tag war zugleich eine Leistungsschau, bei der gezeigt wurde, wie sehr es sich lohnt, sich für alle historischen Bauwerke einzusetzen. Bundesweit hatten an die 8.000 historische Gebäude, archäologische Stätten, Gärten und Parks geöffnet, in Bayern waren es rund 750 Denkmäler.

Die bayernweite Eröffnung fand im Orgelmuseum Kelheim statt und stand unter dem Motto: „150 Jahre Befreiungshalle Kelheim und 40 Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz“. Die Festrede hielt der Münchner TU-Präsident Prof. Wolfgang A. Herrmann, Generalkonservator Prof. Dr. Egon Johannes Greipl eröffnete die Veranstaltung. Wie letzterer hervorhob, sei die Befreiungshalle Kelheim ein wichtiges Zeugnis bewegter Geschichte. Zudem sei sie ein Beleg dafür, dass Denkmäler auch die eigenwilligsten Geschichtsdeutungen überdauern. Die Befreiungshalle wurde zum Gedenken an die Befreiungskriege gegen das napoleonische Frankreich durch Kö-

nig Ludwig I. errichtet – wie die Walhalla und die Ruhmeshalle an der Münchner Theresienwiese zählt sie zu den bayerischen/deutschen Nationaldenkmälern.

Bayerischer Landkreistag:

Bausteine und Sonderhilfen

Mit Blick auf das Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung am 1. August 2013 hat der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Jakob Kreidl, Miesbach, darauf hingewiesen, dass es den kreisangehörigen Gemeinden mit Unterstützung des Freistaates gelungen sei, das Betreuungsangebot in Kinderkrippen in den vergangenen fünf Jahren massiv auszubauen.

Die Landkreise hätten zusätzlich Plätze in der Kindertagespflege geschaffen. In Bayern gebe es insgesamt mittlerweile rund 100.000 Betreuungsplätze. Bezogen auf die aktuell etwa 204.000 Kinder im Alter von ein-

bis drei Jahren entspreche dies einer Quote von 47 %. Damit übertreffe Bayern deutlich das bisherige Ausbauziel von 39 %.

Flexible Lösungen

Vor diesem Hintergrund zeigte sich Kreidl zuversichtlich, dass der Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren erfüllt werden kann: „Es kommt nicht auf die Erfüllung einer Quote an, sondern ob tatsächlich in jedem Einzelfall Eltern mit Kleinkindern ein geeigneter Betreuungsplatz angeboten werden kann. Hier haben die Landkreise mit dem Angebot eines besonders flexiblen Einsatzes von Tagesmüttern und -vätern, etwa auch zur Randzeiteinbetreuung in Kindertageseinrichtungen, Vorsorge getroffen.“

Wie Kreidl weiter hervorhob, könne die Tagespflege auch helfen, ein Betreuungsangebot in (Fortsetzung auf Seite 4)

Kultureller Reichtum

Bayern gehört laut Greipl zu den denkmalreichsten Bundesländern in Deutschland: „Entscheidend für ein Denkmal ist seine Bedeutung und seine Zeugnis-kraft. Keine Rolle spielt dabei, ob es schön, hässlich oder unbequem ist! Bayern ist nicht nur „Altbayern“ (Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz), sondern auch Franken und Schwaben. Und es sind nicht allein die Menschen und ihre Dialekte, die kulinarischen Spezialitäten in den jeweiligen Regionen, sondern es sind die Denkmäler, mit denen sich die Menschen identifizieren. Egal, ob sie in der Stadt oder auf dem Dorf leben. Es ist der kulturelle Reichtum Bayerns mit seinen über 160.000 Denkmälern, der dieses Land so unverwechselbar macht.“

Orgelmuseum Kelheim

TU-Präsident Herrmann, sprach wiederholt von der engen Verbindung, die er noch heute zu seiner Geburtsstadt Kelheim habe. Er verlieh seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Eröffnung des Orgelmuseums vor einigen Jahren die Franziskaner- (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von *Sabrina*



Mager ist nach Ansicht der Vorzimmerperle die gedankliche Kost, die den deutschen Jung- und Erstwählern vor der Bundestagswahl serviert wird, um sie an die Urne zu locken. Gefragt seien echte Debatten um Zukunftsthemen, so wie es der Bürgermeister im Kommunalwahlkampf 2014 praktizieren wird. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe	
Landkreistag: Potenziale in den Landkreisen	Seite 2
Kinderbetreuung: Anerkennungsverfahren vereinfacht	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Die Bürger haben die Wahl	3
Hochwasserschäden: Gemeinden spenden Millionenbetrag	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Umweltpolitik	5-8
Kommunale Finanzthemen	9-13
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	14-15
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	16-17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20



Die berühmte Befreiungshalle kurz vor dem Donaudurchbruch bei Kelheim gehört zu den bekanntesten Baudenkmälern Bayerns. Zum 150-jährigen Jubiläum erstrahlt der Prachtbau von König Ludwig I. jetzt in neuem Glanz. Bild: obx-news/Bayerische Schlösserverwaltung/H. Dietz

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Aktuelle Publikation des Deutschen Landkreistags:

Potenziale in den Landkreisen

Der Deutsche Landkreistag hat unter dem Titel „Stark in der Fläche – Entwicklungsbedingungen und Potenziale in den Landkreisen“ ein Papier erarbeitet, in dem besondere Potenziale der Fläche – verstanden als die Betrachtungsebene der 295 Landkreise mit Ausnahme der 107 kreisfreien Städte – dargestellt werden.

Die Darstellung basiert auf aktuellem Zahlenmaterial der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Gestalt der Datensammlung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung INKAR 2011 – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Auf dieser Grundlage hat der Deutsche Landkreistag eigene Auswertungen vorgenommen, Daten analysiert sowie Karten und Grafiken erstellt.

Unterschiedliche Aspekte

Betrachtet werden die unterschiedlichen Aspekte der Entwicklungsbedingungen in den Landkreisen von demografischen Gegebenheiten über Charakteristika der verschiedenen Wirtschaftszweige wie Wertschöpfung, Beschäftigungssituation, Baulandpreise, der Verfügbarkeit von Flächen für die Energiewende oder Fachkräftepotenzial bis hin zu sozialem Zusammenhalt, Arbeitslosenquote oder etwa verfügbaren Pflegeheimplätzen.

Mit der Publikation wird belegt, dass und warum Deutschland stark in der Fläche ist und welche Potenziale es zu heben gilt. Insofern versteht sich die Darstellung ausdrücklich als Faktensammlung mit positiver Botschaft und Stoßrichtung, um zu zeigen, dass die Fläche über eine Zukunftsperspektive verfügt, die es – freilich in Anbetracht der großen Herausforderungen, z. B. bezogen auf demografische Veränderungen – zu entwickeln gilt.

Flächenintensive Industrie

Laut Papier ist die Fläche Ort zahlloser Wirtschaftsunternehmen, sei es als Standort flächenintensiver Industrien, als Produktionsfaktor in der Landwirtschaft oder als Heimat und Standort zahlreicher Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe. Sie ist damit unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Wirtschaftskraft und des nationalen Produktionspotenzials. Insbesondere flächenintensive Industrien sind in den Landkreisen beheimatet, die einer der wesentlichen Stützpfiler für die

deutsche Spitzenposition im internationalen Vergleich sind.

Industriequote

Ländliche Gegenden wie der thüringische Saale-Orla-Kreis, Westniedersachsen (Landkreise Emsland, Cloppenburg und Vechta), fast ganz Baden-Württemberg oder die ostbayerischen Landkreise Cham, Tirschenreuth oder Wunsiedel weisen bei den Beschäftigten eine deutlich höhere (bis doppelt so hohe) Industriequote als beispielsweise München auf. Sie sind damit wichtige Stützpfiler für die Aufrechterhaltung der deutschen Spitzenposition auch im industriellen Bereich.

Ein direkter Vergleich von kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt, dass die Landkreise mit einer durchschnittlichen Industriequote von 16 Beschäftigten/100 Einwohner nahezu gleichauf liegen mit den kreisfreien Städten mit 18 Beschäftigten/100 Einwohner. Allerdings besteht ein starkes Nord-Süd-Gefälle.

Auch das Handwerk ist ein starker Pfeiler der Wirtschaftskraft in der Fläche. Die Bedingungen für Handwerker, die für unverlagerbare, krisensichere Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region sorgen und damit erheblich zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen, sind in ländlichen Gebieten oft günstiger als in verdichteten Räumen. Tatsächlich ist der Handwerkerbesatz in den produzierenden Handwerkszweigen einschließlich des Nahrungsmittelhandwerks und des Bauhandwerks auf dem Lande deutlich größer als im großstädtischen Bereich. Auch die Gründungsquote bestätigt diese Feststellung: In ländlichen Räumen werden mehr Handwerksgründungen vorgenommen als in Kernstädten.

Baugewerbe

Wesentlicher Teil der handwerklichen Branche ist neben dem umsatz- und beschäftigungsstarken örtlichen Gewerbe, dem Kraftfahrzeug- und Ausbaugewerbe das Bauhauptgewerbe, dessen Umsätze sich auch und gerade in der Fläche in Bezug

zum großstädtischen Raum vergleichbar darstellen. Auch Landkreise wie Freising, Hersfeld-Rotenburg, Oder-Spree oder Schwäbisch Hall und damit vor allem ländliche Kreise weisen dabei einen ebenso hohen Bauumsatz auf wie beispielsweise Stuttgart, Schweinfurt oder Köln.

Dienstleistungen

Auch im Dienstleistungsbereich präsentiert sich die Fläche stark, z. B. in Bezug auf Handel, Verkehrs- und Logistikunternehmen, Hotel- und Gaststättengewerbe oder Sozialwirtschaft. Vor allem in (ganz) Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, aber auch Schleswig-Holstein ein erheblicher Teil der wirtschaftlichen Leistung im 3. Sektor erbracht wird. In der Fläche sind besonders viele Selbstständige zu finden, wie die Broschüre ausweist. So ist die Quote je 100 Erwerbstätige etwa in Oberbayern, im Landkreis Südwestpfalz, dem Norden Schleswig-Holsteins, in den Landkreisen Lüchow-Danenberg oder Prignitz deutlich höher als beispielsweise im Ruhrgebiet, Stuttgart oder Hannover, wo der Anteil an abhängiger Beschäftigung überwiegt. Daraus kann geschlossen werden, dass in den Landkreisen besonders viel unternehmerisches

Tourismus und Handel:

Bayerntourismus auf Erfolgskurs

Zeil: „Tourismusregionen stärken – Ladenöffnung modernisieren“

Die bayerischen Urlaubsgebiete haben den turbulenten Wetterverhältnissen in der ersten Jahreshälfte erfolgreich Paroli geboten. Nach der Rekordbilanz 2012 besuchten im ersten Halbjahr 2013 nochmals 1,5 Prozent mehr Gäste den Freistaat als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. Auch die Zahl der Übernachtungen erreichte mit 37,4 Millionen (- 0,2 Prozent) annähernd das Rekordniveau des Vorjahres.

Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Martin Zeil stellt erfreut fest: „Die Halbjahresbilanz zeigt: Der Bayerntourismus ist robust. Der Freistaat hat sich aufgrund seines qualitativ hochwertigen und vielfältigen Leistungsangebots in den Köpfen der Menschen fest als eines der Top-Reiseziele in Europa verankert. Daran konnten auch kurzzeitige Wetterkapriolen im Frühsommer nichts ändern.“

Leitökonomie

Um sich einen Überblick vor Ort zu machen, besuchte der bayerische Wirtschaftsminister gestern erneut die Tourismusregion Königssee. Dort bekräftigte er sein Ziel, die Leitökonomie Tourismus und die Tourismusorte im zunehmend internationalen Wettbewerb weiter zu stärken. Dazu strebt Zeil auch eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und eine Modernisierung des Ladenöffnungsrechts an.

Shopping

„Einkaufen ist ein wichtiger Teil des Urlaubsgefühls unserer Gäste und wichtig für die lokale Wirtschaft“, so der Minister. Dringend erforderlich sei daher eine gründliche Überarbeitung des im Gesetz festgeschriebenen Warensortiments, das an Sonn- und Feiertagen in den Tourismusorten angeboten werden darf. „Diese Liste stammt aus dem Jahr 1953 und geht vollständig an den Erwartungen unserer Gäste vorbei“, erläutert Zeil. „Es kann doch nicht sein, dass zwar Badesachen, aber kein Regenschutz verkauft werden darf. Das

Engagement – zumeist kleinteiliges – vorhanden ist.

Entsprechend den oben dargestellten guten wirtschaftlichen Bedingungen stellt sich die Arbeitslosigkeit in der Fläche deutlich besser dar als im großstädtischen Bereich. Bezeichnend ist, dass 62 Landkreise über die geringste Arbeitslosenquote von bis 2,3 bis 4,3 % verfügen, ehe als erste kreisfreie Stadt Erlangen mit einer Quote von 4,4 % zu nennen ist. Die dann nach weiteren 25 Landkreisen folgende nächste kreisfreie Stadt ist Ingolstadt mit 4,8 %. Insgesamt weisen die Landkreise eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 7,1 % auf, während es bei den kreisfreien Städten 9,7 % sind. Klar erkennbar bleibt jedoch ein starkes Ost-West-Gefälle. Vor allem in Ostdeutschland, Bayern, aber auch z. B. im stark ländlich geprägten Rheinland-Pfalz oder Teilen von Niedersachsen ist es sogar gelungen, die Arbeitslosigkeit deutlich stärker zu reduzieren.

Naturnähe

In den Landkreisen lässt es sich gut leben, gerade in Bezug auf Naturnähe und Erholungsmöglichkeiten. Vor allem die erhebliche landschaftliche Attraktivität bietet gute Bedingungen für eine Entwicklung des touristischen Potenzials. Insbesondere ländliche Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Bayern, aber auch Schleswig-Holstein stechen hervor, wo teilweise zwischen 20 und 40 Übernachtungen auf einen Einwohner kommen. Generell ist dieses Verhältnis von Übernachtungen und Einwohnern in den Landkreisen mit 5,9 nahezu dop-

Am 7. November 2013:

Bayerisches Breitbandforum in München

Die Versorgung mit schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe zur Daseinsvorsorge. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern insgesamt stärken. Den kommunalen Entscheidern fällt hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

Mit dem Bayerischen Breitbandforum am 7. November in München schafft die Bayerische GemeindeZeitung eine Plattform, über die Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht werden. Die IT-Messe Communication World bietet hierfür den perfekten Rahmen. Zusätzlich kann die Ausstellung besucht werden, auf der selbst ein großes Produktangebot für die öffentlichen Auftraggeber gezeigt wird.

Die Bayerische GemeindeZeitung als Veranstalter kommunaler Fachforen

Die Bayerische GemeindeZeitung beliefert kommunale Entscheider mit qualifizierten Fachinformationen. Die Leser sind verantwortlich für kommunale Investitionen im Freistaat und üben eine meinungsbildende Vorbildfunktion aus. Das Printangebot wird durch Fachveranstaltungen speziell für diese Zielgruppe ergänzt. Bereits im sechsten Jahr führen wir erfolgreich das Energieforum „Power für Bayerns Kommunen!“ durch. Hinzu kommen das Kommunalforum Alpenraum – als bayerischer Medienpartner – und das Bayerische Wasserkraftforum. Im Rahmen einer weiteren Fachveranstaltung wenden wir uns nun dem Fachthema EDV/IT/Kommunikation zu und laden Sie herzlich ein, auf dem Bayerischen Breitbandforum dabei zu sein:

Bayerisches Breitbandforum am 7.11.2013 im MOC München, Lilienthalallee 40, 80939 München. Weitere Informationen unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

pelt so hoch wie in den kreisfreien Städten mit 3,1. Betrachtet man die durchschnittliche Verweildauer von Gästen in Fremdenverkehrsbetrieben, ergibt sich folgendes Bild: In kreisfreien Städten bleiben die Gäste zwei Tage, in den Landkreisen hingegen drei Tage. **DK**

den an Werktagen müsse liberaler werden: „Es muss auch in Bayern möglich sein, dass die Kommunen ohne staatliches Genehmigungsverfahren frei entscheiden können, ob sie von diesem Stadtmarketinginstrument Gebrauch machen“, so Zeil. Die Gemeinden seien nach Ansicht des Wirtschaftsministers sehr wohl in der Lage, die unterschiedlichen Interessen vor Ort abzuwägen und auch auszugleichen. Diese Entscheidung müsse nicht in München getroffen werden.

Tankstellen-Debatte

Mit einer eigenen bayerischen Regelung könne laut Zeil endlich auch das immer noch offene Problem des Verkaufs von Waren an Nicht-Autofahrer an Tankstellen während der gesetzlichen Ladenschlusszeiten gelöst werden. „Gerade die unselige Debatte um die Tankstellen hat doch klar gezeigt, dass eine vernünftige und bayerisch-pragmatische Lösung ohne ein eigenes bayerisches Gesetz nicht möglich ist“, so der Minister. **□**

Verfahren zur Anerkennung als Kita-Kraft vereinfacht

„Damit Kommunen und freie Träger trotz des dynamischen Krippenausbaus gleichzeitig die Betreuungsqualität weiter verbessern können, sind wir auf gut qualifiziertes neues Personal für Kindertagesstätten angewiesen. Im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenpaktes hat der Freistaat nun als weiteren Schritt das Verfahren zur Anerkennung als Kita-Kraft vereinfacht: Zum einen können Bewerber mit ausländischen Berufsabschluss neben der Anerkennung beim jeweiligen Jugendamt nun auch zentral eine Anerkennung als Erzieher oder Kindertagespfleger für das ganze Bundesgebiet beantragen. Zum anderen müssen Kindheitspädagogen mit inländischen Bachelor-Abschluss selbst gar keinen Antrag mehr stellen, sondern können direkt durchstarten“ so Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer jüngst in München mit Blick auf die Neuregelungen im Bayerischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BayBQFG) sowie dem Bayerischen Sozial- und Kindheitspädagogengesetz (BaySozKiPädG), die beide zum 1. August in Kraft getreten sind.

Grundsätzlich wird die Eignung als Fach- oder Ergänzungskraft in Kindertagesstätten durch das jeweilige Jugendamt bzw. bei kommunalen Kindertagesstätten in kreisfreien Städten durch die jeweilige Bezirksregierung festgestellt. Dabei können neben dem Berufsabschluss auch zusätzliche Faktoren wie praktische Erfahrungen berücksichtigt werden. Zusätzlich können Bewerber mit ausländischem Abschluss nun nach

BayBQFG einen Antrag bei der Regierung von Niederbayern auf bundesweit gültige Anerkennung stellen. Dabei sind auch Teilanerkennungen möglich, nach denen fehlende Qualifikationsmerkmale durch Lehrgänge und Praktika ausgeglichen werden können.

Frühe Kindheit

Darüber hinaus wird das Anerkennungsverfahren für

Kindheitspädagogen mit dem BaySozKiPädG vereinfacht: In Bayern betrifft dies insbesondere die Bachelor-Studiengänge „Frühe Kindheit“.

Landesregelungen

Ein Antrag der Absolventen ist nicht erforderlich, es genügt ein Antrag der Hochschule auf generelle Anerkennung des Studiengangs an das Bayerische Familienministerium. Bei Bewerbern aus anderen Bundesländern ist maßgeblich, ob sie nach den jeweiligen landesgesetzlichen Regelungen berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Kindheitspädagoge“ zu führen. Bewerber mit ausländischem Bachelorabschluss können die Anerkennung zentral beim Zentrum Bayern Familie und Soziales beantragen. **Nähere Informationen zu den neuen Gesetzen und die Adressen der Anerkennungsstellen unter: www.stmas.bayern.de/berufsbildung/anerkennung-ausland/index.php** **□**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG Bürgermeister Gerhard Loy 95234 Sparneck am 25.9.	Bürgermeister Johann Schrott 92269 Fensterbach am 17.9.
ZUM 70. GEBURTSTAG Bürgermeister Georg Sterzer 82386 Oberhausen am 17.9.	Bürgermeister Michael Stampfer 85117 Eitensheim am 24.9.
ZUM 65. GEBURTSTAG Bürgermeister Josef Heckner 84030 Ergolding am 15.9.	ZUM 55. GEBURTSTAG Bürgermeister Thomas Unhoch 91625 Schnelldorf am 17.9.
Bürgermeister Johann Sailer 92559 Winklarn Opf. am 17.9.	Bürgermeister Wilhelm Schneider 96126 Maroldsweisach am 19.9.
Bürgermeister Alfred Ostermeier 85113 Böhmfeld am 23.9.	Bürgermeister Hubert Eberle 86698 Oberndorf a. Lech am 20.9.
ZUM 60. GEBURTSTAG Bürgermeister Wolfgang Rast 91338 Igensdorf am 13.9.	Bürgermeister Ludwig Wayand 85107 Baar-Ebenhausen am 25.9.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

BKPV-Geschäftsbericht 2012:

Projektsteuerung und Energiewirtschaftsgesetz

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Mittelpunkt des kürzlich vorgelegten Geschäftsberichts 2012 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Neben rechtlichen Vorgaben für Geldanlagen im kommunalen Bereich - erläutert an Fällen aus der Praxis - werden Hinweise zur externen Projektsteuerung kommunaler Baumaßnahmen, die Organisation der Hausmeisterdienste, aktuelle umsatzsteuerliche Themen für die Gemeinden und ihre Unternehmen, die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie die Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichts bei vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen eingehend erläutert.

Von der „guten Seele“ zum „Gebäudetechniker“: Die Hausmeister Tätigkeiten haben sich in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt. Während in der Vergangenheit überwiegend Pflege-, Unterhalts- und Kontroll Tätigkeiten zu bewältigen waren, geht das Anforderungsprofil eines Hausmeisters mittlerweile durch den zunehmenden Technisierungsgrad, insbesondere bei neuen bzw. generalisanierten Gebäuden, das stark geänderte Nutzerverhalten und die intensivere Nutzung der Gebäude hin zum „Facility-Manager“. Basis dieser Entwicklung ist die Einführung moderner Gebäudeleittechnik auch im öffentlichen Bereich.

Stellenbedarfsberechnung

Für die Kommunen ist in diesem Zusammenhang unter anderem der Stellenbedarf für Hausmeisterdienste in Schulen und vergleichbaren Gebäuden und dessen Berechnung von zentraler Bedeutung. Häufig wurde hierbei in der Vergangenheit eine Pauschalmethode auf Grundlage der Reinigungsflächen eines Gebäudes herangezogen. Die KGSt hat dagegen mit ihrem Bericht aus dem Jahr 2010 „Hausmeisterdienste in Kommunen“ als Basis für die pauschale wie auch die individualisierte Stellenbemessung die Berechnungsgröße Reinigungsfläche aufgegeben und geht nun von der Berechnungsgröße „Brutto-Grundfläche“ (BGF) aus.

Der BKPV hat die Erkenntnisse der KGSt zum Anlass genommen, in den letzten beiden Jahren im Rahmen seiner Prüfungs- und Beratungstätigkeit in Bayern eigene Untersuchungen und Erhebungen durchzuführen. Als Grundlage für seine Berechnungen zog er ebenfalls den im Bereich des Gebäude (Facility-)Managements anerkannten Maßstab der Brutto-Grundfläche heran. Daneben wurden die bestehenden Aufgabenkataloge hinterfragt und ergänzt, Unterstützungselemente im Bereich der Hausmeisterdienste erhoben sowie Empfehlungen zur Optimierung der Dienste erarbeitet.

Mit Blick auf das Thema „Praxis hinweise zur externen Projektsteuerung kommunaler Baumaßnahmen“ wird in dem BKPV-Geschäftsbericht darauf hingewiesen, dass erhebliche Kostensteigerungen bzw. gravierende Terminverzögerungen bei Baumaßnahmen oft dann auftreten, wenn entweder am Anfang des Projekts keine oder nicht ausreichende Projektstrukturen geschaffen wurden oder anfänglich geschaffene Projektstrukturen während des Projekts nicht mehr ausreichend beachtet werden.

Externe Büros

Projektstrukturen für ein Bauvorhaben einzubringen und sinnvoll anzuwenden, sei Teil der sogenannten Projektsteuerung, die von Kommunen oft an externe Büros vergeben wird. Projektsteuerung könne aber nur dann wirksam sein, wenn sie sich konsequent an vom Bauherrn verbindlich festgelegten Zielen ori-

entiert, den Bauherrn rechtzeitig informiert und Handlungsmöglichkeiten vorausschauend erkundet.

Die Beauftragung einer externen Projektsteuerung komme generell vor allem in Betracht, wenn die Kommune keine leistungsstarke Bauverwaltung besitzt, viele Projektbeteiligte koordiniert und überwacht werden müssen, das Bauvorhaben einen hohen Schwierigkeitsgrad aufweist oder das Kostenvolumen über 5 Mio. Euro liegt.

Nicht jeder Kommune sei klar, dass Projektsteuerung (nur) eine unterstützende Tätigkeit auf der Bauherrenseite in so genannter Stabsfunktion ist. Das Durchsetzen – gegebenenfalls anhand der Vorschläge der Projektsteuerung – sei Sache der Kommune (als Bauherrin) bzw. ihrer für den Verwaltungsvollzug zuständigen Mitarbeiter in so genannter Linienfunktion, die nach den kommunalrechtlichen Vorgaben allerdings noch die Zustimmung einer zuständigen Entscheidungsebene der Kommune (z. B. beschließender Ausschuss) benötigen können.

Prüfungspraxis

In seiner Prüfungspraxis stellt der Verband aber leider oft fest, „dass kleinere Kommunen, die nicht über eine erfahrene Bauverwaltung verfügen, bei größeren Bauprojekten dem Aspekt der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit der Projektsteuerungsleistungen zu wenig Aufmerksamkeit schenken“. Das Dilemma eines zwar fachkundigen, oft aber nicht erfahrenen kommunalen Bauherrn am Anfang eines größeren bzw. komplexen Bauprojekts sei, dass die kommunale Lenkungssebene ihre eigenen Bauherrenaufgaben und die des für die Willensbildung der Kommune zuständigen kommunalen Gremiums (noch) nicht ausreichend kennt. „Darauf zu vertrauen, dass der Projektsteuerer in der Verhandlungssituation über seine eigene Beauftragung (Leistungsumfang und Honorierung) als Sachwalter kommunaler Interessen auftritt, wäre leichtgläubig.“

Projektsteuerung

Wie der BKPV weiter ausführt, „gibt es kein allgemein verbindliches Leistungsbild der Projektsteuerung“. Weder die Leistung noch das Honorar seien gesetzlich verbindlich geregelt. Auch die Honorarordnung für die Leistungen der Architekten und Ingenieure, HOAI 2009, regle dies nicht.

Die in der Praxis anzutreffenden Vertragsregelungen seien häufig komplex und nicht transparent gestaltet, dabei im Einzelnen sehr unterschiedlich und letztlich nur noch für Fachkundige durchschaubar. Kritisch zu betrachten sind laut BKPV jedenfalls „solche relativ oft vereinbarten Honorarregelungen, bei denen der Projektsteuerer sogar an massiven Kostensteigerungen durch lineare Erhöhung seines eigenen Honorars partizipiert“.

„Wir stellten in der Prüfungspraxis fest, dass von Kommunen leider allzu oft schon bei Projektbeginn die entscheidenden Weichenstellungen verkannt werden und den Empfehlungen von Beratern vertraut wurde, die dem in sie gesetzten Vertrauen nicht vollumfänglich gerecht wurden. Zum Beispiel mussten wir in einigen Regionen Bayerns feststellen, dass in VOF-Verfahren der Wettbewerb zwischen am Markt auftretenden leistungsfähigen Projektsteuerungsbüros über sachlich bedenkliche Bedingungen, die in der EU-weiten Bekanntmachung veröffentlicht wurden, faktisch eingeschränkt war“, so der Bayerische Kommunale Prüfungsverband weiter. Bei der Inanspruchnahme der Rechtsschutzmöglichkeiten im Vergaberecht könne auf Seiten der Wettbewerber auch der Aspekt eventuell später möglicher Beauftragungen durch die Kommunen eine Rolle spielen.

Umsatzsteuerthemen

Stichwort: Aktuelle umsatzsteuerliche Themen für die Gemeinden und ihre Unternehmen. In jüngster Zeit stellt sich für Kommunen ausgehend von der neuen höchstgerichtlichen Rechtsprechung die drängende Frage, ob ihnen weitere Belastungen durch die Besteuerung so genannter Beistandsleistungen drohen. In seiner Entscheidung vom November 2011 stellte der Bundesfinanzhof fest, dass Leistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (sog. Beistandsleistungen) der Umsatzsteuer unterliegen, auch wenn die in Anspruch genommene Leistung bei der empfangenden Kommune letztlich der Ausübung einer hoheitlichen Aufgabe dient.

Vorsteuerabzug

Aus dieser Entscheidung ergibt sich nach Auffassung des BKPV zwar auf der einen Seite für kommunale Betriebe gewerblicher Art die Möglichkeit, verstärkt den Vorsteuerabzug geltend zu machen. Auf der anderen Seite drohe den Kommunen aber auch eine „Verteuerung“ einer Vielzahl bisher umsatzsteuerfreier Beistandsleistungen um den gesetzlichen Umsatzsteuersatz von 19 Prozent. „Noch ist unklar, wann und in welcher Form die bisher noch nicht vom Bundesministerium der Finanzen im Bundessteuerblatt Teil II veröffentlichte Entscheidung zur Anwendung kommt und welche Beistandsleistungen möglicherweise von der Umsatzbesteuerung ausgenommen bleiben.“

Was die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) bzw. die Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichts bei vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen anbelangt, weist der BKPV darauf hin, dass die geltenden Neuregelungen zu den Aufstellungs-, Prüfungs- und Offenlegungspflichten komplex sind, jedoch Klarheit für reine Vertriebs- und Erzeugungsgesellschaften, insbesondere Strom erzeugende kommunale Abfallentsorger schaffen.

In der Regel überlagerten die strengen kommunalrechtlichen Aufstellungspflichten für Jahresabschluss und Lagebericht (unabhängig von der Unternehmensgröße) die energiewirtschaftsrechtlichen Rechnungslegungspflichten und würden

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

der olympische Gedanke lässt sich auch auf Politik übertragen: Dabei sein ist alles. Und nur wer mitmacht, der kann auch gewinnen.

Die Landtags- und Bundestagswahlen sind für Bayern und für Deutschland Weichenstellungen für die nächsten Jahre. Wir möchten, dass Bayern auch in Zukunft eine Insel der Stabilität und Lebensqualität in Europa bleibt. Mit dem Bayernplan 2013 bis 2018 hat die CSU ihr Regierungsprogramm vorgelegt, das die Vorhaben für die kommenden fünf Jahre kurz und prägnant benennt: Zukunft - Zusammenhalt - Heimat - Freiheit.



Die Bürger haben die Wahl

Als Landrat und Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung freut es mich besonders, dass die konsequent kommunalfreundliche Politik der letzten Jahre auch im Bayernplan ihren Ausdruck findet. In einem eigenen Kapitel „Lebendige Kommunen“ werden die Ziele für die nächsten Jahre beschrieben und dabei wesentliche Forderungen der KPV aufgegriffen. Dazu gehören insbesondere eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzausstattung, eine zusätzliche Entlastung der Kommunen im Sozialbereich und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns, die

für uns Verfassungsrang hat.

Ein weiteres Ziel ist die Vereinfachung der kommunalen Zusammenarbeit, damit gerade kleinere Kommunen die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger besser schultern können.

Darüber hinaus soll mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Gleichzeitig gilt es, die Mieter vor überzogenen Mietsteigerungen besser zu schützen.

Insgesamt sollen den Kommunen vor Ort mehr Selbstständigkeit und mehr Recht zur eigenen Gestaltung gegeben werden. Aufgaben sollen nicht auf größere Einheiten verlagert werden, wenn sie von der kleineren Einheit ebenso gut erfüllbar sind. Die Selbstverwaltung ist und bleibt das höchste Gut für Bayerns Kommunen, das ist der bayerische Weg.

Für die Bundestagswahl sind die Zielsetzungen im Regierungsprogramm von CDU und CSU „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland, Regierungsprogramm 2013 bis 2017“ festgeschrieben. Auch diese Seiten und insbesondere das Kapitel „Verlässlicher Staat in Stadt und Land“ tragen klar die Handschrift der CSU und ihres kommunalfreundlichen Handelns.

Liebe Leserin, lieber Leser, kein anderes Bundesland in Deutschland kann eine Bilanz wie Bayern vorweisen: Höchste Lebensqualität und starker Zusammenhalt, soziale Sicherheit und solide Finanzen, das macht Bayern aus, das ist der Unterschied. Motivieren Sie bitte die Bürgerinnen und Bürger, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Ihr Stefan Rößle
Landrat Donau-Ries

durch die Buchführungs- und Aufstellungspflichten hinsichtlich des Tätigkeitsabschlusses sowie Anhang- und Lageberichtsangaben erweitert.

Energieversorgung

Bei „(mittel)großen“ kommunalen Energieversorgungsunternehmen ergäben sich durch das EnWG weitergehende Prüfungspflichten. Ob der Prüfungsumfang bei klei-

nen kommunalen Eigenbetrieben zu erweitern ist, sei noch nicht abschließend geregelt. Der Prüfungsbericht sei nunmehr durch den Auftraggeber bei der Regulierungsbehörde einzureichen.

Die Offenlegung bei Eigenbetrieben und Kommunalunternehmen habe sowohl nach kommunal- als auch nach energiewirtschaftlichen Vorschriften zu erfolgen. Bei kleinen kommunalen Unternehmen könnten bei der Offen-

legung von Jahresabschluss und Tätigkeitsabschlüssen zwar nicht die Erleichterungen des § 326 HGB, jedoch die übrigen Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen in Anspruch genommen werden. Das heißt: „Auf die Offenlegung des Bestätigungsvermerks und des Lageberichts kann unseres Erachtens (unabhängig von etwaigen kommunalrechtlichen Prüfungspflichten) verzichtet werden.“ DK

Kommunale Hochwasserschäden:

Gemeinden spenden Millionenbetrag

Gemeindetagspräsident Dr. Brandl: Großes Zeichen kommunaler Solidarität

1,3 Millionen Euro haben Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte für hochwassergeschädigte Gemeinden und Städte gespendet. Die Aktion „Hochwasserhilfe 2013“ des Bayerischen Gemeindetags hat sich damit als voller Erfolg herausgestellt.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Das Ergebnis ist überwältigend. Ein solch schönes Zeichen kommunaler Solidarität der Gemeinden, Märkte und Städte untereinander hat selbst unsere Erwartungen bei weitem übertroffen. Wir sind beeindruckt und freuen uns, demnächst das Geld an hochwassergeschädigte Kommunen auszahlen zu können. Bayerns Kommunen stehen solidarisch zueinander. Vor allem in Zeiten gravierender Notlagen in unseren Städten und Gemeinden zeigt sich eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Das freut uns sehr.“

400 Gemeinden spenden im Durchschnitt 5.000 Euro

Rund 400 Gemeinden, Märkte und Städte haben sich an der Spendenaktion des Bayerischen Gemeindetags „Hochwasserhilfe

2013“ beteiligt. Durchschnittlich 5.000 Euro gingen pro spendender Kommune auf das Sonderkonto des Bayerischen Gemeindetags ein. Derzeit sammelt Bayerns größter Kommunalverband die Namen von Kommunen, an die die Spendensumme schnell und unbürokratisch ausbezahlt werden soll. Verwaltungskosten fallen hierfür nicht an. Brandl: „Jeder Cent der Spendensumme wird an die notleidenden Kommunen fließen. Das Geld wird zielgenau an die Geschädigten ausbezahlt werden.“ □

„Gelebte Demokratie beginnt bei der Barrierefreiheit der Wahllokale!“

Bezirkstagspräsident Josef Mederer appelliert an die Kommunen, für die Bundestags-, Landtags- und Bezirkstagswahlen darauf zu achten, dass die Wahllokale barrierefrei zugänglich sind

„Für mich und den Bezirk Oberbayern ist Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft, das wichtigste sozialpolitische Thema – und das nicht nur, weil 2013 das ‚Jahr der Inklusion‘ ist, sondern sie als Menschenrecht nach der UN-Konvention eine Selbstverständlichkeit sein soll“, gibt sich Bezirkstagspräsident Josef Mederer kämpferisch.

Gleichberechtigung

In der Vergangenheit waren bei Wahlen häufig Wahllokale ausge-

wählt, die wegen baulicher Barrieren für Gruppen von Wahlberechtigten unerreichbar waren. So sind ausschließlich nur über Treppen erreichbare Lokale beispielsweise für mobilitätseingeschränkte Personen ungeeignet und dies betrifft eine große Personengruppe: Der Anteil der hochbetagten Mitbürger, die sich mit dem Gehen und Treppen steigen schwer tun, nimmt immer weiter zu und es gibt in Deutschland 1,6 Millionen Rollstuhlfahrer, das sind fast 2% der Bevölkerung. Mederer: „Menschen mit Behinderung sollten gleichberechtigt ihre Bürgerrechte wahrnehmen und per-

sönlich an den Wahlen teilnehmen können. Mir reicht der Verweis auf die Möglichkeit der Briefwahl nicht: Jeder soll die Möglichkeit haben, ein Wahllokal zu erreichen und selbst vor Ort sein Wahlrecht ausüben zu können.“ Dies sei ein wichtiger Baustein der Inklusion, für ein selbstverständliches Miteinander: „Zur gleichen Zeit und am gleichen Ort wie alle anderen wählen zu können, sollte selbstverständlich sein“, fordert Mederer.

Deshalb appelliert der Bezirkstagspräsident von Oberbayern an die örtlichen Wahlleiter und Verantwortlichen in den Kommunen, besonders auf die Barrierefreiheit der Wahllokale Wert zu legen. □

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Sperrzeitverkürzung für Gaststätte wegen Lärm

Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof hat sich im Beschluß vom 18.4.2013 mit der Frage auseinandergesetzt, unter welchen Voraussetzungen ein öffentliches Interesse an einer Sperrzeitverkürzung besteht.

Es gab Beschwerden von Bewohnern aus der Nachbarschaft der Gaststätte wegen der Belästigungen, die vom Betrieb und den Besuchern des Lokals ausgingen. 37 Anwohner waren der Auffassung, dass die Umwelteinwirkungen erheblich waren. Der Betriebsinhaber war der Auffassung, die Nachbarn müssten die Beeinträchtigungen hinnehmen.

Die durchgeführten Messungen hatten ergeben, dass die von der

Gaststätte hervorgerufenen Geräuschimmissionen derart erheblich waren, dass die Zumutbarkeitsgrenze überschritten wurde. Andere Mittel als eine Vorverlegung der Sperrzeit standen nicht zur Verfügung.

Wegen der erheblichen Überschreitung der maßgeblichen Lärmrichtwerte während der Nachtzeit zum Nachteil der benachbarten Wohnbebauung war eine Vorverlegung des Sperrzeitbeginns auf 1.00 Uhr zulässig. **RADr. Otto**

Personalauswahlverfahren im öffentlichen Dienst:

Beurteilung nicht mehr alleine entscheidend

Ab 1. August 2013 können wissenschaftlich anerkannte Verfahren, wie systematisierte Auswahlgespräche, strukturierte Interviews oder Assessment-Center die Personalauswahl im öffentlichen Dienst bestimmen. Bisher kam es praktisch nur auf die dienstliche Beurteilung an.

Laut dem Grundgesetz hat sich der Zugang zu öffentlichen Ämtern nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Bewerberinnen und Bewerber zu richten. Das Bayerische Leistungslaufbahngesetz konkretisierte dieses Verfassungsgebot dahin, dass für die Personalauswahl vorrangig die bessere dienstliche Beurteilung zählt. Neben der Beurteilung können, so das Gesetz bisher, andere, wissenschaftlich anerkannte Auswahlmethoden bei der Entscheidung über die Stellenbesetzung herangezogen werden.

Diese Kann-Vorschrift führte bei Rechtsstreitigkeiten um Dienstpostenbesetzungen dazu, dass die Gerichte sich ausschließlich auf die dienstliche Beurteilung stützten und andere Auswahlmethoden nicht gleichgewichtig bewerteten. Ein Bewerber mit schwächerer Beurteilung konnte diesen Nachteil im Auswahlverfahren nicht wettmachen. Selbst wenn der schwächer beurteilte Bewerber sich im Verfahren deutlich geeigneter als der Mitbewerber zeigte, hat der Mitbewerber bisher Konkurrentenklagen aufgrund seiner womöglich nur um einen Punkt besseren Beurteilung stets gewonnen.

Im Personal- und Organisationsausschuss des Bayerischen Städtetags stieß die geltende Regelung und die darauf basierende Rechtsprechung zunehmend auf Kritik. Die Beurteilung eines Menschen durch einen anderen Menschen bleibt nach Meinung des Ausschusses letztlich subjektiv. Wissenschaftlich anerkannte Auswahlverfahren könnten dagegen zu objektivierten Stellenbesetzungen beitragen.

In Bayreuth hat die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags mit Blick auf die Wahlen Forderungen an Bund und Land beschlossen. Eine dieser Forderungen zielte auf eine Änderung des Leistungslaufbahngesetzes, mit der wissenschaftlich anerkannte Verfahren dienstlichen Beurteilungen bei der Personalauswahl gleichgestellt werden sollten. Jetzt hat der Bayerische Landtag diese Bitte des Städtetags erfüllt. In der vom Parlament in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossenen Gesetzesänderung wird klargestellt, dass künftig der Dienstherr entscheiden kann, ob er die Beurteilung oder andere Auswahlmethoden stärker gewichtet.

Die neue, am 1. August 2013 in Kraft getretene Regelung erlaubt einer Stadt aber nicht, die dienstliche Beurteilung überhaupt nicht zu berücksichtigen. Notwendig ist vielmehr eine sachgerechte, ausgewogene Gewichtung der Beurteilung und anderer wissenschaftlicher Auswahlmethoden. Wichtig ist insbesondere, dass das Auswahlverfahren ausgearbeitet und die

Ausarbeitung sowie das Verfahren selbst dokumentiert sind. Das Verfahren muss vor der Auswahlentscheidung festgelegt werden. □

Auf Entdeckertour...

(Fortsetzung von Seite 1) kirche aus ihrem Dornröschenschlaf geholt habe. Nach Herrmann Worten sind „Denkmäler ebenso wichtig wie kulturelles Brautrum“. Als bayerischer Mensch und als Präsident der Technischen Universität München sähe er sich der Denkmalpflege verpflichtet. Das Architektur-Museum sei ein spezieller Teil der TU und beherberge den gesamten Nachlass Friedrich von Gärtner.

Bayerisches Bauarchiv

Zum Tag des offenen Denkmals öffnete das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege seine Dienststellen in München und Thierhaupten bei Augsburg. Bei den Führungen durch das Bayerische Bauarchiv in Thierhaupten konnte eine der größten Sammlungen historischer Bauteile in Europa besichtigt werden: von alten Türen und Fenstern über Balkone bis hin zu Putzen und Dachziegeln fanden sich Bauteile aus allen Epochen.

Im Renaissancehof der „Alten Münze“, Hauptsitz des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, war unter anderem die Ausstellung „Ferdinand von Miller zum 200 Geburtstag – Leben und Werk“ zu sehen. Bei „Archäologie im Experiment“ im Innenhof der „Alten Münze“ ging es darum, wie unsere Vorfahren Feuer gemacht und Werkzeuge hergestellt haben. Geöffnet hatte auch der „Infopoint Museen & Schlösser in Bayern“ im Alten Hof.

Entdeckungsreise

Auch im Landkreis München konnte man sich auf Entdeckungsreise begeben: So hatte nicht nur der ehemalige Wasserturm der Munitionsanstalt in Garching geöffnet, auch das 1906 erbaute Elektrizitätswerk in Ismaning sowie das ehemalige Moosbauerngut - Goldachhof konnten besichtigt werden. Darüber hinaus bot Ismaning die Besichtigung des Schlosses inklusive Kutscherbau, dem Gärtnerhaus, dem Schlosspavillon, der Orangerie und der englischen Gartenanlage an. Zudem zeigte das Kultur- und Bildungszentrum Seidl-Mühle in Ismaning Arbeitsprozesse einer Mühle und eines Sägewerks.

In Kirchheim konnte man im Bajuwarenhof, wo sich ein ar-

(Fortsetzung von Seite 1) Regionen sicherzustellen, in denen geeignete Immobilien knapp sind und der Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen und Erziehern besonders groß ist. Großtagespflegestellen, in denen mehrere Tagespflegepersonen zusammenarbeiten, seien gerade im ländlichen Raum eine geeignete Alternative zum kostspieligen Bau von Kinderkrippen.

Förderrecht

Für den weiteren Ausbau des Angebots von Kindertagespflege forderte der Präsident zusätzliche Hilfen des Freistaates Bayern. „Die Politik hat die Kindertagespflege immer als gleichwertiges Angebot zur Kindertageseinrichtung dargestellt. Dies muss der Freistaat auch im Förderrecht umsetzen, in dem die Tagespflege gegenüber den Krippen gleichgestellt wird.“

Lobend äußerte sich Kreidl zudem über die Sonderhilfen der Bayerischen Staatsregierung für finanzschwache Kommunen. In diesem Jahr bewilligt der Freistaat rund 96 Mio. Euro an Sonderhilfen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Allein die bayerischen Landkreise – überwiegend im

chäologisches Freilichtmuseum befindet, sehen, wie Gehöfte im 6. Jahrhundert errichtet wurden. Die Gemeinde Neuried wiederum bot eine Besichtigung eines als Wohnhaus genutzten Handwerkerhauses an. In Unterhaching öffnete die im 19. Jahrhundert errichtete Jugendstilvilla ihre Türen.

Auch in Landshut wurde ein umfangreiches Programm zusammengestellt: Es umfasste zum einen gut 40 Führungen unterschiedlicher Länge - vom 90-minütigen Stadtrundgang bis zu 15-minütigen Erläuterungen zu den aktuellen Sanierungsarbeiten in der Jesuitenkirche. Zum anderen konnten zahlreiche Bauwerke besichtigt werden, von denen die meisten sonst nicht oder nur sehr eingeschränkt zugänglich sind. Geöffnet waren beispielsweise die monumentale Jesuitenkirche St. Ignatius in der Neustadt, das umstrittene Alte Gefängnis an der Wittstraße und der idyllische Kreuzgang von Kloster Seligenthal.

KZ-Gedenkstätte Dachau

In Dachau wurden neben der regulär geöffneten KZ-Gedenkstätte die ehemalige Schiessstätte in Hebertshausen und die Gewächshäuser am Kräutergarten ins Bewusstsein gerückt. Auch der kleine Friedhof in Indersdorf ist ein Gedenkort, an dem an die Kinder erinnert wird, die in der Kinderbaracke in Indersdorf 1944 bis 1945 zu Tode kamen.

Unbequeme Denkmäler sind häufig auch Bauwerke, deren künftige Nutzung und Sanierung noch nicht gesichert ist: Die Ziegler-Villa in Dachau, die Kirche St. Georg in Hebertshausen und die Hofmarkskirche in Schönbrunn gehören dazu. Unbequem ist auch die Fußgängerbrücke am Petersberg, die der künftigen Elektrifizierung der Bahn buchstäblich im Wege steht.

Eine Besonderheit unter den Denkmälern stellt unter anderem die Hien-Sölde in Mitterfels dar. Der zu den ältesten bekannten Blockbauten Niederbayerns gehörende Bau entstand um 1436. Außergewöhnlich ist auch der Gebäudekomplex Museum in Waserburg. Das von reichen Patriziern gebaute Haupthaus ist geprägt vom Innsalzachstil. In Nürnberg schließlich konnte die sonst nicht geöffnete Zeppelintribüne mit dem sogenannten Goldenen Saal besichtigt werden. **DK**

Bausteine und...

Norden und im Osten Bayerns, aber auch in anderen bedürftigen Regionen – erhalten knapp 20 Mio. Euro in Form von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, um außergewöhnliche Belastungen auszugleichen, die von den Regelzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs nicht erfasst werden.

Spürbare Hilfe

Wie der Landkreischef hervorhob, „sind die verteilten Mittel eine dringend notwendige, aber auch spürbare Hilfe für kreisangehörige Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise in demografisch und

wirtschaftlich benachteiligten Regionen Bayerns. Ich freue mich über den Schulterschluss der kommunalen Spitzenverbände im Verteilerausschuss und die ausgewogenen Verteilungsvorschläge von Finanz- und Innenministerium. Die auf mehrere Jahre angelegten Hilfen bieten eine Chance, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Dabei sitzen alle kommunalen Ebenen in einem Boot.“

Dass die Landkreise bereit sind, ihren Teil zum Gelingen der Energiewende beizutragen, haben sie vor kurzem mit der Unterzeichnung des Energieeffizienzpakts Bayern bewiesen. Dieser listet in den wichtigsten Handlungsberei-

Besinnung auf alte...

(Fortsetzung von Seite 1) Maly: „Wenn Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Maßstab des Handelns ist, dann darf man nicht noch zusätzliche Scheinwerfer dort aufstellen, wo es bereits am hellsten leuchtet. Landesentwicklung muss sich Gedanken machen, wo mehr Licht gebraucht wird, oder wo die Lichtbündelung bereits jetzt zu dick ist. Hier hilft ein Landesentwicklungsprogramm mit übergreifendem und überörtlichem Gestaltungsanspruch.“

Praktikable Regelwerke

Die Hochwasserkatastrophe hat Maly zufolge gezeigt, dass es ohne übergreifende Koordination nicht geht. „Wir brauchen praktikable Regelwerke und staatliche Institutionen, die sich um einen wichtigen Bereich wie den Hochwasserschutz kümmern. Denn Nachhaltigkeit und auf Dauer angelegte Projekte sind in einer kurzfristig denkenden Politikkultur schwer umzusetzen. Daher sind staatliche Landesämter so wichtig, die sich um Dämme, Deiche und Hochwasserschutz kümmern; denn Flüsse sind länger als Verwaltungsgrenzen. Rückhalteflächen und Polder benötigen hohe Summen und lange Vorausplanung. Die Abstimmung der Interessen von Städten und Gemeinden benötigt überörtliche Koordination und Fachwissen von staatlichen Behörden. Hochwasserschutz lässt sich nur sinnvoll betreiben, wenn man überörtlich denkt.“

Zur Erklärung nach der Bayerischen Kabinettsitzung, Neuplanungen von Windkraftanlagen mit Blick auf eine mögliche Gesetzesänderung zurückzustellen, stellte 1. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, fest: „Der Freistaat Bayern hat mit seiner Gesetzesinitiative im Bundesrat zur Einführung von ‚angemessenen‘ höhenbezogenen Abstandsregelungen im Juli ein falsches Signal gesetzt. Doch nun schafft er Fakten mit der Aufforderung an die Genehmigungsbehörden, Neugenehmigungen bis zur Gesetzesänderung zu Abstandsregelungen zurückzustellen.“

Öffnungsklauseln

Im Juli dieses Jahres hatten die Freistaaten Bayern und Sachsen einen Gesetzesantrag zur Änderung des Baugesetzbuchs in den Bundesrat eingebracht. Danach sollten in das Baugesetzbuch Öffnungsklauseln aufgenommen werden, die es den Ländern ermöglichen, die Privilegierung sowie die Standortplanung für Windenergieanlagen von angemessenen höhenbezogenen Mindestabständen zur Wohnbebauung abhängig zu machen. Als „angemessen“ sollte maximal ein Abstand des zehnfachen der Höhe (Abstand „10 H“) der

Windkraftanlage gelten. Von einer 200 Meter hohen Anlage müssten damit zwei Kilometer Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden. In einigen Regionen Bayerns wären bereits bei einem Abstand von unter 1.500 Meter keine für die Windenergie geeigneten Plätze mehr vorhanden.

Laut Schaidinger haben die Regionalen Planungsverbände und die betroffenen Kommunen bereits wichtige Vorarbeiten geleistet und fertig abgewogene Planungskonzepte erarbeitet. Die Gesetzesinitiative und die Aufforderung zur Zurückstellung konterkarieren diese Vorarbeiten. Auch wies der Städtetagsvize darauf hin, dass die Zurückstellung von Genehmigungen eine bereits konkretisierte Planungsabsicht des Planungsträgers betrifft. Demgegenüber stehe die vage Hoffnung auf Eintritt einer Gesetzesänderung. Dies sei rechtlich sehr fragwürdig.

Eine Zurückstellung eines Baugesuchs sei nach dem Baugesetzbuch nur möglich, wenn die Gemeinde beschlossen hat, einen Flächennutzungsplan aufzustellen, mit dem die Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB erreicht werden sollen, oder ein Bebauungsplan aufgestellt wird, der andere Festsetzungen vorsieht. Das gilt nur, wenn zu befürchten ist, dass die Durchführung der Planung durch das Vorhaben unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert wird. Die Zurückstellung ist nur zeitlich begrenzt zulässig.

Ausbauziel

Die bayerischen Städte und Gemeinden können nicht abseits der Rechtslage mit Blick auf eine in der Zukunft liegende Gesetzesänderung planen und entscheiden. Vielmehr haben sie ihre bereits erarbeiteten Planungskonzepte auf die geltende Rechtslage mit Blick auf das gemeinsame Ausbauziel abgestimmt. Schaidinger: „Die mühsam in Abstimmung mit den Bürgern und Interessensvertretern erarbeiteten Planungskonzepte für die Windenergie wären überholt. Neue Konzepte zu erstellen, braucht Zeit. Aber die Energiewende hat nicht mehr viel Zeit. Der Ausbau der Windenergie darf nicht blockiert werden.“

Lobend vermerkte Verbandschef Maly den Umstand, dass die bayerischen Städte und Gemeinden die von Bund und Land vorausgesetzte Betreuungsquote für den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz „nicht nur erreicht, sondern übertroffen haben“. Mit einer gigantischen Kraftanstrengung hätten es die Kommunen geschafft, den tatsächlich höher liegenden Bedarf weitestgehend zu decken.

Der ursprünglichen Quotenvorgabe für Bayern von 35 Prozent stehe derzeit eine durchschnittliche Betreuungsquote von über 40 Prozent gegenüber. Aktuell gebe es in Bayern über 100.000 Betreu-

chen insgesamt 217 konkrete Projekte und Vorhaben der Beteiligten auf, die die Energieeffizienz erhöhen sollen. Der Pakt enthält sechs zentrale Handlungsfelder: Energieberatung, Bildung, Bewusstseinsbildung, Gebäude, Verkehr und Mobilität sowie Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft.

Motor der Energiewende

Die Landkreise und ihre Energieagenturen sind laut Kreidl Motor bei der Energiewende. Bereits vor dem Atomausstieg hätten sie große Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien, bei der Energieeinsparung und bei der Energieeffizienz unternommen „und werden diese erfolgreiche Politik fortsetzen“. **DK**

ungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruchs rund 110.000 Plätze notwendig sind; das wäre eine durchschnittliche Versorgungsquote von 40 Prozent.

Vorbildlicher Freistaat

Nach Malys Ansicht ist Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern inzwischen durchaus vorbildlich in der Finanzierung der Investitionskosten. Diese gute Förderung gelte es fortzusetzen. Der Freistaat müsse das bis Ende 2014 laufende Bund-Land-Förderprogramm weiter führen. Bei den Betriebskosten unterstützten Bund und Freistaat die Kommunen bislang zu wenig. Investitionskosten fielen einmalig an, Betriebskosten schlugen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Heizung und Reinigung. Daher müsse eine bessere Betriebskostenförderung erfolgen.

In kreisfreien Städten in Bayern liege die Betreuungsquote – je nach Region, Ortsgröße oder Wirtschaftsstruktur – unterschiedlich in einer Spanne von 30 bis 80 Prozent. Maly zufolge befeuert das steigende Angebot an Krippenplätzen die Nachfrage für weitere Krippenplätze. Dies gelte für Ballungszentren ebenso wie für zentrale Orte in ländlichen Räumen.

Ballungszentren

Gerade in Ballungszentren fehle der Platz für Krippen, die ein ausreichendes Raumangebot mit Spielflächen im Freien benötigen. Maly: „Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren explodiert. Geeignete Standorte für Krippen sind in Städten schwer zu finden und teuer. Das größte Problem ist der Personalmangel. Allein die Stadt Nürnberg hat in den letzten Jahren 400 neue Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Die Kommunen grasen auf der Suche nach Personal die letzten Winkel aller Regionen in Deutschland ab. Doch Erzieherinnen und Erzieher zieht es nicht in die Ballungszentren mit hohen Lebenshaltungskosten und Wohnnot.“

In diesem Teufelskreis hätten Städte freilich wenig Spielraum. „Es mag in der einen oder anderen Stadt zu Engpässen kommen. In einer Assekuranz-Gesellschaft, in der Menschen ihr Heil in der Rechtsschutzversicherung suchen, können durchaus Klagen drohen. Allerdings ist nicht mit einer gigantischen Klagewelle zu rechnen. Zumal sich die grundsätzliche Frage stellt, ob man jemandem etwas rechtlich abverlangen kann, was der praktisch gar nicht einlösen kann. Mehr als das, was die Kommunen geleistet haben, konnten sie nicht leisten und sie bauen weiter“, so der Vorsitzende abschließend. **DK**

Versorgungssicherheit:

Unverständliche Geheimniskrämerei

Von Dipl.-Kfm. Maximilian Faldthauer

Die Umsetzung der Energiewende ist wohl das komplexeste politische Vorhaben unseres Landes in den nächsten Jahren. Mit Schlagworten ist diese Aufgabe im demokratischen Diskurs nicht zu bewältigen. Fakten und Zahlen sind für das Gelingen dieses Jahrhundertprojektes zwingend notwendig.

Im energiepolitischen Dreieck von Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit ist die Datenlage bei den ersten beiden Eckpunkten zum gegenwärtigen Zeitpunkt zufriedenstellend. Nicht jedoch bei der Versorgungssicherheit.

Die Diskussion über die Sicherheit der deutschen Energieversorgung wird bestimmt von der allgemeinen Feststellung, dass Wind- und Photovoltaikanlagen diskontinuierlich Strom erzeugen. Strom wird dann produziert, wenn die Sonne scheint und wenn Wind weht, also nicht unbedingt im Gleichklang mit dem Bedarf von Strom durch die Kunden. Durch das Fehlen von Speicherkapazitäten und Speichertechniken bleibt die Aufgabe auf absehbare Zeit allein beim Netz hängen. Im Ergebnis wird dem deutschen Stromnetz immer mehr abverlangt. Das Risiko von Versorgungsaustritten nimmt erheblich zu. Die Versorgungssicherheit, wie wir sie kennen, ist zunehmend in Gefahr.

Diese Feststellung ist aber kaum mit belastbaren Zahlen zu den tatsächlichen Risiken der Energieversorgung unterlegt. Die verantwortlichen Unternehmen mauern und geben nur punktuell Zahlen heraus. Die zu-

ständige Bundesnetzagentur veröffentlicht pflichtgemäß den jährlichen SAIDI-Wert (SAIDI = System Average Interruption Duration Index). Er besagt, wie viele Minuten ein Stromanschluss in Deutschland im Durchschnitt keinen Strom hatte. Im Jahr 2011 lag dieser Wert bei 15,3 Minuten. Leider werden in diesen Wert nur Stromausfälle eingerechnet, die länger als drei Minuten dauern und die nicht höherer Gewalt geschuldet sind oder planmäßig erfolgten. Das große Zeitintervall, in dem er veröffentlicht wird, das große Betrachtungsgebiet und schließlich die etwas eigenartige Berechnungsmethode lassen daher Zweifel aufkommen, ob der SAIDI-Wert für eine fundierte politische Diskussion wirklich geeignet ist.

Zweifel am SAIDI-Wert

Was aber wäre hierzu notwendig? Zum einen muss man wesentlich öfter und regional differenziert messen, wann das Ziel der Versorgungssicherheit nicht erfüllt werden konnte. Hierzu muss erstens die Anzahl ALLER Stromausfälle gezählt werden und zweitens die Zeit gemessen werden, wie lange

kein Strom im Netz verfügbar war. Nur allein die Stromausfallzeit zu messen genügt nicht. 30 Stromausfälle mit einer Dauer von einer Minute haben eine ganz andere Wirkung als ein Stromausfall mit einer Dauer von 30 Minuten. Man denke nur an den Datenverlust von Computern ohne Batterien.

Denkbarer Ansatz

Zum anderen wäre die Messung von einer definierten Vorstufe zu einem Stromausfall wichtig. Man darf nicht darauf warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, man muss vielmehr frühzeitig erkennen, wann sich das Kind dem Brunnen gefährlich nähert. Ein denkbarer Ansatz wäre dabei die Anzahl und die Zeitdauer des Unterschreitens des „n-1 Grundsatzes“.

Die wachsende Gefahr einer kontinuierlichen Abnahme der Versorgungssicherheit der größten Industrienation Europas, die zudem noch in deren Zentrum liegt, kann nicht transparent und demokratisch thematisiert werden, solange Unternehmen, Verbände und Behörden die Fundamentaldaten hierzu nicht umfassend zugänglich machen. Betrachtet man den Aufwand, den die statistischen Landesämter oder das Statistische Bundesamt zur Erhebung von weit profanerem Dingen aufbringen, so müsste

man den Schluss ziehen, die Versorgungssicherheit von elektrischer Energie spiele in Deutschland eine untergeordnete und zu vernachlässigende Rolle. Ein paar punktuelle Daten werden der Bedeutung dieses Themas nicht gerecht. Eine objektive sachliche politische Diskussion ist auf dieser Basis nicht möglich. Es ist weder akzeptabel noch rechtfertigbar, dass um die Fundamentaldaten der Versorgungssicherheit eine derartige Geheimniskrämerei betrieben wird.

Mögliche Befürchtungen der Netzbetreiber, durch zu viel Transparenz leidlichen Schadensersatzforderungen ausgeliefert zu sein, stehen in keinem Verhältnis zur Gefahr eines Rückgangs der Versorgungssicherheit. Sie stellt das Rückrat unserer hoch technisierten Industriegesellschaft dar und betrifft alle Bürger unmittelbar.

Wenn man Sachlichkeit und Objektivität in der energiepolitischen Diskussion haben will, dann muss diese auch durch die notwendigen Zahlen und Fakten ermöglicht werden. Beim Umweltschutz und der Wirtschaftlichkeit ist dies ausreichend erfüllt. Im Falle der Versorgungssicherheit fehlt diese Objektivität immer noch fast völlig. Dem sollte so bald wie möglich Abhilfe geschaffen werden.

Vor allem ausländische Beobachter sehen in der deutschen Energiewende ein großes Experiment. Man schaut auf uns und will wissen, ob eine nachhaltige Stromversorgung auf nichtfossiler Basis funktionieren kann. Wie bei jedem anderen Experiment auch, muss man dabei jedoch genau auf seine wichtigsten Parameter und Kennzahlen achten und sie im Auge behalten. Andernfalls geht das Experiment schief! □

e21.klimakongress expandiert in den Süden

Bereits im vierten Jahr veranstaltet die Conenergy Agentur den e21.klimakongress. Um die Energiewende, Klimaschutzstrategien und deren Potenziale auch mit süddeutschem Fokus erörtern zu können, wird erstmals auch in den „ulmenflieger“ der Ulmer Wilken GmbH geladen. Am 19. und 20. November findet dort der e21.klimakongress süd statt.

Das sukzessive Abschalten von Kernkraftwerken in Süddeutschland und der schleppende Ausbau der Übertragungsnetze haben zunehmend die Frage der Versorgungssicherheit von Strom in Süddeutschland aufgerufen. Dezentrale Versorgungsstrukturen durch den Einsatz von erneuerbaren Energien und die Anwendung intelligenter Netztechnik wurden bisher als Lösungsansätze identifiziert. Der e21.klimakongress süd bietet eine exklusive Diskussionsplattform, um diese und weitere Ansätze zu konferieren. Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich oder die Nahwärmeversorgung durch dezentrale Erzeugung bilden dabei richtungsweisende Kernthemen der Veranstaltung.

Die politische Eröffnung des e21.klimakongresses übernimmt Thomas Bareiß, Mitglied des Deutschen Bundestages des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen und Energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In seinem Vortrag beleuchtet er die Rolle der Kommunen in der Energiewende aus Sicht der Bundesrepublik. Diesen Ausführungen schließt sich Dr. Gerhard Holmeier, Mitglied des Vorstandes der Thüga AG, an und richtet seinen Blick auf „Neue Aufgaben für Stadtwerke-Neuausrichtung der Verteilnetze durch Solarboom“. Darüber hinaus ist Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tü-

bingen, mit seinem Beitrag „Blau machen erwünscht! Das Optimieren der Energieversorgung in den Kommunen mit dem Faktor Mensch“ ein Höhepunkt des ersten Kongresstages.

Auch der Oberbürgermeister der Veranstaltungsstadt Ulm und Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen, Ivo Gönner, unterstützt den e21.klimakongress mit dem eröffnenden Impulsvortrag des zweiten Kongresstages „Ein zukunftsfähiges Energiemarktdesign für Deutschland“. Abgerundet wird das hochkarätige Vortragsprogramm durch Karl Greißing, Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung Energiewirtschaft, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, mit seiner Skizzierung zum baden-württembergischen Weg der Energieeffizienz als Schlüssel der Energiewende.

Der e21.klimakongress süd richtet sich maßgeblich an Entscheidungsträger aus den Kommunen, Klimaschutz- und Umweltbeauftragte, Vertreter von Stadtwerken sowie leitende Angestellte aus den Umwelt- und Stadtentwicklungsämtern. Vertreter von Landes- und Kommunalämtern profitieren von einem stark reduzierten Teilnahmebeitrag. Beide Veranstaltungstage sind einzeln buchbar.

Das aktuelle Programm sowie weitere Informationen unter www.e21-klimakongress.de □

Stadt, Land, Kabel

Unser Netz ist weitreichend verfügbar

Das Hybrid-Glasfaser-Koaxialnetz von Kabel Deutschland

Gemeinden im Internet-Ausbaugebiet von Kabel Deutschland sind bereits heute an die multimediale Zukunft angeschlossen. Dank der hohen Bandbreite werden eine zukunftsfähige Versorgung und viele weitere Vorteile gewährleistet:

- ▶ Download-Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s in Ausbaugebieten¹
- ▶ Fernsehen, Internet und Telefon über einen Anschluss¹
- ▶ Ein auch über große Reichweiten leistungsfähiges Netz

Machen Sie jetzt den Verfügbarkeitscheck unter „Produkte an Ihrer Adresse“ auf www.kabeldeutschland.de

Für Informationen zum weiteren Netzausbau in Ihrer Gemeinde wenden Sie sich an: breitbandoffensive@kabeldeutschland.de. Es lohnt sich!

Ihr Kabelanschluss für Fernsehen, Internet und Telefon.

¹) Internet und Telefon von Kabel Deutschland sind in immer mehr Ausbaugebieten mit modernisiertem Hausnetz verfügbar, die Maximalgeschwindigkeit von 100 Mbit/s ist in immer mehr Städten und Regionen der Ausbaugebiete und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar.



Kabel Deutschland

BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.:

Heftige Kritik am KrWG

„Kreislaufwirtschaftsgesetz schwächt Recyclingstandort gravierend“

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V., der byse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V., die BDSV Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V. sowie der Verband Deutscher Metallhändler e. V. (VDM) haben im Rahmen des derzeitigen „Monitoring“ in einer erneuten Stellungnahme gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die negativen Auswirkungen des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf die private Recycling- und Entsorgungswirtschaft dargelegt.

Darin weisen sie nach, dass die Neuregelungen zur gewerblichen Sammlung zu einer sowohl qualitativ als auch quantitativ signifikanten Verschlechterung des Recyclings sowie einer Störung des Wettbewerbs zwischen privatwirtschaftlichen und kommunalen Unternehmen führen.

Eingriff in den Wettbewerb

Für die fortschreitende Verdrängung privater Unternehmen durch die Kommunen beispielhaft ist die Untersagung gewerblicher Altkleidsammlungen. „Die Kommunen zerstören durch die Untersagung gewachsene Wertschöpfungsketten von der Sammlung über die Sortierung bis zur Verwertung. Gleichzeitig greifen sie in den Wettbewerb ein, indem sie den Unternehmen, denen sie die gewerbliche Samm-

lung von Alttextilien untersagt haben, diese später zum Kauf anbieten. Dabei geht es den Kommunen nicht um das vom Gesetz geforderte Recycling, sondern ausschließlich darum, die kommunalen Kassen aufzufüllen“, so der Vorwurf von BDE-Präsident Peter Kurth. „Die Entwicklung zeigt deutlich, dass das Kreislaufwirtschaftsgesetz zu einer Verschlechterung des Recyclings und einer Störung des Wettbewerbs geführt hat. Die Politik muss aus diesen Tatsachen die notwendigen Schlüsse ziehen und das Gesetz wieder auf sein ursprüngliches Ziel ausrichten, das Recycling und den Wettbewerb zu stärken.

byse-Präsident Bernhard Reiling: „Das Kreislaufwirtschaftsgesetz hat sich als Steigbügelhalter für die Schaffung von kommunalen Monopolen erwiesen.

Kommunale Unternehmen drängen stärker denn je in die Erfassung von Altkleidern, Altpapier und Schrotten. Um diese neue kommunale Geschäftstätigkeit abzusichern, werden gewerbliche Sammlungen untersagt, eingeschränkt oder behindert. Das ist aber nicht nur eine ordnungspolitische und damit ökonomische Fehlsteuerung. Das Ziel einer stoffstromorientierten Sekundärrohstoffwirtschaft rückt außerdem in weite Ferne, wenn nicht bald eine überzeugende Kurskorrektur erfolgt.“

Bekanntnis zur Marktwirtschaft gefordert

BDSV-Präsident Heiner Gröger: „Auch unter den gewerblichen Sammlern in der Stahlrecyclingwirtschaft ist eine erhebliche Verunsicherung, und in deren Folge eine Störung bei der

Faire Ausschreibung gefordert

Rekommunalisierung der Müllabfuhr im Kreis Rhön-Grabfeld stößt auf heftige Kritik seitens des VBS

Kritisch betrachtet der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) die im Landkreis Rhön-Grabfeld beschlossene Rekommunalisierung der Hausmüllabfuhr zum 1. 1. 2014. Für sinnvoller hält man es beim VBS, den Auftrag unter Beachtung von Qualitätskriterien öffentlich auszuschreiben. „Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, wieso die Öffentliche Hand die Leerung der Mülltonnen übernimmt. Private Entsorgungsunternehmen beweisen seit Jahren, dass sie das besser und effektiver können. Auch im Landkreis Rhön-Grabfeld gibt es zahlreiche mittelständische Entsorgungsunternehmen, die anerkanntermaßen preiswert und zuverlässig arbeiten“, so Otto Heinz, Präsident des VBS.

Fehlender Wettbewerb gehe zu Lasten der Bürger, die die Zeche in Gestalt unnötig hoher Gebühren zahlen müssten. Sie hätten jedoch Anspruch auf ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis für

Zulieferung von Material festzustellen. So erfreulich die bisherigen Gerichtsentscheidungen, die viele Verbotsverfügungen korrigieren, auch sind: Bei allem darf nicht übersehen werden, dass viele gewerbliche Sammler von sich aus aufgeben, weil sie entweder jede Konfrontation mit Behörden scheuen oder wirtschaftlich nicht in der Lage sind, sich qualifiziert gegen behördliche Restriktionen zur Wehr zu setzen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz gehört auf den Prüfstand.“

VDM-Präsident Thomas Reuther: „Die derzeitige Rechtslage belastet genau die mittelständischen Unternehmen, die in der Vergangenheit ein flächendeckendes Recycling- und Erfassungssystem in Deutschland aufgebaut und betrieben haben.“

Gemeinsam fordern die Verbände der privaten Recycling- und Entsorgungswirtschaft von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Recycling sowie zur Marktwirtschaft in der Entsorgungsbranche. Dieses Bekenntnis müsse sich in den Regelungen des KrWG und im Vollzug erkennbar niederschlagen. □

aws zahlt Grüngutprämie

Seit Anfang Juli erhalten die Augsburgs Bürgerinnen und Bürger bei der Anlieferung von – aus dem Stadtgebiet Augsburg stammenden – Grüngut an der Kleinmengenannahmestelle der Abfallverwertung Augsburg GmbH (AVA) eine Grüngutprämie. Ziel ist es, die Bereitschaft zur Grüngutsammlung in der Stadt Augsburg anzuregen, Grüngut-Sammelmengen zu erhöhen und die braunen Biotonnen für die Aufnahme weiterer Bioabfälle zu entlasten. Hierfür wurde eine Vereinbarung zwischen dem aws und der AVA getroffen.

Die Grüngutprämie wird bezahlt bei Anlieferung sog. Strukturmaterialien (ausschließlich Gartenabfälle) wie beispielsweise Baum- und Strauchschnitt, Blumen, Laub, Pflanzenreste, Unkraut, Heu, Grasschnitt, Stroh, Wurzeln (kleine Wurzelstöcke ohne Baumstumpf bis 50 Zentimeter Durchmesser), Holzstämme bis 15 Zentimeter Durchmesser. Explizit von der Grüngutprämie ausgenommen sind Bioabfälle, die im Haushalt anfallen, z. B. Speisereste (gekocht/ungekocht) und Kaffeefilter. Aus Gründen der Praktikabilität werden die Kraftfahrzeuge der anliefernden Bürger an der AVA nicht gewogen.

Die Grüngut anliefernden Augsburgs Bürger erhalten ihr Geld wie folgt: Kleinmenge (1 Sack): 0 Euro, 1 PKW Kofferraum Grüngut: 1 Euro, 1 Anhänger Grüngut: 2 Euro, 1 Tandemanhänger Grüngut bzw. 1 PKW Grüngut mit Anhänger Grüngut: 3 Euro, 1 Klein-LKW bzw. 1 PKW Grüngut mit Tandemanhänger Grüngut: 4 Euro. Weitere Info unter: www.abfallratgeber.augsburg.de □

Bioabfälle in Bayern:

Flächendeckende Sammlung vorantreiben

VBS sieht sich durch Ergebnisse der bifa-Folgestudie bestätigt

Das bifa Umweltinstitut hat auf einer Tagung in Augsburg die Ergebnisse einer Folgestudie zur ökoeffizienten Verwertung von Bioabfällen in Bayern vorgestellt. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass die Getrenntsammlung mit anschließender Kompostierung und/oder Vergärung unter Ökoeffizienz Kriterien vorteilhafter ist als eine thermische Verwertung zusammen mit dem Restmüll. Der VBS sieht sich daher in seiner Forderung bestätigt, alle privaten Haushalte in Bayern bis spätestens 2015 an ein System zur Getrenntsammlung von Bioabfällen anzuschließen, so wie dies das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz fordert.

Nach aktuellen Zahlen des Landesamts für Umwelt gibt es in Bayern noch 16 Landkreise bzw. kreisfreie Städte, die ihren Bürgern keine Biotonne anbieten. VBS-Präsident Otto Heinz: „Die hier und da angestellten Überlegungen, das Getrenntsammlungsgebot über Bringsysteme am Wertstoffhof umzusetzen, sind nicht zielführend und widersprechen der Intention des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Bei einer solchen Alibi-Lösung werden keine relevanten Mengen erfasst.“

Die neue bifa-Studie stellt klar, dass die Verbrennung von Bioab-

fällen teurer ist als die Vergärung und/oder Kompostierung. Die Biotonne ist ferner ein Beitrag zum Ressourcenschutz, bekämpft den Klimawandel und dient dem Ausbau erneuerbarer Energien.

Probleme nicht zu erwarten

Gegenwärtig werden in Bayern pro Jahr ca. 1,87 Mio. Tonnen Bioabfall getrennt erfasst und verwertet. Aus Sicht des VBS sind in Bayern bei einer konsequenten Umsetzung des Getrenntsammlungsgebots von Bioabfällen keine Probleme zu erwarten. □



V.l.: FFW Mittergars Klemens Greißl; Rettungshundestaffel Inntal Heidi Schmalwieser; Klaus Schöler VERBUND Innkraftwerke; Wasserwacht Mühlendorf Herbert Aiblinger, Tanja Maier; Bayerisches Rotes Kreuz Florian Fleischmann, Christian Münch; Feuerwehr Gars Rudolf Schuster. Bild: ©VERBUND

VERBUND Innkraftwerke:

Spendenerlös-Übergabe an Hilfsorganisationen

VERBUND, Österreichs führendes Stromunternehmen und Betreiber der bayerischen Innkraftwerke, hat sich bei jenen Hilfsorganisationen bedankt, die mit ihrer tatkräftigen Unterstützung wesentlich zum Gelingen des Tages der offenen Tür beim Kraftwerk Gars beigetragen haben. Der gesamte Spendenerlös in der Höhe von 3.150 Euro wurde vor kurzem von Werkgruppenleiter Klaus Schöler übergeben.

Ende Juni fand die Eröffnung des neuen Triebwerks beim bestehenden Innkraftwerks Gars und

der Tag der offenen Tür statt. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Gars und Umgebung nahmen die Gelegenheit wahr und informierten sich vor Ort über das Unternehmen, die Stromerzeugung aus Wasserkraft und über die Hilfsorganisationen Freiwillige Feuerwehr Mittergars und Feuerwehr Gars, Rettungshundestaffel Inntal, Wasserwacht Mühlendorf und Bayerisches Rotes Kreuz Mühlendorf, die mit je einem Info-Stand am Tag der offenen Tür von VERBUND präsent waren. □

Green City Energy:

Fachtagungen zur Energiewende

Acht Fachtagungen zu verschiedenen regional relevanten Themen für Kommunale Entscheider bietet Green City Energy im September und Oktober an. Entscheider aus Kommunalpolitik und –verwaltung müssen jetzt die Leitplanken für die eigenständige Umsetzung ihrer Energiepotentiale setzen. Die Fachtagungsreihe „Die Energiewende in kommunaler Hand“ setzt genau hier an.

Themen, Orte und Termine

24.09.2013: Otterfing / Landkreis München - „Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz von Windkraftanlagen in Oberbayerns sensibler landschaftlicher Umgebung“

25.09.2013: Eging am See / Region Donau Wald - „Windenergie im Wald – Chancen und Herausforderungen“

26.09.2013: Memmingen / Region Schwaben - „Erfolgreiche Umsetzung von Bürgerwindparks – Eine spezielle Herausforderung in der Region Schwaben“

08.10.2013: Freiburg / Baden-Württemberg - „Umwelt- und sozialverträgliche Planung von Windkraftanlagen“

09.10.2013: Amorbach / Region Unterfranken, Main-Tauber-Kreis - „Umwelt- und sozialverträgliche Planung von Windkraftanlagen im Franken“

10.10.2013: Bayreuth / Region Franken - „Die Energiewende in kommunaler Hand - Windenergie im Wald“

16.10.2013: Augsburg / Bayern - „Energiewende und Klimaschutz – Eine spezielle Herausforderung für Kommunen“

23.10.2013: München / Bayern - „Die Energiewende in kommunaler Hand – Kleinwasserkraft als Baustein der kommunalen Energiewende“

In den Dialogforen werden Fragen vertieft behandelt; man tauscht Erfahrungen mit den anderen Teilnehmern aus. Folgende Themen werden verstärkt angesprochen:

- Wie können wir Windenergieanlagen auf unserem Gemeindegebiet in Eigenregie errichten?
- Worauf muss bei der Planung von Windparks in Süddeutschland besonders geachtet werden?
- Ist die Wirtschaftlichkeit von Windparks in Bayern und Süddeutschland überhaupt gegeben?
- Lohnt sich die Errichtung eines Windmessmasts?
- Wie können wir die Bürger an unseren Energieprojekten beteiligen?
- Können Kleinwasserkraftanlagen zum Hochwasserschutz beitragen?

Die Fachtagungen richten sich an Bürgermeister, politische Entscheidungsträger, Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen sowie an Vertreter von Stadtwerken und Energiegenossenschaften.

Die Liste der Termine samt jeweiligem Informationsflyer steht im Internet unter <http://www.greencity-energy.de/service/fachtagungen.html> □

17 Ordner für Fischwanderhilfe Jochenstein eingereicht

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ) hat im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens die Unterlagen und Gutachten für die geplante Fischwanderhilfe des Kraftwerkes Jochenstein am Landratsamt Passau vorzeitig eingereicht. Die Projektträgerin hat zudem auch Unterlagen, die vom Landratsamt als zuständiger Genehmigungsbehörde zur abschließenden Beurteilung des Energiespeicher Riedl nachgefordert worden waren, eingereicht. Der gesamte ESR-Plansatz umfasst nun in Summe 61 Ordner.

Die von der EU-Wasserrahmenrichtlinie geforderte Durchgängigkeit des Flusses in Jochenstein bis 2021 hat die Projektträgerin vorgezogen, um die Baumaßnahmen im Projektgebiet bei gleichzeitiger Herstellung des Energiespeicher Riedl auf wenige Jahre zu beschränken. Mit der Fischwanderhilfe plant die DKJ eine Umgehung für aquatische Lebewesen um das Kraftwerk Jochenstein. Die Anlage ermöglicht in Form eines 3,3 Kilometer langen Umgehungsgrabens die Überwindung der Staustufe - ca. neun Höhenmeter - und stellt damit die Durchgängigkeit zwischen den beiden Stauräumen Aschach und Jochenstein her.

Naturnahe Gestaltung

Die Fischwanderhilfe soll am linken Donauufer entstehen und auf einer Länge von ca. 3,3 Kilometern Flora und Fauna einen neuen und wertvollen Lebensraum bieten. Dazu wird diese in Schleifen und Mäandern angelegt. Entlang der Ortschaft Jochenstein verläuft sie parallel zur Ufermauer, dort wird im Bereich des örtlichen Gasthauses eine Aussichtsterrasse errichtet. Unterhalb der Ortschaft Jochenstein schlängelt sie sich in großen Schleifen über Freiflächen und mündet kurz nach der Grenze Deutschland – Österreich in die Donau. Maßgebend für die Abmessun-

gen und die Gestaltung der Fischwanderhilfe ist die in der Donau bei Jochenstein herrschende Fischfauna, allen voran die Fischart Wels. Die Herstellung erfolgt in drei voneinander unabhängigen Bauabschnitten und wird ca. 14 Monate dauern. Baubeginn der Fischwanderhilfe soll Mitte 2016 sein. Fertig gestellt wird das Umgehungsgerinne dann 2017. Mit der Errichtung der Fischwanderhilfe werden die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfüllt, die Staustufe Jochenstein ökologisch durchgängig zu machen.

Nachgereichte Unterlagen

Nach der Vorprüfung, der sogenannten Brauchbarkeits- und Vollständigkeitsprüfung der im Herbst 2012 eingereichten Unterlagen für den Energiespeicher Riedl, hat das Landratsamt Passau vor ca. sechs Monaten festgestellt, dass für eine Beurteilung eine Vervollständigung der Unterlagen erforderlich ist. Diese Unterlagen in den Bereichen Wasserrecht und Verfahren, Wasserwirtschaft, Ländliche Entwicklung und Umweltschutz, Fischerei, Schifffahrt und Naturschutz sowie Bauwesen sind von den zuständigen Fachgutachtern erstellt und nun nachgereicht worden. Ebenfalls wurden Unterlagen nachgereicht, die detaillierter auf die Belange der Stadt Passau sowie der Republik Österreich eingehen. □

LfU-Jahresbericht 2011/2012:

Entdeckungsreise durch Bayerns Umwelt

Wasser, Boden, Luft, Natur: Vier Umweltmedien bilden die Lebensgrundlage für den Menschen. Sie sind weder unerschöpflich noch uneingeschränkt belastbar. Diese Erkenntnis sollte die Grenzen menschlichen Handelns bestimmen und stellt die Umweltmedien in den Fokus des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU): Ihr Schutz und ihre nachhaltige Nutzung sind definierte Ziele für Bayerns Zukunft.

Biodiversität, Energiewende und Klimawandel stehen aktuell im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit – für das LfU sind die Leitlinien längst formuliert: Der Erhalt vielfältiger Lebensräume von Wiesen, Flussauen bis zu den Wäldern mit ihrer artenreichen Pflanzen- und Tierwelt ist Voraussetzung für die Biodiversität und die Lebensqualität in Bayern.

Erforderliche Strategien

Die Energiewende beinhaltet

neben der Vermeidung von Energieverbrauch und dem Einsatz effizienter Technologien auch den Ausbau der Ökoenergien – ihre Umsetzung verlangt ein verträgliches Vorgehen durch alle Umweltmedien hindurch. Die Erforschung des Klimawandels und die Ableitung nicht mehr vermeidbarer Folgen auf die Umwelt zeigen das Erfordernis von Klimaschutzstrategien und Anpassungsmaßnahmen.

Der LfU-Jahresbericht 2011/2012 beschreibt die Arbeit des Amtes für die Umweltmedien

Wasser, Boden, Luft und Natur über ingenieur- und naturwissenschaftliche Fachbereiche hinweg zu weit mehr als den vorgenannten Aspekten Biodiversität, Energiewende und Klimawandel: Die Schlaglichter 2011/2012 präsentieren in kompakter Form besondere Augenblicke für das LfU wie Ausstellungen, Fachtagungen, Jubiläen, außergewöhnliche Ereignisse, Entdeckungen oder neue Projekte.

Fachteil

Der Fachteil unterteilt sich in die Bereiche „Abfall“, „Analytik/Stoffe“, „Boden“, „Geologie“, „Lärm“, „Luft“, „Natur“, „Strahlung“, „Wasser“ und „Klima, Energie, nachhaltige Entwicklung ...“; jeder Bereich gibt

mit dem Ticker „Hier sind wir tätig“ einen Überblick zu dem zugehörigen Aufgabenspektrum, zeigt anhand ausgewählter Aktivitäten die Vorgehensweise zur Klärung von Umweltfragen und beschreibt einen Ausblick auf Handlungsschwerpunkte für 2013/2014.

Produktverantwortung

Betrachtet man sich konkret den Bereich Abfall, so haben Regeln zu dessen Umgang laut LfU zwei Ziele: Es dürfen keine Gefahren für Mensch und Natur entstehen und die Ressourcen, die im Abfall stecken, sollen so weit wie möglich genutzt werden – Stichwort Kreislaufwirtschaft.

Für spezielle Abfälle geht man noch einen Schritt weiter: Der Verantwortliche, also derjenige, der etwas herstellt oder in Verkehr bringt, was später zu Abfall wird, muss dafür sorgen, dass „seine“ Abfälle möglichst sinnvoll genutzt und Umweltbelastungen minimiert werden. Das Stichwort für dieses Prinzip ist Produktverantwortung. Derzeit werden gerade in diesem Bereich neue Regelungen erstellt, an denen sich das LfU z. B. mit Stellungnahmen beteiligt.

Umweltaspekte stärker berücksichtigen

So wird erörtert, ob aus der Verpackungsverordnung ein Wertstoffgesetz werden soll, um mit einer „Wertstofftonne“ künftig neben Verpackungen auch sonstige Kunststoffe und Metalle zu erfassen. Weil derzeit noch intensiv diskutiert wird, ob dies durch private Entsorger oder die Kommunen erfolgen soll, wird die Wertstofftonne sicherlich nicht kurzfristig kommen. Bei der Diskussion sollten laut LfU-Bericht auch die Umweltaspekte stärker als bisher berücksichtigt werden.

Neue EU-Vorgaben

Das Prinzip Produktverantwortung greift zudem bei Elektro- und Elektronikgeräten. Diese enthalten einerseits wertvolle Rohstoffe wie Edelmetalle, aber auch gefährliche Stoffe. Aufgrund neuer Vorgaben der EU muss das deutsche Elektrogerätegesetz bis Anfang 2014 angepasst werden. Die bisherigen Erfahrungen sollten genutzt werden, um die Erfassung und Verwertung der Altgeräte zu optimieren.

Ziel muss es sein, die Erfassungsmenge zu erhöhen und gefährliche Bestandteile möglichst frühzeitig und vollständig abzutrennen. Die Rückgewinnung wertvoller Rohstoffe, die zum Beispiel im einzelnen Handy nur in sehr geringen Mengen enthalten sind, stellt eine Herausforderung bei der Aufbereitung dar.



KUMAS-Geschäftsführer Thomas Nieborowsky (l.) und Egon Beckord (r.) gratulieren Carmen Hock-Heyl zur Verleihung des deutschen Umweltpreises 2013.

Deutscher Umweltpreis für Nördlinger Unternehmerin

„Ohne die Visionen, das beharrliche Engagement, unternehmerische Durchsetzungsvermögen und den Mut zum Risiko von Carmen Hock-Heyl gäbe es im Hausbau heute keine Dämmplatten aus dem nachwachsenden Rohstoff Hanf und keine Firma, die sie am Markt etabliert hätte.“ Mit diesen Worten würdigte Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), die Verleihung des Deutschen Umweltpreises 2013 der DBU an Carmen Hock-Heyl, ihres Zeichens Produkterfinderin, Unternehmensgründerin und Geschäftsführerin der mittelständischen Hock GmbH & Co. KG im schwäbischen Nördlingen.

Brickwedde zufolge hat die Preisträgerin nicht nur Ökodämmstoffe hoffähig gemacht. „Sie ist auch ein Vorbild für andere Unternehmen, weil sie Ökologie und Ökonomie erfolgreich in Einklang gebracht, gesundes Bauen möglich und regionale Wirtschaftskreisläufe wiederbelebt hat.“

Vorbildliche Innovationsleistung

„Ihre vorbildliche unternehmerische und ökologische Innovationsleistung und das Alleinstellungsmerkmal der Firma Hock ist die deutschlandweit einzigartige Produktion von Dämmstoffmatten für Dach, Wand, Decke und

Fassade aus dem nachwachsenden Rohstoff Hanf“, machte Brickwedde deutlich.

Hock-Heyl habe sich in der Politik und bei Verbänden unermüdlich für nachhaltige und ressourcenschonende Dämmstoffe eingesetzt. Am Ende sei ein modellhafter Stoff- und Wirtschaftskreislauf entstanden, der die Wertschöpfung aller – möglichst regional – Beteiligten wie Landwirtschaft, Faseraufbereitung, Produktionsbetrieb, Baustoffhandel, Handwerker und Bauherren sicherstelle.

Bundespräsident Joachim Gauck wird Hock-Heyl die mit 250.000 Euro dotierte Auszeichnung am 27. Oktober in Osnabrück überreichen.

DK

Kabinett beschließt bundesweites Abfallvermeidungsprogramm

Maßnahmenpaket zum Schutz der Umwelt vor negativen Auswirkungen der Abfallerzeugung

Das Bundeskabinett hat nunmehr das Abfallvermeidungsprogramm des Bundes verabschiedet. Damit werden erstmals systematisch und umfassend Ansätze der öffentlichen Hand zur Abfallvermeidung in Form von Empfehlungen konkreter Instrumente und Maßnahmen erfasst. Gleichzeitig bildet der Kabinettsbeschluss den Auftakt eines Dialogs zur Abfallvermeidung zwischen Bund, Ländern, Kommunen und weiteren Beteiligten. Das Programm wurde unter Beteiligung der Länder erarbeitet.

Die sogenannte Abfallhierarchie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes gibt der Abfallvermeidung erste Priorität. So können Abfälle beispielsweise dadurch vermieden werden, indem Erzeugnisse wiederverwertet oder Produkte abfallarm gestaltet werden oder indem die Lebensdauer von Produkten verlängert wird. Bundesumweltminister Peter Altmaier: „Es gibt viele Möglichkeiten, Abfall erst gar nicht entstehen zu lassen. Dazu beitragen können wir alle, die öffentliche Hand, Hersteller und Verreiber von Produkten und wir Verbraucher. Dieses Potenzial müssen wir besser erschließen.“

Das Abfallvermeidungsprogramm analysiert unterschiedliche abfallvermeidende Maßnahmen, die die verschiedenen Lebenszyklusstufen von Erzeugnissen betreffen, darunter Ansätze, die Produktion, Produktgestaltung, Handel, Gewerbe sowie den Gebrauch von Produkten berücksichtigen. Neben

den wesentlichen Kriterien des Abfallvermeidungspotentials und den ökologischen Auswirkungen nimmt die Analyse ökonomische, soziale sowie rechtliche Kriterien in den Blick. Nur Maßnahmen, die unter Berücksichtigung all dieser Kriterien positive Wirkungen erwarten lassen, werden im Abfallvermeidungsprogramm empfohlen.

Neben Information und Sensibilisierung sowie Forschung und Entwicklung werden im Abfallvermeidungsprogramm folgende Ansätze genannt:

- Aktive Begleitung von europäischer Forschung zu abfallsparenden Kriterien im Rahmen der EU-Ökodesign-Richtlinie
- Organisatorische oder finanzielle Förderung von Strukturen zur Wiederverwendung oder Mehrfachnutzung von Produkten und Reparaturzentren
- Förderung des Konzepts „Nutzen statt Besitzen“ mit dem Ziel, dass Gebrauchsgüter intensiver und von einem größeren Kreis an Nutzern gebraucht werden (etwa Car-Sharing)
- Konzentrierte Aktionen und Vereinbarungen zwischen öffentlichen Einrichtungen und Industrie oder Handel, um Lebensmittelabfälle, die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehen, zu vermindern;
- Aufnahme weiterer Produktgruppen in das Portfolio des Blauen Engels; Erstellung von praxistauglichen Arbeitshilfen für Vergabestellen zur verstärkten Berücksichtigung von Ressourceneffizienz- und Abfallvermeidungsaspekten.

Die Bundesregierung wird auf Basis des Abfallvermeidungsprogramms einen längeren und umfassenden Dialogprozess mit Ländern, Kommunen und den beteiligten Kreisen zur Förderung der Abfallvermeidung starten.

Kommunen übernehmen Verantwortung für die Abfallvermeidung

Das Bundeskabinett hat das Abfallvermeidungsprogramm des Bundes und der Länder verabschiedet. Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), bewertet das Programm positiv: „Es ist wichtig, dass die Abfallvermeidung in Deutschland gestärkt wird. Das beschlossene Programm ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Der VKU hatte im Rahmen der Verbändebeteiligung eine ausführliche Stellungnahme abgegeben.

Die Maßnahmen setzen an unterschiedlichen Stellen an. Ein Baustein des verabschiedeten Programms ist, die Konsumente dafür zu sensibilisieren, Abfälle zu vermeiden. Auf diesem Feld engagieren sich kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe bereits seit Jahrzehnten im Rahmen der Abfallberatung. Reck: „Die Kommunen übernehmen für die Abfallvermeidung in zahlreichen Projekten Verantwortung. Außerdem unterhalten sie vielerorts Gebrauchtwarenhäuser und Tauschbörsen, die der Aufbereitung zur Wiederverwendung dienen. Das werden sie im Sinne des verabschiedeten Programms fortführen und ausbauen.“

Wirkungsvolle politische Maßnahmen für die Abfallvermeidung wie Vorgaben für die ressourcenschonende Konzeption von Produkten, müssten jedoch noch weiter intensiviert werden. „Das Ökodesign von Produkten birgt große Potenziale, die nicht ungenutzt bleiben sollten“, so Reck. Der VKU setzt sich daher dafür ein, dass die derzeit auf europäischer Ebene intensiv diskutierten Pläne für ein Ökodesign konsequent auch die Rohstoffeinsparung in den Blick nehmen.

Gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) ruft der VKU auch dieses Jahr wieder zur Woche der Abfallvermeidung vom 16. bis 24. November 2013 auf. In den vergangenen Jahren hatten sich zahlreiche kommunale Unternehmen in dieser Woche engagiert.

Das Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter: <http://www.bmu.de/themen/wasser-abfall-boden/abfallwirtschaft/abfallpolitik/abfallvermeidung/>
Quelle: europa-ticker

Identsystem fördert positives Abfallverhalten

Hohe Wertstoffsammelquoten und noch etwas weniger Restabfall. So lassen sich die überaus erfreulichen Abfallkennzahlen des Jahres 2012 im Landkreis Kitzingen charakterisieren. Bereits kurz nach der Einführung des Identsystems, mit dem sich Abfuhr und damit Abfallgebühren einsparen lassen, ging das Restabfallaufkommen deutlich zurück. Im vergangenen Jahr bekam die graue Tonne noch etwas weniger Futter. Nur noch rund 6.700 Tonnen an Restabfällen 2012 landeten im Würzburger Müllheizkraftwerk. Dies entspricht einem durchschnittlichen Wert von 76 Kilogramm pro Einwohner und Jahr.



Wir machen Strom aus Wasserkraft in Bayern, für Bayern.

Verbund
Am Strom der Zukunft

www.verbund.com

Herausforderung für moderne Gesellschaften:

Sanierungskonzepte für die Schätze unter der Erde

Der bewusste Umgang mit Abwässern und eine systematische Einführung von Kanalisationen und Abwasser-Klärungen haben in den letzten 150 Jahren in Deutschland zu sehr guten hygienischen Lebens- und Arbeitsbedingungen beigetragen. Die öffentliche Kanalisation kann heute als wahrer Schatz unter der Erde bezeichnet werden, immerhin wird ihr Wert auf 687 Mrd. Euro geschätzt. Doch diese Kanalisation ist nun in die Jahre gekommen. Nachhaltige Sanierungskonzepte sind gefragt, um die Kanalisation und damit den hohen Hygienestandard in Deutschland zu erhalten.

Kanalisation: Grundvoraussetzung für Hygiene

Eine funktionierende Hygiene ist die Grundvoraussetzung für das heutige Leben in industrialisierten Ländern wie Deutschland. Nur durch geeignete Maßnahmen können Krankheiten, die durch verseuchtes Wasser bedingt sind, weitestgehend eingedämmt werden. Typhus und Cholera - gegenwärtig in Deutsch-

land eher durch Reisen in Schwellenländer bekannt - zählten noch Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Geißel der Bevölkerung. Es ist insbesondere den Studien Max von Pettenkofer zu verdanken, der 1876 das erste Institut für Hygiene in Deutschland an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München einrichtete, dass ein Zusammenhang zwischen schlechten sanitären Bedingungen und diesen Epidemien erkannt wurde: Als Hauptvoraussetzungen für eine bessere Hygiene wurden sowohl die effiziente Entfernung der zahlreichen Abwässer mithilfe einer vernünftigen Kanalisation als auch funktionierende Anschlüsse der Grundstücke an dieses Kanalnetz abgeleitet.

land eher durch Reisen in Schwellenländer bekannt - zählten noch Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Geißel der Bevölkerung. Es ist insbesondere den Studien Max von Pettenkofer zu verdanken, der 1876 das erste Institut für Hygiene in Deutschland an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München einrichtete, dass ein Zusammenhang zwischen schlechten sanitären Bedingungen und diesen Epidemien erkannt wurde: Als Hauptvoraussetzungen für eine bessere Hygiene wurden sowohl die effiziente Entfernung der zahlreichen Abwässer mithilfe einer vernünftigen Kanalisation als auch funktionierende Anschlüsse der Grundstücke an dieses Kanalnetz abgeleitet.

Es ist insbesondere den Studien Max von Pettenkofer zu verdanken, der 1876 das erste Institut für Hygiene in Deutschland an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München einrichtete, dass ein Zusammenhang zwischen schlechten sanitären Bedingungen und diesen Epidemien erkannt wurde: Als Hauptvoraussetzungen für eine bessere Hygiene wurden sowohl die effiziente Entfernung der zahlreichen Abwässer mithilfe einer vernünftigen Kanalisation als auch funktionierende Anschlüsse der Grundstücke an dieses Kanalnetz abgeleitet.

Hoher Anschlussgrad und einschlägige Gesetzgebung

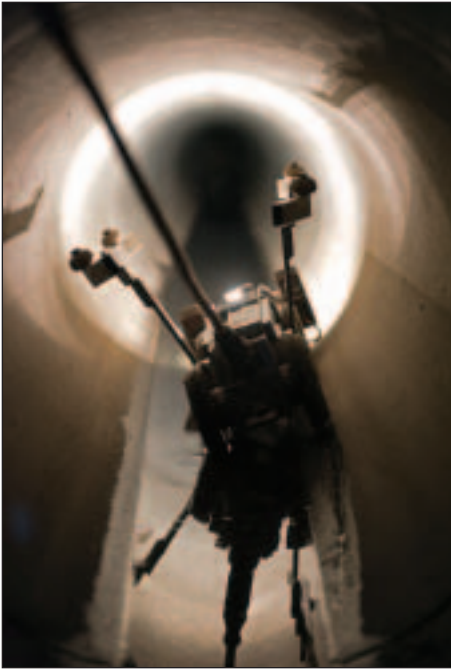
Heute besteht ein Anschlussgrad von 96 % an die öffentliche Kanalisation; die Länge derselben wird auf etwa 540.000 km geschätzt. Ein bedeutender Wert, den es zu schützen gilt. Es gibt einschlägige Gesetzgebungen, wie das Wasserhaushaltsgesetz und die EU-Wasserrahmen-Richtlinie, die klare Regelungen für die Abwasserwirtschaft darstellen.

Das Kanalnetz kommt in die Jahre

Das Thema Hygiene wird aktuell vakant durch das in die Jahre gekommene Kanalnetz. Immerhin sind nach einer Befragung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) 28 % der Kanäle älter als 50 Jahre, 15 % älter als 75 Jahre und 6 % sogar

Sanierungsart	Anwendungsgebiet	Beispiel	Wirtschaftlichkeit
Reparatur	Punktueller, örtlich begrenzte Schäden	Abdichtung einer Rohrverbindung mit Roboter	Geringe Kosten Geringe Nutzungsdauer: ca. 2- 15 Jahre
Renovierung	Streckenschäden (z. B. lange Risse) oder zahlreiche Einzelschäden (z.B. undichte Muffen)	Auskleidung einer ganzen Haltung mit einem harzgetränkten Glasfaser-schlauch	Mittlere Kosten Mittlere Nutzungsdauer: ca. 25 - 50 Jahre
Erneuerung	Gesamter Kanal ist stark geschädigt oder hydraulische Leistungsfähigkeit soll erhöht werden	Erneuerung einer Haltung in offener Bauweise	Hohe Kosten Hohe Nutzungsdauer: ca. 50- 100 Jahre

Sanierungskonzepte für die Kanalsanierung unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit. □



TV-Inspektionen - wichtige Voraussetzung zur Beurteilung des Zustands der Kanalisation. Bild: [trans-ponder.de]

älter als 100 Jahre. Einerseits können Rohrbrüche und Undichtigkeiten auftreten. Andererseits kann die Kapazität der Kanalisation bei Starkregenereignissen, die aufgrund des Klimawandels auch in Deutschland zunehmen werden, nicht mehr ausreichen, wie das Ecologic Institute in Berlin in einer aktuellen Studie aufzeigt: Große Wassermengen führen bei Mischkanalisationen mit Überlaufsystemen dazu, dass

Regenwasser mit Abwasser vermischt wird, und Abwasser ungeeignet in die Umwelt gelangt.

Gefahr von Verschleiß und Korrosion

Je älter ein Kanal, desto höher die Gefahr von Verschleiß und Korrosion. Aber auch der Einwuchs von Wurzeln in Kanalsysteme kann Schäden verursachen, zudem können Ablagerungen zum Abflusshindernis und Rückstau im Kanal führen.

Durch Bodenerosion oder häufige Bautätigkeit in der unmittelbaren Umgebung der Kanalisation kann es zu Rohrbrüchen, Rissen, verschobenen Dichtungen oder Anschlusschäden kommen, mit der Folge, dass durch undichte Stellen Erdreich in das Kanalnetz gelangen und zur Hohlraumbildung im angrenzenden Untergrund führen kann. Im schlimmsten Fall kommt es zu Straßeneinbrüchen.

Exfiltration und Infiltration als Folge veralteter Kanäle

Folgen von schadhafte Kanälen können beispielsweise Exfiltrationen sein, das heißt Abwasser aus undichten oder gebrochenen Stellen verunreinigen Boden und Grundwasser. Als umweltrelevant ergibt sich der direkte Kontakt von Grundwasser mit rohem Abwasser. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung des Grundwassers als Trinkwasser-Reservoir für die Umwelt im Allgemeinen und die Versorgung mit Trinkwasser im Besonderen dar. In Fachkreisen wird angenommen, dass die gesamte Exfiltrationsmenge des nationalen Abwassernetzes bis zu

440 Mio. m³/Jahr bewegen kann, das können etwa 6 bis 10 % des jährlich anfallenden Abwassers sein. Durch Infiltration gelangen Grundwasser und anderes Fremdwasser in die Abwasserkanäle, wodurch die Kläranlagen überproportional belastet werden.

Nachhaltige Sanierungskonzepte tun Not

Die Abwasserbeseitigung stellt eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand, explizit der Städte und Gemeinden dar. Gleichzeitig hat die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit von Bausubstanz - und dazu muss selbstverständlich auch die Kanalisation gezählt werden - Einzug gehalten in nationale Vorgaben, die den Markteintritt regeln. Beispielsweise beinhaltet die Bauproduktenverordnung, dass Aspekte der Nachhaltigkeit umgesetzt werden müssen.

Wirtschaftlichkeit als wesentlicher Bestandteil der Nachhaltigkeit

Wirtschaftlichkeit als wesentlicher Bestandteil der Nachhaltigkeit spielt daher insbesondere bei kostenintensiven und auf Langlebigkeit ausgerichteten Anlagenwerten, wie sie die Kanalisation darstellt, eine erhebliche Rolle. Ökologische und soziale Aspekte der Nachhaltigkeit, also Schutz der Natur und des Menschen, stellen gesamtgesellschaftliche Aufgaben dar.

Auf lange Sicht ist es deshalb in der Regel wirtschaftlicher, den Umfang der Sanierungen zu vergrößern und zusammen mit starken Mängeln auch mittlere und leichte Schäden zu sanieren. Dann ist kein nochmaliger Eingriff in die Haltung erforderlich. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich Schäden mit der Zeit weiter vergrößern.

Die in einem Sanierungskonzept vorgesehenen Maßnahmen haben Auswirkungen auf die Betriebssicherheit, den Wert des Kanalnetzes und die Sanierungskosten von morgen. □



„Die Erneuerung und Instandhaltung unseres Kanalnetzes muss mit Nachdruck vorangetrieben werden“, so Bundesminister Dr. Peter Ramsauer, hier bei der Übergabe des neuen Forderungskataloges der Aktionsgemeinschaft „Impulse pro Kanalbau“ durch RA Manfred D. Zehe, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V. Bild: BIV

Regionale Abfall- und Nebenprodukte:

Forschungsprojekt untersucht Potential

Von Grasschnitt über biogenes Treibgut bis hin zu Resten aus der Landwirtschaft oder Lebensmittelindustrie: Täglich fällt aus verschiedensten Quellen Biomasse an, die sich zu neuen Grundstoffen aufbereiten oder zumindest energetisch verwerten ließe. Allerdings sind die einzelnen Mengen oftmals zu gering, als dass sich die Verarbeitung wirtschaftlich lohnen würde, und verfallen daher unbeachtet. Das unabhängige Forschungsinstitut ttz Bremerhaven hat jetzt auf Initiative des BioRes-Netzwerks und in Zusammenarbeit mit mehreren Hochschulen, Unternehmen sowie mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein Leuchtturmprojekt gestartet, das solche Reststoffe nutzbar machen will.

In den Landkreisen Wesermarsch und Cuxhaven sollen dazu über mehrere Jahre hinweg und übertragbar auf andere Regionen Deutschlands die tatsächlich vorhandenen Stoffmengen sowie mögliche Verwendungen untersucht werden. Begleitend werden sich Studien mit den logistischen, technischen, gesetzlichen, sozialökonomischen und wirtschaftlichen Faktoren befassen. Im Fokus stehen dabei speziell die Vorteile für die Region, wie Abfallvermeidung, günstige Energieträger und Rohstoffe sowie die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Im Wesentlichen soll das Projekt „Nutzung regionaler Stoffströme“ (NureSt) eine Innovationsgruppe aufbauen mit dem Ziel, eine dezentrale Bioraffinerie einschließlich der notwendigen Logistik zu konzipieren, in der biogene Reststoffe unterschiedlicher Herkunft sinnvoll verwertet werden können. „Die energetische Nutzung ist dabei eine Möglichkeit, noch interessanter ist allerdings eine Wiederverwendung beispielsweise als Bodenhilfsstoff oder als

neues Rohmaterial für die Industrie“, erklärt Malte Trumppa, Leiter des BioRes-Netzwerks, eines ZIM-Kooperationsnetzwerks, in dem die Idee für das Leuchtturmprojekt entstand. Die aus dem ttz Bremerhaven hervorgegangene BioRes-Initiative ist ein Zusammenschluss von Unternehmen aus der gesamten Wertschöpfungskette rund um das Thema Biomasse.

Als mögliche Grundstoffe werden bislang vor allem Reststoffe und Abfälle aus der Agrar- und Forstwirtschaft diskutiert. „In einem anderen Projekt haben wir zum Beispiel von einem Reetbauern erfahren, dass er durchschnittlich rund zehn Prozent seiner Halme einfach auf der Fläche liegen lässt, weil sie zur Dacheindeckung ungeeignet sind“, berichtet Trumppa. Erste Untersuchungen haben aber auch ungewöhnliche Quellen aufgezeigt, wie beispielsweise Treibsel: Solche Ansammlungen aus biologischem Treibgut, vorwiegend Schilf, Äste oder andere Biomasse, finden sich nicht nur an den Küsten, sondern auch an großen Flussläufen wie der Weser.

Da sie bisher kaum verwertet werden, gibt es hier eine große Bandbreite an unerschlossenen Rohstoffen, die künftig abgeschöpft und nutzbar gemacht werden kann.

Zwei Vorteile der biogenen Reststoffe kommen hinsichtlich eines auch im ökonomischen Sinne nachhaltigen Betriebs der Anlage – und damit des Erfolg des Projekts – besonders zum Tragen: Zum einen ist das Material bereits vorhanden, es fällt bei anderen Prozessen als Nebenprodukt an und muss daher nicht erst energie- und kostenintensiv erzeugt werden. Daraus ergibt sich zum anderen auch, dass das Vorhaben nicht mit der Landwirtschaft um Flächen konkurriert, wie beispielsweise Energiemaiss, der den Platz für die Lebensmittelproduktion einschränkt. Einzige Bedingung ist die Ansammlung einer ausreichend großen Masse an Reststoffen, um eine effiziente Verarbeitung zu gewährleisten. Dabei lassen sich durch die Kombination unterschiedlicher Materialien auch unregelmäßig anfallende oder sehr kleine Mengen einbeziehen und mittels verschiedener Konversionstechniken einer sinnvollen Verwendung zuführen.

Im jetzt gestarteten ersten Abschnitt der Definitionsphase von NureSt sollen zunächst die realen Stoffströme in den Modellgebieten Wesermarsch, Osterholz-Scharmbeck, Bremerhaven, Bremen und Cuxhaven quantifiziert

Die zweite Auflage des Forderungskatalogs ist da! Abrufbar unter www.impulse-pro-kanalbau.de



Mit freundlicher Unterstützung des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer.

Von Abwasser bis Windpark:

Förderung kommunaler Investitionen in die Energiewende

Von Sally Schumann, LfA Förderbank Bayern

Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und der Ausbau der regenerativen Energieversorgung machen in vielen Kommunen weitreichende Investitionen nötig. Bei der Finanzierung der Vorhaben hilft die LfA Förderbank Bayern mit langfristigen Förderkrediten zu einem Zinssatz ab 0,00%.

Hauptaufgabe der staatlichen Spezialbank ist die Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Gründern. Da für den Wirtschaftsstandort Bayern eine fortschrittliche Infrastruktur unentbehrlich ist, unterstützt die LfA auch Kommunen bei ihren Investitionsvorhaben mit zinsgünstigen Förderkrediten. Daneben steht sie Banken als verlässlicher Finanzierungspartner bei großvolumigen Infrastrukturprojekten zur Seite; im Rahmen solcher Konsortialfinanzierungen übernimmt die LfA einen Teil des Kreditrisikos und stellt bei Bedarf zinsgünstige Refinanzierungsmittel bereit.

Förderkredite für Kommunen

Die Förderkredite bieten kommunalen Gebietskörperschaften, deren unselbstständigen Eigenbetrieben sowie kommunalen Zweckverbänden mit 100 Prozent gemeindlichen Mitgliedern eine zinsgünstige und langfristige Finanzierungsmöglichkeit für verschiedene Vorhaben.

einspareffekten von mindestens 20-Prozent steht das Spezialprogramm Infrakredit Energie mit Zinssätzen ab 0,00% p.a. zur Verfügung.

Infrakredit Tiefengeothermie

Der Infrakredit Tiefengeother-

FÖRDERBEISPIEL WINDPARK

Errichtung eines Windparks

Der unselbstständige Eigenbetrieb einer Gemeinde schließt im Haushaltsjahr 2013 einen GU-Vertrag über die Errichtung eines Windparks mit vier Windrädern für 25 Mio. EUR ab. Für den erzeugten Strom wird eine EEG-Vergütung gezahlt.

100 % Fremdfinanzierung gewünscht

Die Lösung:

Finanzierungsplan	(in TEUR)
Infrakredit Kommunal	12.500*
Bankkredit	12.500
Summe	25.000

*50 % Finanzierung bei Krediten > 4 Mio. EUR

gen Aufwendungen. Der Darlehenshöchstbetrag im Infrakredit Energie beläuft sich auf 4 Millionen Euro je Vorhaben.

Förderbeispiel Abwassernutzung

Ein Förderbeispiel zur Abwassernutzung: Eine Gemeinde plant die Errichtung einer Heizungsanlage mit Wärmetauscher zur Nutzung des Wärmepotenzials von Abwasser und Versorgung eines Wohnkomplexes sowie eines Verwaltungsgebäudes mit Heizwärme. Die Investitionskosten belaufen sich auf insgesamt 1,2 Millionen Euro. Die Gemeinde erhält für das Vorhaben einen Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro von ihrer Bezirksregierung und beantragt zur Finanzierung der verbleibenden Investitionskosten von 900.000 Euro einen Infrakredit Energie – Teilbereich Quartiersversorgung.

Förderbeispiel zur Windparkfinanzierung

Ein Förderbeispiel zur Windparkfinanzierung: Der unselbstständige Eigenbetriebs einer Gemeinde schließt im Haushaltsjahr 2013 einen Generalunternehmervertrag für die Errichtung eines Windparks mit vier Windrädern über 25 Millionen Euro ab. Für den erzeugten Strom wird eine EEG-Vergütung gezahlt. Der Eigenbetrieb wünscht eine 100-prozentige Fremdfinanzierung und beantragt einen Infrakredit Kommunal über 12,5 Millionen Euro (Förderhöchstsatz von 50-Prozent). Der Restbetrag wird über ein Darlehen der örtlichen Hausbank finanziert. Der Einsatz von Eigenmitteln ist nicht zwingend erforderlich.

Attraktive Konditionen

Alle Förderkredite mit Ausnahme des Teilbereichs der energieeffizienten Stadtbeleuchtung werden in drei Laufzeitvarianten – 10, 20 und 30 Jahre – mit bis zu zwei, drei und fünf tilgungsfreien Anlaufjahren angeboten. Bei Bedarf können weniger Tilgungsfreijahre gewählt werden. Die Zinsbindung beträgt bei allen drei Laufzeitvarianten zehn Jahre. Der Zinssatz wird am Tag der jeweiligen Auszahlung festgelegt. Die tagesaktuellen Zinssätze können im Internet unter www.lfa.de abgerufen werden. Alle Förderkredite werden zinsgünstig über die KfW refinanziert und zusätzlich aus Gewinnmitteln der LfA zinsverbilligt. Gemeinden steht damit eine attraktive Finanzierungsmöglichkeit zu günstigen Kreditzinsen und langen Laufzeiten zur Verfügung.

Ihr direkter Weg zur Förderung

Im Infrakredit Kommunal kann die Antragstellung im laufenden Haushaltsjahr für Vorhaben des genehmigten aktuellen Vermögenshaushaltes unabhängig vom Vorhabensbeginn erfolgen. Anträge für den Infrakredit Energie und Infrakredit Tiefengeothermie sind vor Beginn des Vorhabens zu stellen. Als Vorhabensbeginn gilt der Abschluss eines dem Vorhaben zuzurechnen-

Kreditnachfrage von Kommunen und Mittelstand steigt stark

LfA Förderbank Bayern sagt 40 Prozent mehr Kredite für Investitionen zu

Halbjahresbilanz der LfA Förderbank Bayern: Die staatliche Spezialbank hat 2013 bislang rund 960 Millionen Euro an zinsgünstigen Förderkrediten zugesagt, das sind 40 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. 910 Millionen Euro gingen an mittelständische Unternehmen und 50 Millionen Euro an Städte und Gemeinden. Mittelstand und Kommunen finanzieren mit den langfristigen Förderkrediten vor allem nachhaltige Projekte wie Wachstumsvorhaben, Modernisierungen und Energieeffizienzmaßnahmen.

Zinsniveau ausnutzen

„Die Firmen nutzen das günstige Zinsniveau sowie die positiven Konjunkturaussichten und investieren verstärkt in ihre Wettbewerbsfähigkeit. Mit den Förderkrediten der LfA können die Unternehmen Projekte in Höhe von 1,3 Milliarden Euro verwirklichen – eine sehr erfreuliche Nachricht, denn damit ist der Mittelstand in Bayern auf einem guten Weg, seine Position als Qualitäts- und Innovationsanbieter auszubauen“, sagt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil. „Über 3.200 kleine und mittlere Unternehmen

haben unsere Förderkredite beantragt. Damit erreicht die Förderung 800 Firmen mehr als im Vorjahreszeitraum, und zwar in der ganzen Breite des Mittelstands, vom Handwerk über die Industrie, den Handel, das Dienstleistungsgewerbe bis zu den Freien Berufen“, erklärt LfA-Chef Dr. Otto Beierl.



Dr. Otto Beierl.

Staatliche Spezialbank

Im Bereich der Infrastrukturförderung hat die LfA 58 Kommunen Förderkredite zugesagt, das sind 14 Kommunen mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Förderung ermöglicht den Städten und Gemeinden Maßnahmen in Höhe von über 70 Millionen Euro, vor allem in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie Energieeffizienz und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger.

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben.

den Vertrages. In beiden Fällen erfolgt die Antragstellung kurz, schlank und direkt bei der LfA Förderbank Bayern. Merkblätter und Anträge sowie die für den Infrakredit Energie nötigen Nachweisformulare gibt es

im Internet unter www.lfa.de.

Kontakt

Bei Fragen steht das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA gerne telefonisch (089/

2124 1505) oder per E-Mail (infra@lfa.de) zur Verfügung. Weitere Informationen im Internet unter www.lfa.de. oder per Adresse LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München.

FÖRDERKREDITE UND FÖRDERBEREICHE

Infrakredit Kommunal (Zinssatz ab 0,97 % p.a. nom)*	Infrakredit Energie (Zinssatz ab 0,00 % p.a. nom)*	Infrakredit Tiefengeothermie	Infrakredit Breitband (Zinssatz ab 0,67 % p.a. nom)*
Energieeinsparung/umweltfreundliche Energieträger - incl. EEG-Anlagen -	Allgemeine Energieeinsparung (mind. 20 %) / Erneuerbare Energieträger - ohne Gebäude und EEG-Anlagen		
Ver- und Entsorgung inkl. Wasser/Abwasser	Energieeffiziente Wärmever-/Wasserver-/Abwasserentsorgung im Quartier (KWK-Anlagen etc.)	Geothermische Wärmenetze	
Verkehrsinfrastruktur	Energieeffiziente Stadtbeleuchtung		
Technik			Aufwendungen der Gemeinde zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke eines Breitband-Netzbetreibers
Toursimus, Erschließung Gewerbe- und Industrieflächen			

*Zinssatz Stand 09. 07. 2013

Bei der Förderung von Investitionen in die Energiewende unterscheidet die LfA grundsätzlich zwischen Vorhaben, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vergütet werden (Kurz: EEG-Vergütung) und Vorhaben, die keine Vergütung erhalten. Energieeinsparmaßnahmen und Investitionen in umweltfreundliche Energieträger, wie Photovoltaik- und Windkraftanlagen, die eine EEG-Vergütung erhalten, können im Infrakredit Kommunal – dem Standardprogramm der LfA – gefördert werden. Für alle übrigen Investitionsmaßnahmen in erneuerbare Energieträger (ohne EEG-Vergütung), eine energieeffiziente Stadtbeleuchtung oder die Quartiersversorgung sowie bei Maßnahmen mit Energie-

mie ist ein Zuschussprogramm zur Förderung der Errichtung und Erweiterung geothermischer Wärmenetze. Es steht zusätzlich auch gewerblichen Unternehmen zur Verfügung und wird von der LfA im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums ausreicht.

(Hinweis: Die Energetische Sanierung kommunaler Gebäude kann ab 0,00% p.a. über den „Energiekredit Kommunal Bayern“ der BayernLabo gefördert werden.)

Bis zu 100 Prozent-Finanzierung möglich

Die Finanzierungsanteile des Infrakredits Energie und des Infrakredits Kommunal sind abhängig vom jeweiligen Kreditbedarf der Gemeinde. Bei Kreditbeträgen bis zwei Millionen Euro kann die LfA bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten finanzieren. Liegt der Kreditbedarf der Gemeinde über zwei Millionen Euro, reduziert sich der Finanzierungsanteil auf maximal 50 Prozent der förderfähigen

FÖRDERBEISPIEL ABWASSERNUTZUNG

Wärmerückgewinnung aus öffentlichen Kanalsystemen

Errichtung einer Heizungsanlage mit Wärmetauscher und Wärmepumpe zur Nutzung des Wärmepotenzials von Abwasser und Versorgung eines Wohnkomplexes sowie eines Verwaltungsgebäudes mit Heizwärme

Die Lösung:

Investitionsplan	(in TEUR)	Finanzierungsplan	(in TEUR)
Bauliche Maßnahmen	1.150	Infrakredit Energie *	
Sonstiges	50	- Quartiersversorgung	900
		Zuschuss	300
Summe	1.200	Summe	1.200

*Zinssatz ab 0,00 % p. a. nom. (Zinssatz Stand 09. 07. 2013)

Achtung: Antragstellung vor Vorhabensbeginn!

INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



Kommunal финанzen in Bayern:

Solide durch die Krise

**„Kommunaler Finanzreport 2013“ der Bertelsmann Stiftung:
Bayerische Kommunen erhöhen Kassenkredite - Gefahren regionaler Abkopplung**

Bayern vorn: Wie aus dem „Kommunalen Finanzreport 2013“ der Bertelsmann Stiftung hervorgeht, ist die Finanzlage der bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise so gut wie in kaum einem anderen Bundesland. Im Freistaat herrschten eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung und ein gesundes Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden. Allerdings habe die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Haushalten Schäden hinterlassen. Risiken ergäben sich aus den wachsenden Unterschieden zwischen den Regionen.

Zum Stichtag des Finanzreports am 31. Dezember 2011 betrug die Gesamtverschuldung der Kommunen in Bayern rund 14,1 Milliarden Euro. 2007 waren es noch 400 Millionen Euro

mehr. Die Verschuldung besteht fast vollständig aus Krediten, die die Kommunen für Investitionen in Infrastruktur wie Straßen und Schulgebäude aufgenommen haben. Diesen „guten“ Krediten stehen nur in sehr geringem Umfang als „gefährlich“ geltende Kassenkredite gegenüber, die ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Laut Report entfielen im Frei-

staat 2011 lediglich 3 Prozent der kommunalen Verschuldung auf Kassenkredite, im Krisenland Saarland waren es hingegen mehr als 60 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 45 Prozent. Die Höhe der Kassenkredite ist bundesweit zwischen 2007 und 2011 rasant gewachsen, von 29 Milliarden Euro in 2007 auf 44 Milliarden in 2011. In Bayern stiegen sie ebenso von 205 Millionen Euro auf 394 Millionen Euro. Der Anstieg ist mit gut 90 Prozent überproportional, verläuft jedoch auf sehr geringem Niveau. In diesen Zahlen drücken sich die Folgen der Wirtschaftskrise aus, die die bayerischen wirtschaftsstarken Kommunen besonders trafen. So sank die Gewerbesteuer (netto) von 2008 auf 2009 um über eine Milliarde Euro.

Geringe Pro-Kopf-Verschuldung

Mit 31 Euro pro Einwohner weisen die bayerischen Kommunen weiterhin eine sehr geringe Pro-Kopf-Verschuldung in Kassenkrediten auf. Der bundesweite Durchschnitt liegt 2011 bei 580 Euro; im Saarland sind es sogar 1.754 Euro. Besser in Bezug auf die Kassenkredite sind die Kommunen in Sachsen und Baden-Württemberg (13 und 19 Euro pro Kopf). Die höchst verschuldete bayerische Stadt Marktreidwitz liegt mit 576 Euro noch unter dem Bundesdurchschnitt; ebenso die höchst verschuldete kreisfreie Stadt Fürth mit 403 Euro Kassenkrediten pro Kopf.

Herausragend ist in Bayern auch das Verhältnis zwischen

Schulden und Vermögen, das im Wesentlichen aus Bareinlagen und Anteilsrechten an Beteiligungen besteht: Nach Baden-Württemberg weisen die bayerischen Kommunen das günstigste Verhältnis auf. Die Geldschulden sind lediglich 14 Prozent höher als das Finanzvermögen.

„Am Schuldenstand der bayerischen Kommunen werden die positiven Effekte der guten Wirtschaftsstruktur, aber auch der Kommunalaufsicht und lokaler Haushaltsdisziplin sichtbar“, betont René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung. Die Mehrzahl der Gemeinden ist schuldenfrei. Im Landesvergleich stärker gefährdet sind die Landkreise an der tschechischen Grenze oder die alten Industriestädte Oberfrankens. Hier sind die Kommunen einer starken Schrumpfung ausgesetzt, was zwangsläufig zu Haushaltsengpässen führt.

Chancen und Risiken

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Bayern liegt genau im Durchschnitt. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber sinkt die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, so Geißler.

In einer ersten Reaktion verlieh Bayerns Finanzminister Dr.

Markus Söder seiner Freude über die im Vergleich zu anderen Bundesländern hervorragende Finanzlage der bayerischen Kommunen Ausdruck. Ein Markenzeichen bayerischer Finanzpolitik sei es, für eine solide und auskömmliche Finanzausstattung der bayerischen Kommunen zu sorgen. „Jeder vierte Euro, den der Freistaat ausgibt, geht an unsere Kommunen. Mit insgesamt 7,8 Milliarden Euro hat der kommunale Finanzausgleich 2013 ein Rekordvolumen erreicht“, stellte Söder fest.

Stabilisierungshilfen

Insbesondere habe Bayern in 2013 die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen auf 100 Millionen vervierfacht. Damit würden zielgenau 27 Landkreise sowie 120 Städte und Gemeinden im Freistaat unterstützt. „Die Stabilisierungshilfen sollen besonders strukturschwache Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte helfen und Handlungsspielräume eröffnen“, erklärte Söder. Im Ergebnis stünden die bayerischen Kommunen im Ländervergleich sehr gut da. Mit ihrer Investitionsquote (2012: 21,9 Prozent) lägen sie seit Jahren an der Spitze der westlichen Flächenländer.

Söder zufolge bestätigt die Bertelsmann Studie: „Die gute finanzielle Lage der Kommunen drückt sich in den bundesweit höchsten Bauausgaben, zum Beispiel für Schulen oder Straßen, aus. Sie lagen 2011 pro Kopf beim Doppelten der nordrhein-westfälischen Kommunen.“

DK

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Sparlöwe für Finanzminister Söder

In Anerkennung einer erfolgreichen und nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik des Freistaates Bayern hat der Bund der Steuerzahler in Bayern (BdSt) Finanzminister Dr. Markus Söder in München mit dem Sparlöwen ausgezeichnet. Wie der Vorsitzende des Verwaltungsrates des BdSt, Hans Podiuk, hervorhob, sei Söders Politik zur Schuldentilgung „nicht nur eine finanzpolitische Großtat, sondern auch ein gesellschaftspolitischer Beitrag, um nachfolgenden Generationen eine Chance zu geben“.

„Sie haben das Ziel ausgegeben, die Verschuldung des Freistaates Bayern in den nächsten Jahren massiv abzubauen und dies nicht nur versprochen, sondern bereits mit der Rückzahlung in Milliardenhöhe begonnen“, betonte Podiuk. Seit Jahrzehnten fordere der Bund der Steuerzahler auf Bundes und

Entscheidungen sei Preisträger Dr. Söder. Dass innerhalb von nur drei Jahren die Altschulden um 2,5 Milliarden Euro und damit um über elf Prozent des bayerischen Schuldenstandes reduziert werden, sei vorbildlich. Deshalb, so der Präsident, laufe die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler in Bayern inzwischen rückwärts im

klärte Präsident von Hohenhau.

„Last but not least sind wir Staatsminister Söder und der bayerischen Staatsregierung dankbar für die Unterstützung bei unserem Kampf um Steuererleichterungen“, machte der Präsident deutlich. Als Gemeinsamkeiten nannte er die Entlastung des Mittelstandes durch Abbau der „Kalten Progression“, die Neuregelung der Erbschaftsteuer, Steuervereinfachung sowie Bürokratieabbau.

Abschließend richtete von Hohenhau folgende Bitte an den Finanzminister: „Unterstützen Sie die Forderung des Bundes der Steuerzahler den Soli abzuschaffen und machen Sie mit uns gemeinsam noch mehr Druck im Kampf gegen immer neue Schulden und Haftungen die Deutschland für europäische Schuldner eingeht.“

In seinem Festbeitrag stellte Preisträger Söder unter anderem sein Konzept für mehr Steuererechtigkeit vor. Mit dem „Bayern-Tarif“ könne eine milliarden-schwere Entlastung für die Bürger im Freistaat erreicht werden. Notwendig sei mehr Steuerwettbewerb in Deutschland. Bayern wolle alle möglichen Chancen nutzen, um die eigenen Standortbedingungen weiter zu stärken.

Mit dem „Bayern-Tarif“ wolle er Steuern regionalisieren und damit Bürger sowie Unternehmen im Freistaat entlasten. Dazu gehörten die Reduzierung der Lohn- und Einkommensteuer, die Halbierung der Erbschaftsteuer sowie die Vereinfachung im Bereich der Grundsteuer.

In drei Stufen sollen die bayerischen Bürger über drei Jahre entlastet werden, so dass die Steuerbelastung dann gegenüber heute drei Prozent geringer sei, bemerkte Söder. Die Gegenfinanzierung erfolge unter anderem durch geringere Zahlungen in den Länderfinanzausgleich sowie mittelfristig durch Selbstfinanzierungseffekte.

Mit einer Erhöhung des Kinderfreibetrages sollen zudem Familien gestärkt werden, daneben werde ein High-Tech-Bonus Investitionen in Forschung und Entwicklung attraktiver machen und steuerliche Anreize sollen den Mietwohnungsneubau unterstützen.

„Die Bayerische Staatsregierung will die erfolgreiche Steuerpolitik der vergangenen Jahre fortsetzen – statt Rekordbelastung an Steuern und bürokratischer Umverteilung soll Wohlstand Markenzeichen des Freistaats bleiben“, bilanzierte Bayerns Finanzminister. Eine besondere Anerkennung sprach er schließlich der verantwortungsvollen Arbeit des Bundes der Steuerzahler aus. Die realistischen Grundsätze der Verbandspolitik in Verbindung mit fundierten wissenschaftlichen Gutachten stellten häufig eine wertvolle praxisorientierte Unterstützung der Steuerpolitik dar. DK



V. l.: Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, Hannah Stein, Vizepräsidentin des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Hans Podiuk, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, gleichzeitig Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler und Maria Ritch, Vizepräsidentin des Bundes der Steuerzahler in Bayern. □

Landesebene wenigstens einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, „wobei etwa der auf Bundesebene von Finanzministern aller Couleur, immer für die nächsten ein, zwei, drei Jahre als unmittelbar bevorstehend vorausgesagt wird“. Leider komme beim Vollzug dieser Verheißung immer etwas dazwischen. Bei Minister Söder jedoch sei dies anders, so Podiuk: „Der ausgeglichene Haushalt in Bayern hat zwischenzeitlich Tradition, die Rückzahlung der Schulden betrachten wir allerdings als historische Zeitenwende.“

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler Rolf von Hohenhau stellte in seiner Laudatio auf den Preisträger fest, dass Finanzminister Söder bleibende Akzente auf dem weiteren Weg zu strukturell ausgeglichenen Haushalten, in der Steuerpolitik, aber auch in der Entwicklung des Steuerrechts gesetzt habe. Wer wie er mit Krallen und Zähnen die Finanzen des Freistaates Bayern verteidige, sei auszeichnungswürdig.

Zu bayerischen Haushalten ohne neue Schulden seit dem Jahr 2006 komme jetzt das finanzpolitische Ziel, bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu sein. Erfolgreicher Umsetzer sowie auch Initiator wegweisender finanzpolitischer

Jahr 2013, um genau 16,48 Euro pro Sekunde.

„Eine mindestens ebenso wichtige Leistung Markus Söders, die leider zu wenig Beachtung findet, ist sein Verhandlungserfolg beim Beihilfeverfahren der EU zur BayernLB“, fuhr von Hohenhau fort. Dieses wurde im Juli 2012 erfolgreich abgeschlossen. Ein Scheitern hätte den Freistaat Milliarden gekostet.

Da sich Söder zukunftsorientiertes Handeln auf die Fahnen geschrieben habe, soll von Hohenhau zufolge die Schuldenbremse jetzt auch in der Bayerischen Verfassung verankert werden. Hier werde der Bund der Steuerzahler ihn und die Landesregierung nach Kräften unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Punkt aus Sicht des BdSt ist Söders persönlicher Einsatz gegen den Länderfinanzausgleich. „Es ist schon mehr als bedenklich, dass Bayern heute jedes Jahr in den Länderfinanzausgleich mehr einzahlen muss, als der Freistaat insgesamt in 40 Nachkriegsjahren erhalten hat. Pro Jahr sind es rund 4 Milliarden Euro – Geld das in Bayern fehlt. Zu hoffen bleibt, dass sich Bayern und Hessen mit ihrer Klage beim Bundesverfassungsgericht durchsetzen werden“, er-

100-Millionen-Euro-Paket für bayerische Kommunen

**Oberfranken erhält mit rund 48 Mio. Euro knapp die Hälfte
Rund 23 Mio. Euro für Oberpfalz**

Bayern hat das Mittelvolumen von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen in 2013 auf 100 Millionen Euro vervierfacht und unterstützt damit 27 Landkreise sowie 120 Städte und Gemeinden im Freistaat. „Fast jeder zweite Euro aus den Sonderhilfen geht nach Oberfranken. Die Region erhält rund 48 Millionen Euro der gestern verabschiedeten Sonderzuweisungen“, teilte Finanzminister Dr. Markus Söder in München mit. In den Landkreis Wunsiedel fließen davon über 18 Millionen Euro. An Kommunen in der Oberpfalz werden rund 23 Millionen Euro ausbezahlt.

„Die Stabilisierungshilfen sollen besonders strukturschwache Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und Handlungsspielräume eröffnen“, so Söder. Insgesamt wurden gestern für 147 Kommunen knapp 94 Millionen Euro bewilligt. Dies wurde im Verteilerausschuss aus kommunalen Spitzenverbänden,

Innen- und Finanzministerium festgelegt.

Das Mittelvolumen der Sonderhilfen wurde 2013 auf 100 Millionen Euro vervierfacht. Bislang standen nur 25 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Die Zuweisungen kommen sowohl Landkreisen, als auch Städten und Gemeinden zugute. Gerade die

von der demographischen Entwicklung besonders betroffenen Regierungsbezirke Oberfranken und Oberpfalz erhalten die größten Anteile. Die Auszahlung der Finanzmittel an die Kommunen erfolgt in den nächsten Tagen.

Insgesamt wurden die Zuweisungen an die Landkreise im Vergleich zum Vorjahr auf 18,5 Millionen Euro verdreifacht. Die höchste Einzelzuweisung erhält der Landkreis Wunsiedel mit 2,5 Millionen Euro. Städte und Gemeinden werden 2013 mit rund 75,45 Millionen Euro an Sonderhilfen unterstützt.

Voraussetzung für die Bewilligung von Stabilisierungshilfen sind unter anderem Strukturschwäche bzw. eine besonders stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung sowie eine unverschuldete finanzielle Notlage. Ziel ist, einen nachhaltigen Konsolidierungswillen strukturschwacher Kommunen zu unterstützen. Die Stabilisierungshilfen sind Teil des Kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat, der 2013 ein Rekordvolumen erreicht hat: Etwa 7,8 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt gehen an Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. □

Vorstellung des Ansiedlungsmanagements bzw. der Bereitstellung von Gewerbeflächen hinausgehen. Die Wirtschaftsförderer sind mit breit angelegten Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet und darüber hinaus betraut, bis hin zur Konzeptionierung von strategischen Anträgen bezogen auf das breite Thema der demografischen Veränderungen. Diese Weiterentwicklung des Aufgabenverständnisses der Wirtschaftsförderer in den Landkreisen zu einer Art von „Entwicklungskoordinatoren“ möchte der Deutsche Landkreistag unterstützen.“ □

Umfrageergebnisse veröffentlicht:

Wirtschaftsförderung der Landkreise

Im Dezember 2012 und Januar 2013 hat der Deutsche Landkreistag bei den 295 Landkreisen eine Umfrage zu deren Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durchgeführt. Ziel war es, ein möglichst umfassendes und flächendeckendes Bild über die Wirtschaftsförderung auf Landkreisebene zu gewinnen, vor allem bezogen auf Erkenntnisse zur Organisation und Finanzierung sowie Zukunftsthemen, Trends und Hemmfaktoren in diesem Zusammenhang. Insgesamt haben sich 176 Landkreise an der Umfrage beteiligt, was einer erfreulichen Quote von 60 % entspricht.

In der Publikation, die kostenlos über den Deutschen Landkreistag bezogen werden kann oder zum Download zur Verfügung steht, werden zentrale Ergebnisse der Umfrage dargestellt und anhand einer Vielzahl von Schaubildern grafisch aufbereitet. So entsteht ein bundesweiter Überblick über die Handlungsfelder, Schwerpunkte, Strukturen, Trends und Herausforderungen der Wirtschaftsförderung auf Landkreisebene. Darüber hinaus bildet die

Veröffentlichung eine gute Grundlage für die Landkreise, mehr und mehr in Fragen der Wirtschaftsförderung miteinander ins Gespräch zu kommen, voneinander zu lernen und den eigenen Horizont zu erweitern.

DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke dazu: „Die Umfrageergebnisse bestätigen, dass die Aufgaben der Wirtschaftsförderer der Landkreise heute vielgestaltiger denn je sind und längst über die klassische

Wohlstandsbremsen, Niedrigzinsen und Steuererhöhungen

Zellner warnt eindringlich vor Belastungen für Sparer und Mittelstand

Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, warnte erneut vor den Folgen der fortgesetzten Niedrigzinspolitik. Denn Sparen müsse sich wieder lohnen, damit der Wohlstand in Deutschland nachhaltig gesichert sei. In diesem Zusammenhang warnte er außerdem eindringlich vor Steuererhöhungen, die den Mittelstand als Wachstumsträger belasten würden. Er sprach sich weiterhin nochmals deutlich gegen eine einheitliche Einlagensicherung in Europa aus und plädierte für eine zügige Verabschiedung der bereits verhandelten Einlagensicherungsrichtlinie.

Theo Zellner: „Sparen muss sich wieder lohnen, damit der Wohlstand in Deutschland nachhaltig gesichert ist! Mit der anhaltenden Niedrigzinsphase erfahren die Guthaben der Sparer eine schlechende reale Entwertung.“ Die erhofften positiven Wirtschaftsimpulse jedoch blie-

ben aus, so Zellner. Es gehe jetzt um die Ersparnisse jedes Einzelnen, aber auch um die Sicherung des Wohlstands in Deutschland. Dieser hänge von einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum genauso ab wie von soliden Staatsfinanzen.

Als einer der Träger des

Wachstums in Bayern und in Deutschland müsse deshalb der Mittelstand stark gehalten werden. Das Thema Steuererhöhungen dürfe daher nicht überstrapaziert werden. So geschehe es aber derzeit in der öffentlichen Diskussion. Theo Zellner wörtlich: „Eine Vermögenssteuer würde zum Beispiel den Mittelstand empfindlich belasten, denn sie entzieht den Betrieben schleichend Eigenkapital. Belastungen für den Mittelstand kommen aber einer erstklassigen Wachstumsbremse gleich. Damit würden wir am Ast sägen, auf dem wir sitzen.“

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

Kundengeschäftsvolumen gesteigert

Die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg blickt auf eine positive Geschäftsentwicklung in der ersten Jahreshälfte 2013 zurück. Das Kundengeschäftsvolumen, das sich aus der Summe aller Einlagen, Ausleihungen und dem Depotbestand zusammensetzt, ist zum 30. Juni um 1,1 Prozent auf 16,81 Milliarden Euro gewachsen. Für das Gesamtjahr erwartet die Kreissparkasse ein solides Ergebnis leicht unter dem Niveau der Vorjahre.

Im ersten Halbjahr leicht zurückgegangen sind die Kundeneinlagen. Sie sanken um 0,8 Prozent und betrugen zum 30. Juni rund 8,11 Milliarden Euro. Um 2,5 Prozent weiter gewachsen ist der Kreditbestand der Kreissparkasse auf rund 6,74 Milliarden Euro. Seit Jahresbeginn sagte das Institut rund 745 Millionen Euro neue Kredite zu, das Zusagevolumen ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 25 Prozent gestiegen. „Die Unternehmen, Kommunen und Bürger der Region mit Krediten zu versorgen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben“, so Vorstandsvorsitzender Josef Bittscheidt. „Damit wir diese auch künftig uneingeschränkt erfüllen können, stärken wir mit unseren Gewinnen seit Jahren ganz gezielt die Eigenkapitalbasis der Kreissparkasse.“

Wohnbaudarlehen

Weit überdurchschnittlich entwickelten sich insbesondere die privaten Wohnbaudarlehen. Das Zusagevolumen für neue Wohnbaukredite lag mit rund 436 Millionen Euro um 44 Prozent über dem bereits sehr guten Niveau des

Vorjahres. Stabil blieb die Zahl neuer Bausparverträge mit rund 3.700 Abschlüssen im ersten Halbjahr 2013. Derzeit erreicht die Kreissparkasse ein Bausparvolumen von knapp 348 Millionen Euro.

„Förderprofil“

Die Kreissparkasse versorgt zudem Unternehmen und Privatleute in erheblichem Umfang mit zinsgünstigen Förderdarlehen. Hierfür erhielt sie von der BayernLB im März die Auszeichnung „Förderprofil“ für das höchste Zusagevolumen einer bayerischen Sparkasse in 2012. Der größte Anteil entfiel auf KfW-Programme zu erneuerbaren Energien und energieeffizientem Bauen. „Öffentliche Fördermittel sind Bestandteil jeder Finanzierungsberatung, für den privaten wie für den gewerblichen Bedarf. Damit kommt die Kreissparkasse auch ihrem öffentlichen Auftrag nach“, so Andreas Fröhlich, Vorstand für das Privatkundengeschäft.

Auf dem Immobilienmarkt hat die Kreissparkasse bis zum 30. Juni gute Absatzzahlen erzielt. Ihre Makler vermittelten seit Jahresbe-

ginn rund 140 Gebäude, Wohnungen und Grundstücke im Gesamtwert von rund 44 Millionen Euro. Im Wertpapiergeschäft zog insbesondere die Nachfrage nach Investmentfonds sowie Aktien an. In den vergangenen sechs Monaten steigerte sich der Wertpapierbestand der Kreissparkassenkunden um 4,5 Prozent auf rund 1,97 Milliarden Euro.

Im Firmenkundenbereich sowie bei Kommunal- und Vereinskunden widmet sich die Kreissparkasse seit Jahresbeginn verstärkt dem Thema SEPA-Umstellung. Je nach Komplexität des eigenen Zahlungsverkehrs müssen diese Kundengruppen noch 2013 wichtige Vorbereitungen treffen. „Neben Informationsveranstaltungen und der aktiven Unterstützung durch unsere Kundenberater setzt die Kreissparkasse auf praktische Orientierungshilfen“, erklärt Firmenkundenvorstand Walter Fichtel. „So stellen wir umfangreiche Informationen und Checklisten im Internet bereit und haben eigens eine Telefonhotline für die Kunden eingerichtet.“

Großes Engagement

Ungebrochen engagiert sich die Kreissparkasse in der Öffentlichkeit mit Spenden, Sponsoring und ihren vier Stiftungen. Mit einer Spende von 60.000 Euro beteiligte sie sich im Juni an der schnellen und unbürokratischen Hilfe der bayerischen Sparkassen für die Hochwasser-Opfer in Höhe von einer Million Euro.

Insgesamt 1.761 Mitarbeiter beschäftigte die Kreissparkasse zum 30. Juni 2013, darunter 65 Auszubildende. 45 weitere Auszubildende haben am 1. September ihre Laufbahn zum Bankkaufmann begonnen, vier junge Mitarbeiter starten in ein duales Hochschulstudium. „Wir bilden unseren Nachwuchs für den eigenen Bedarf aus. Wer seine Ausbildung bei der Kreissparkasse erfolgreich beendet, hat danach sehr gute Chancen auf eine Übernahme“, so Vorstand Peter Waßmann. Interessenten für den Ausbildungsstart im September können sich nach wie vor auf der Internetseite der Kreissparkasse bewerben. Qualifizierte Fach- und Führungskräfte informiert die Kreissparkasse dort ebenfalls über offene Stellen.

Zum 1. Juli 2012 hat der Verwaltungsrat auf Empfehlung des Vorstandes zwei weitere Führungspersonlichkeiten der Kreissparkasse, Dr. Nicole Handschuh und Torsten Koch, zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern ernannt. Dr. Nicole Handschuh ist als Bereichsleiterin für die Gesamtbanksteuerung verantwortlich. Torsten Koch führt den Bereich Vorstandsstab und Kommunikation. □

Um die Sparer in Deutschland zu schützen, warnte er erneut vor einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung. „Eine Vergemeinschaftung der Haftung für Bankenrisiken darf es nicht geben – schon gar nicht für bereits eingegangene Risiken. Die Bankenunion darf nicht zum Etikettenschwindel werden und in Wirklichkeit auf die Einlagen der Sparkassen schießen“, so Zellner. Es müsse deshalb auch bei nationalen Einlagensicherungssystemen bleiben.

Institutssicherung

Die Sparkassen verfügen seit 200 Jahren über ein eigenes System zum Sparerenschutz: Die Institutssicherung, mit der die Einlagen auch über den gesetzlichen Standard hinaus gesichert sind. Theo Zellner: „Die nahezu ausverhandelte Einlagensicherungsrichtlinie, in der gemeinsame Standards, aber getrennte Systeme vorgesehen sind, sollte zügig verabschiedet werden, damit nicht zu viel Zeit verloren geht.“ Die Entscheidung über die Einlagensicherung müsse deshalb dringend getrennt werden von der Entscheidung über die Bankenabwicklung.

Für solide Haushaltspolitik

Zellner plädierte in diesem Zusammenhang für ein sorgfältiges Vorgehen bei der Festlegung der weiteren Säulen der europäischen Bankenunion. Jede weitere Festlegung von Maßnahmen müssten sorgfältig, ohne vorschnelle Entscheidungen geschehen. Denn allein mit einer Bankenunion könne die Staatsschuldenkrise ohnehin nicht überwunden werden. Nur eine solide Haushaltspolitik könne hier im Laufe der Zeit helfen. □



Auszeichnung der LBS Bayern:

Bronze-Löwe für Prof. Dr. Rudolf Faltermeier

Der langjährige Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, Prof. Dr. h.c. Rudolf Faltermeier (Bild rechts), ist von der LBS Bayern mit dem Bronze-Löwen ausgezeichnet worden. Damit werden besondere Verdienste um die Landesbausparkasse und das Bausparwesen gewürdigt.

Förderer der Landesbausparkasse

Der Vorstandsvorsitzende der LBS Bayern, Dr. Franz Wirnhier (Bild links), bezeichnete Faltermeier als „Freund des LBS-Bausparens und Förderer der Landesbausparkasse“. Faltermeier, der bis zum Eintritt in den Ruhestand in diesem Frühjahr 13 Jahre lang als Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern fungiert hatte, habe die Anforderungen und Möglichkeiten der Praxis nie aus den Augen verloren und schnelle, pragmatische Lösungen angestrebt. Als Mitglied im Bausparkassenbeirat, der sich insbesondere mit grundsätzlichen Markt- und Vertriebsthemen auseinanderzusetzen hat, habe Faltermeier die LBS bestens unterstützt, betonte Wirnhier. Seit Einführung des Ehrenpreises im Jahr 1984 war dieser zuvor erst an 13 Persönlichkeiten verliehen worden. Zuletzt war die Auszeichnung im Jahr 2004 dem ehemaligen Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, Manfred Werner, zuteil geworden. □

Sparkassen-Finanzgruppe



„Meine Energiewende ist kinderleicht.“

Für saubere Energie und mehr Lebensqualität: Sparkassen fördern die Energiewende vor Ort.

S

Kleine Impulse, große Wirkung: Geht es um saubere Energie, zählt der Beitrag jedes Einzelnen. Und zwar beim Sparen genauso wie beim Erzeugen von Energie. Die Sparkassen unterstützen zahlreiche Projekte rund um Erneuerbare Energien vor Ort – und sind unter Deutschlands Kreditinstituten die Nr. 1 in punkto Energiewendeförderung. **Sparkassen. Gut für Deutschland.**

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Sparkassenverband Bayern:

Beitritt zum Energieeffizienzpakt Bayern

„Eine effiziente Energieversorgung muss auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt werden“, so Wirtschaftsminister Martin Zeil. Mit Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags durch Präsident Theo Zellner trat der Sparkassenverband Bayern dem „Energieeffizienzpakt Bayern“ bei. Mit diesem Schritt wird, stellvertretend für 71 bayerische Sparkassen, die weiterhin aktive Rolle bei der Unterstützung der Energiewende dokumentiert.

Der Energieeffizienzpakt leistet einen nachdrücklichen Beitrag zur Umstellung der Energieversorgung durch Vorhaben und Ansatzpunkte zur Steigerung der Energieeffizienz. Er ist, wie schon der Umweltpakt Bayern und die Klima-Allianz, eine Initiative, die auf Freiwilligkeit beruht. Mit dem Energieumbau sind einige Herausforderungen für die bayerischen Regionen und die Bürger verbunden.

Zentrales Anliegen des Paktes ist es, herauszustellen, dass hinter der Energiewende nicht allein die Politik, sondern die gesamte Gesellschaft steht.

In einem Netzwerk von Unternehmen, Kommunen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen werden in speziellen Arbeitsforen unterschiedliche Themen des Energieumbaus auf den Weg gebracht. „Die bayerischen Sparkassen bekennen sich zu den Zielen des Energieumbaus und unterstützen sie gemeinsam mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe nach Kräften“, so Theo Zellner.

Der Sparkassenverband Bayern ist seit 1995 Mitglied im Umweltpakt und seit Januar 2012 Partner der Klima-Allianz Bayern. □

BayernLB:

Solide Erträge aus dem Kerngeschäft

Positives Ergebnis im Gesamtjahr 2013 erwartet

München – Der BayernLB-Konzern hat im ersten Halbjahr 2013 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 719 Mio. Euro erzielt. Hierzu trug das solide Kerngeschäft mit Fokus auf die bayerische und deutsche Wirtschaft maßgeblich bei und lieferte bei weiter moderatem Risikovorsorgebedarf mit 419 Mio. Euro einen deutlich höheren Ergebnisbeitrag als im Vorjahr (96 Mio. Euro). Dies ist nicht zuletzt auf die anhaltend gute Wirtschaftslage speziell in Süddeutschland zurückzuführen.

Ein weiterer wichtiger Ertragsstreiber war der außerordentliche Ertrag in Höhe von 351 Mio. Euro, der sich aus dem im Mai abgeschlossenen Verkauf der Anteile am Wohnungsunternehmen GBW AG ergab. Dieser positive Sonder-effekt ist bei einem Vergleich mit dem Vorjahresergebnis (129 Mio. Euro) des BayernLB-Konzerns zu berücksichtigen, das zudem durch eine einmalige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen belastet war. Bereinigt um diese Faktoren schloss die BayernLB das erste Halbjahr 2013 mit einem sichtbar zufriedenstellenden Ergebnis ab.

Auf dem Weg zur Normalität

Gerd Häusler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB: „Die soliden Erträge aus dem Kerngeschäft im ersten Halbjahr 2013 zeigen, dass das kundenfokussierte Ge-

schäftsmodell der Bank nunmehr nachhaltig gut funktioniert. Auf ihrem Weg zur Normalität hat die Bank überdies schon erhebliche Teile der EU-Verpflichtungen abgearbeitet und in den vergangenen zwölf Monaten Zahlungen in Milliardenhöhe an die Eigentümer geleistet. Das Ziel für die nächsten Monate und auf mittlere Sicht muss sein, das gut funktionierende Geschäftsmodell der neuen BayernLB weiter zu festigen und die Altlasten der Bank endgültig hinter sich zu lassen. So kann und wird sich die BayernLB, zusammen mit ihrer DKB, wieder dauerhaft im Kreise der nachhaltig erfolgreichen Kreditinstitute etablieren.“

Im Zuge der Umsetzung der EU-Verpflichtungen hat die Bank neben der erfolgreichen Veräußerung der Beteiligungen an der GBW AG, der LBS Bayern und an

der Lufthansa in den letzten Jahren das ABS-Portfolio von einst 26 Mrd. Euro auf rund 8 Mrd. Euro drastisch abgebaut. Von der bis 2019 an den Freistaat Bayern zurück zu zahlenden Beihilfe in Höhe von 5 Mrd. Euro, hat die BayernLB bis heute bereits 901 Mio. Euro geleistet; inklusive der erhöhten Gebühr für die Risikoabschirmung des ABS-Portfolios sogar rund 1,1 Mrd. Euro. Schließt man die Wiederauffüllung bei den stillen Einlagen des Freistaats Bayern und der bayerischen Sparkassen ein, hat die BayernLB seit November 2012 insgesamt wirtschaftliche Leistungen von 1,6 Mrd. Euro an die Eigentümer erbracht. Zuletzt hat die Bank am 7. August eine weitere Tranche in Höhe von 50 Mio. Euro an den Freistaat Bayern geleistet.

Geringere Bilanzsumme

Die Konzern-Bilanzsumme verringerte sich zum 30. Juni 2013 auf 266 Mrd. Euro, nachdem sie sechs Monate zuvor mit knapp 287 Mrd. Euro noch 21 Mrd. Euro höher gelegen hatte. Die Core Tier 1-Eigenkapitalquote gemäß Defi-

nition der European Banking Authority (EBA), stieg auf 14,1 Prozent. Zum Jahresende 2012 hatte sie 11,6 Prozent betragen.

Veränderte Eigentümerstruktur

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Beihilfeverfahren steht die Veränderung der Eigentümerstruktur der Bank. Die bayerischen Sparkassen erhöhten das Kapital der BayernLB Holding AG zum 25. Juni 2013 um rund 830 Mio. Euro und damit ihren indirekten Anteil an der Bayerischen Landesbank auf rund 25 Prozent. Dadurch verfügt die Bank neben dem Freistaat Bayern wieder über einen zweiten starken Eigentümer, der im neuen Aufsichtsrat der BayernLB den stellvertretenden Vorsitzenden stellt.

Das Aufsichtsorgan hat sich am 4. Juli konstituiert und ersetzt den bisher tätigen Verwaltungsrat. Ihm gehören keine Politiker mehr an, die als Mitglieder der bayerischen Staatsregierung qua Amt durch Gesetz berufen wurden. Die Transformation des Aufsichtsgremiums entsprach ebenfalls einer in der EU-Entscheidung festgeschriebenen Verpflichtung.

Ergebnispositionen im Überblick

Der Zinsüberschuss verbesserte sich im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum trotz des Bilanzsummenabbaus um 11,8 Prozent auf 955 Mio. Euro. Dazu trugen insbesondere die DKB, aber auch die BayernLB bei, die aufgrund von gesunkenen, kurzfristigen Zinsen ein höheres Ergebnis aus Zinssicherungsderivaten erzielen konnte. Bei der DKB resultiert das gestiegene Zinsergebnis aus einer Umstellung des Hedge Accountings, bei der entsprechend reduzierte Erträge im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung gegenüberstehen.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit 134 Mio. Euro deutlich unter dem Vorjahr (204 Mio. Euro) und entfiel mit 94 Mio. Euro im Wesentlichen auf die ungarische Tochter MKB. Bei der BayernLB kam es zu Nettoauflösungen von Risikovorsorgen. Die Risikovorsorge liegt insgesamt deutlich unter dem Planwert. Erfahrungsgemäß nimmt sie im zweiten Halbjahr stärker zu. Der Provisionsüberschuss stieg um 3 Mio. Euro auf 143 Mio. Euro. Grund dafür ist die Veräußerung der LBS Bayern, die den Provisionsüberschuss im ersten Halbjahr 2012 mit 13 Mio. Euro belastet hatte. Im Kreditgeschäft blieben die Provisionserträge aufgrund der gezielten Geschäftsreduzierung hinter dem Vorjahreswert zurück.

Fair Value Ergebnis

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung (einschließlich des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften) beträgt 141 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 284 Mio. Euro. Insgesamt reduzierte sich die Volatilität der Ergebnisbestandteile des Fair Value Ergebnisses deutlich. Aus der Bewertung und dem laufenden Ergebnis der Cross Currency Swaps sowie der Bewertung der eigenen Verbindlichkeiten („Own Credit Spread“) ergaben sich im ersten Halbjahr 2013 negative Beiträge von insgesamt -38 Mio. Euro (Vj.: - 167 Mio. Euro).

Aus dem Verkauf der GBW AG resultierte ein positives Entkonsolidierungsergebnis nach IFRS von 351 Mio. Euro, das im Ergebnis aus Finanzanlagen abgebildet ist. Wie bei der Abgabe der GBW AG bereits kommuniziert, beträgt der Buchgewinn durch die Veräußerung der GBW AG im Einzelabschluss

nach HGB rund 200 Mio. Euro.

Einschließlich des Ergebnisses aus at-Equity bewerteten Unternehmen betrug das Ergebnis aus Finanzanlagen 282 Mio. Euro (Vj.: -72 Mio. Euro). In Höhe von -124 Mio. Euro sind negative Bewertungseffekte aus dem Garantievertrag „Umbrella“ enthalten (Vj.: - 118 Mio. Euro), denen 67 Mio. Euro positive Beiträge im Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung gegenüberstehen. Ziel des „Umbrella“ ist es, Verluste und Wertschwankungen aus dem ABS-Portfolio auszugleichen, wobei sich aus bewertungstechnischen Gründen Periodenverschiebungen im Ergebnisausweis und Interdependenzen zum Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung ergeben.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand betrug 686 Mio. Euro und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 19,8 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im 1. Halbjahr 2012 aufgrund eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts im Zusammenhang mit Versorgungsverführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 133 Mio. Euro erforderlich waren. Bereinigt um diesen Effekt sowie unter Berücksichtigung des Verkaufs der LBS Bayern, lag der Verwaltungsaufwand auf Vorjahresniveau.

Das Sonstige Ergebnis, in dem vor allem die Aktivitäten der Immobilienzüchter abgebildet werden, betrug im ersten Halbjahr 2013 76 Mio. Euro (Vj.: 47 Mio. Euro).

Der Aufwand für Bankengabgaben lag bei 52 Mio. Euro (Vj.: 53 Mio. Euro), wovon 46 Mio. Euro auf die MKB, 3 Mio. Euro auf die DKB und 3 Mio. Euro auf die BayernLB entfielen. Der Restrukturierungsaufwand verringerte sich im BayernLB-Konzern auf 7 Mio. Euro (Vj.: 15 Mio. Euro).

Ausblick für das Gesamtjahr 2013

Die BayernLB ist gut in die zweite Jahreshälfte gestartet. Für das Gesamtjahr erwartet der Vorstand der BayernLB ein positives Ergebnis. Eine Fortschreibung des Halbjahresergebnisses ist wegen der nicht wiederholbaren Sondererträge natürlich nicht möglich. Darüber hinaus trüben politische und regulatorische Unwägbarkeiten

Bezirk Mittelfranken:

Über 530 Mio. Euro Ausgaben für überörtliche Sozialhilfe in 2012

Ansbach – Laut dem jüngsten Abrechnungsergebnis des Sozialreferats des Bezirks Mittelfranken, gab dieser 2012 über 530 Millionen Euro für die überörtliche Sozialhilfe aus, das sind rund 14,4 Millionen Euro mehr als 2011. Größte Posten bei den Sozialhilfe-Ausgaben sind erneut die stationäre und die ambulante Eingliederungshilfe.

Für erstere zahlte der Bezirk im Jahr 2012 331 Millionen Euro (brutto). Davon profitierten in Mittelfranken über 13.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Sie leben, wohnen und arbeiten in insgesamt 240 Werkstätten, Wohnheimen und Tagesstätten verschiedenster Träger. Rund 6.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen kümmern sich um ihr Wohlergehen. Ihr Gehalt finanziert größtenteils der Bezirk Mittelfranken.

Hilfe für 13.400 Menschen

Im Rahmen der ambulanten Eingliederungshilfe bekommen rund 13.400 Menschen mit Behinderung Unterstützung, damit sie ein möglichst selbständiges, eigenverantwortliches Leben führen können. Kinder im Vorschulalter, die wegen einer drohenden Behinderung auf eine spezielle Frühförderung angewiesen sind, zählen ebenfalls zu den Leistungsberechtigten, für sie hat der Bezirk im letzten

ten das Bild ein. So wird das Bankgeschäft nachhaltig durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) belastet. Dies drückt ebenso auf die Profitabilität wie die enorme Ausweitung der Regulierungsmaßnahmen durch nationale und internationale Aufsichtsbehörden, die einen erhöhten Personal- und Sachaufwand mit sich bringen.

Von besonderer Bedeutung sind für die BayernLB die Entwicklungen in Ungarn, wo die dortige Regierung weitere politische Eingriffe im Zusammenhang mit Fremdwährungsdarlehen diskutiert, die das Geschäft der dort tätigen Banken erheblich beeinträchtigen könnten. Davon wäre gegebenenfalls auch wieder die MKB betroffen, die weiterhin tiefgreifend re-strukturiert wird.

Straffe Kostendisziplin

Gerd Häusler: „Die BayernLB ist in vielerlei Hinsicht inzwischen wieder eine normale Bank geworden. Gleichwohl hat auch die BayernLB noch große Herausforderungen zu bewältigen, die sich unter anderem durch stetig wachsende Eigenkapitalerfordernisse und eine zunehmende Regulierungsdichte auf nationaler und internationaler Ebene ergeben. Unser Augenmerk richtet sich deshalb in erster Linie auf die Aspekte, die wir selbst beeinflussen können. Hierzu zählen vor allem kapitalschonende Geschäftsprozesse und eine straffe Kostendisziplin“.

Redimensionierung

Die BayernLB ist heute so groß wie Ende der 90er Jahre, nachdem sie ihre Bilanzsumme in den vergangenen vier Jahren um rund 160 Mrd. Euro reduzierte. Die Infrastruktur ist aber in weiten Teilen noch immer auf ein deutlich größeres Institut ausgelegt. Hinzu kommen die durch Regulierung gestiegenen Plattformkosten. Im Fokus stehen deshalb Maßnahmen zur Reduzierung der Kostenbasis und zur Steigerung der Effizienz. Wie bereits Ende März angekündigt, soll der Verwaltungsaufwand der BayernLB ohne Konzerntüchter bis zum Jahr 2017 um 15 Prozent sinken. Erste Fortschritte hat die Bank unter anderem bei der weiteren Redimensionierung der Auslandsstandorte New York und London gemacht. □

Unterstützung für Kinderhilfsprojekte

BayernLB und Sparkassen übergeben Scheck in Höhe von 131.860 Euro an Sternstunden e.V

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Dr. Edgar Zoller, überreichte heute einen Scheck in Höhe von 131.860 Euro an den stellvertretenden Geschäftsführer von Sternstunden e.V., Dr. Ludger Hermeler. Die Summe ist das Ergebnis der BayernLB Stufenzins-Anleihe „Gemeinsam Helfen“, die über Sparkassen vertrieben wird. Die Scheckübergabe fand im Sparkassenverband Bayern statt, Verbands-Vizepräsident Roland Schmautz begleitete die Überreichung der Spende.

Ganz im Sinne des Verbundes der Sparkassen-Finanzgruppe erfolgte die Konzeption der Stufenzins-Anleihe durch die BayernLB, der Vertrieb über die Sparkassen. „Wir haben die Stufenzinsanleihe „Gemeinsam Helfen“ zeitnah aufgelegt, um die Hochwasser-Betroffenen zu unterstützen“, sagt Dr. Zoller. „Wir bedanken uns sehr herzlich bei den Sparkassen für ihr Engagement und sind froh, mit dieser namhaften Summe unbürokratische Hilfe leisten zu können.“

Zügige Maßnahmen

Vizepräsident Roland Schmautz erklärt: „Die bayerischen Sparkassen haben bisher bereits in umfangreichen Spendenaktionen große Hilfen für die Unterstützung der Hochwasseropfer in den betroffenen Regionen geleistet. Mit diesem weiteren Engagement bleiben wir auch anhaltend aktiv.“

Dr. Ludger Hermeler, stellvertretender Geschäftsführer von Sternstunden e.V., ergänzt: „Wir kümmern uns um die zügige und nachhaltige Unterstützung der betroffenen Einrichtungen. Die Sternstunden-Mitarbeiter waren in den betroffenen Städten vor Ort und konnten sich gemeinsam mit den Verantwortlichen ein Bild über die Zerstörungen und den Aufwand für den Wiederaufbau verschaffen. Die Spendengelder werden rasch zur Verfügung gestellt, um die betroffenen Einrichtungen in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.“

Spendengeber sind die BayernLB und die Sparkassen, die die Stufenzinsanleihe vertrieben haben. So wurden pro 1.000 Euro Anlagensumme 10 Euro von BayernLB und Sparkassen gespen-

det. Die Stufenzinsanleihe „Gemeinsam Helfen“ ist die zweite Anleihe, die die BayernLB mit einem übergreifenden Spenden-zweck emittiert.

„Wir freuen uns sehr, dass wir als mittelständische Sparkasse für ein Viertel der Spendensumme sorgen konnten“, sagt Joachim Sommer, Vorstandsvorsitzender der Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen. „Die Kombination eines Anlageproduktes für Privatkunden mit einer Spende ist gelungen“.

Rosenheim und Passau profitieren

Der Sparkasse Nürnberg ist es ebenfalls ein großes Anliegen, die betroffenen Einrichtungen zu unterstützen: „Wir können mit

der Spende an „Sternstunden e.V.“ gezielte Hilfe leisten, die direkt bei den Kinderhilfsprojekten in Rosenheim und Passau ankommt“, so Dr. Jonathan Daniel, Mitglied des Vorstandes.

Gelebte Solidarität

Die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg hat ebenfalls zum Gelingen der Spendenanleihe „Gemeinsam Helfen“ beigetragen. „Wir unterstützen die dringend notwendigen Renovierungsarbeiten durch ‚Sternstunden e.V.‘ und leisten gerne unseren Beitrag zum Wiederaufbau nach dem Hochwasser“, erklärt Andreas Frühschütz, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse.

„Auch wenn Mainfranken dieses Mal nicht direkt betroffen war, nehmen wir großen Anteil und haben uns gerne engagiert“, ergänzt Nikolaus Peter Hasch, Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Mainfranken Würzburg. „Mit dem Angebot der BayernLB konnten auch wir und unsere Kunden sich solidarisch zeigen.“ □



Scheckübergabe - v. l.: Andreas Frühschütz, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg, Roland Schmautz, Vizepräsident Sparkassenverband Bayern, Dr. Edgar Zoller, stellv. Vorstandsvorsitzender der BayernLB, Dr. Ludger Hermeler, stellvertretender Geschäftsführer von Sternstunden e.V., Joachim Sommer, Vorstandsvorsitzender der Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen. □

Zwischenbilanz der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken 2013

Von GVB-Präsident Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl

Nach einer kurzen Verschnaufpause gewinnt die bayerische Wirtschaft an Fahrt. Von Monat zu Monat verbessert sich die Unternehmensstimmung. Im Verarbeitenden Gewerbe haben Auftragseingang und Produktion die Talsohle durchgemessen und es geht wieder aufwärts. Mit einer Arbeitslosenquote unter 4 Prozent befindet sich Bayern auf dem Weg in Richtung Vollbeschäftigung.

Die stabile Wirtschaftslage spiegelt sich in den Bilanzen der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wider. Vom Jahreswechsel bis Juni 2013 legte ihr Kreditvolumen um 1,7 auf 77,3 Milliarden Euro zu. Dies entspricht einem Anstieg von über 2 Prozent. Abermals erwies sich die Kreditnachfrage der Firmenkunden als Wachstumstreiber: Die Ausleihungen an das Baugewerbe sowie den Dienstleistungssektor – welche von der ordentlichen Binnenkonjunktur profitieren – stiegen um rund 5 Prozent.

Solide Finanzierung

Während die rückläufige Kreditvergabe in Europa für die Regierungen und Notenbanken eine schwierige Herausforderung darstellt, ist der Mittelstand im Freistaat also solide finanziert. Das bestätigen auch aktuelle Umfrageergebnisse. So zeigt die vierteljährliche Bank Lending Survey der Bundesbank, dass die Kreditrichtlinien der deutschen Banken seit geraumer Zeit kaum mehr verschärft wurden.

Dementsprechend erreichte der Anteil der Firmen, die beim monatlichen ifo-Konjunkturtest von Restriktionen bei der Darlehensvergabe berichten, im Sommer einen historischen Tiefstand. Die Kreditvergabe dürfte somit in den kommenden Monaten auf Expansionskurs bleiben.

Auf gleichbleibendem Niveau bewegte sich dagegen die Bilanzsumme. Sie lag unverändert bei 132,9 Milliarden Euro. Hauptursache hierfür war die stagnierende Entwicklung der Kundeneinlagen im ersten Halbjahr. So zeichneten die Genossenschaftsbanken einen leichten Rückgang um 0,4 auf 100,9 Milliarden Euro. Dabei setzte sich die Umschichtung von längerfristigen Termin- und Spareinlagen zu kurzfristigen Geldanlagen fort. In der ersten Jahreshälfte wurden bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat 2,2 Milliarden Euro von Termingeldkonten aufgelöst, während 1,8 Milliarden Euro als täglich fällige Gelder angelegt wurden.

Wachstumsschub

Da das Volumen der Kundeneinlagen bei Weiterem die Darlehensvergabe übersteigt, bleibt ihr Rückgang ohne Auswirkung auf die Kreditvergabe. Eine stabile Refinanzierung der bayerischen Genossenschaftsbanken ist deswegen jederzeit gewährleistet. Erfahrungsgemäß ist außerdem in der zweiten Jahreshälfte noch mit einem Wachstumsschub bei den Einlagen zu rechnen.

Ungeachtet dessen verschärft sich die Konkurrenz unter den Banken um Kundengelder weiter. Insbesondere die Direktbanken erfahren starken Zulauf. Die Tochter der Commerzbank konnte in der ersten Jahreshälfte ein Einlagenwachstum von knapp 7 Prozent erzielen. Nach wie vor wird der Wettbewerb dabei teilweise durch staatliche Beihilfen und implizite Garantien verzerrt.

Auch die niederländische Rabobank konnte nach ihrem Markteintritt in Deutschland binnen Jahresfrist über 200.000 neue Kunden gewinnen. Die Si-

cherheit der Ersparnisse scheint noch nicht für alle Verbraucher das maßgebliche Entscheidungskriterium bei der Kapitalanlage zu sein. Denn beispielsweise verfügt die Einlagensicherung in den Niederlanden – anders als die genossenschaftliche Sicherungseinrichtung in Deutschland – über keinen vorsorglich aufgebauten Krisenfonds.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken tun deshalb gut daran, den Kunden die Wirkungsweise und Vorteile ihres eigenen Institutsschutzes zu erklären. Schließlich besteht dessen Nutzen nicht nur in der Sicherung der Einlagen, sondern auch in der Sicherung der Finanzstabilität insgesamt.

Außerhalb der Bilanz verzeichneten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bei den

von ihnen verwalteten Kundenanlagen im ersten Halbjahr 2013 ein Plus von knapp 3 Prozent auf 58,2 Milliarden Euro. Der Anstieg ist vorwiegend auf Kursgewinne an den Finanzmärkten zurückzuführen.

Neugeschäft verhalten

Das Neugeschäft entwickelte sich dagegen trotz lebhafter Nachfrage nach einzelnen Produkten wie Bausparverträgen oder Immobilienfonds insgesamt verhalten. Insbesondere im Wertpapiergeschäft wirft die Finanzkrise ihren langen Schatten: Seit 2008 ist die Anzahl der Kundendepots bei den Genossenschaftsbanken im Freistaat um beinahe ein Drittel gesunken.

Bei den Anlegern ist vor dem Hintergrund der Euro- und Staatsschuldenkrise erhebliche Verunsicherung spürbar. Sie scheuen vor rentierlichen Anlageformen wie Wertpapieren oder längerfristigen Bankeinlagen zurück. So sank der Wertpapieranteil am Geldvermögen der Privathaushalte von

2007 bis 2012 um 8 Prozentpunkte auf 23 Prozent.

Alarmsignal

Gleichzeitig gewannen Bargeld und Sichteinlagen mit einem Plus von 7 Prozentpunkten auf 21 Prozent erheblich an Stellenwert. Diese Anlagestrategie ist jedoch fruchtlos und insbesondere für den Aufbau der privaten Altersvorsorge ungeeignet. Für die Politik sollte diese Entwicklung deswegen ein Alarmsignal sein. Es müssen dringend Anstrengungen unternommen werden, um den Bankkunden ihre Verunsicherung zu nehmen.

Der erste und wichtigste Meilenstein hierbei könnte die vor drei Jahren von der EU-Kommission in Angriff genommene Reform der Einlagensicherung in Europa sein. Denn der Aufbau von funktionsfähigen nationalen Sicherungssystemen – nach dem Vorbild des genossenschaftlichen Institutsschutzes – wäre ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Vertrauens der Kunden in die Banken in ganz Europa.

Leider wurde die Richtlinie zur Manövrierermasse bei den Verhandlungen über das Großprojekt „Bankenunion“ gemacht. Diese politische Taktiererei muss jedoch beendet und die Einlagensicherungsrichtlinie unverzüglich verabschiedet werden. Denn Verbrauchervertrauen und Sparschutz dürfen nicht Opfer von politischem Kalkül werden. □

BayernAtlas zeigt alle Kur- und Heilbäder im Freistaat

Bayern ist Tourismusland Nr. 1. Die Mischung aus Sport und Erholung liegt bei vielen Urlaubern im Trend. Bayern bietet mit seinen 47 Kur- und Heilbädern hier hervorragende Möglichkeiten. Einen schnellen Überblick über die bayerischen „Wellness-Heilbäder“ ermöglicht mit einem Klick jetzt die neue digitale Kurbäderkarte im BayernAtlas.

Der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, präsentierte nun die neue Einbindung der bayerischen Kur- und Heilbäder in Bad Grönenbach: „Mit der Kurbäderkarte kann der Urlauber schnell erkennen, wo Bayerns Kur- und Heilbäder liegen, bekommt alle wichtigen Kontaktinformationen und kann recherchieren, wo er welche besonderen Anwendungen erhält. Er kann sich so die passenden Angebote einfach online rund um die Uhr aussuchen.“

Enge Abstimmung

Die Kurbäderkarte ist in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Heilbäder-Verband e.V. und der Bayerischen Vermessungsverwaltung entwickelt worden. „Es ist uns ein Anliegen, den Bürgern die Auswahl aller Kur- und Heilbäder in Bayern in einer Karte – auf einen Klick – zu präsentieren“, betonte Pschierer. Die Bayerische Staatsregierung habe im März 2013 das Förderprogramm für die bayerischen Kurorte und Heilbäder aktualisiert, um deren medizinische Qualität weiter zu steigern. Mit dem Förderprogramm sollen die hochprädikatisierten Kurorte und Heilbäder sowie die zehn Gemeinden mit Sitz eines anerkannten Heilquellen- und Moorkurbetriebs in Bayern unterstützt werden. „Eine Karte mit allen Bädern auf einen Blick erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern die Wahl beim Entschluss für einen Gesundheitsurlaub in Bayern. Sie können online Vergleiche einfach und effizient ziehen“, so Pschierer.

Vier Dimensionen

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen stellt die 70.000 Quadratkilometer des Freistaats in vier Dimensionen online in einer zentralen Kartenanwendung unter

www.bayernatlas.de bereit. Das Portal enthält neben der Kurkarte

rund 1.000 Landkarten mit 500.000 Kilometern an Straßen und Wegen, 5 Millionen Megabyte an Luftbildern, 25.000 Karten aus zwei Jahrhunderten, über 8 Millionen Gebäude in 3D und rund 100 frei zugängliche Karten von staatlichen Fachbehörden. □

Zukunftsorientiert familienbewusst

Personalpolitik der Stadtparkasse Augsburg ausgezeichnet

Für ihre strategisch angelegte familienbewusste Personalpolitik ist die Stadtparkasse Augsburg mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet worden. Damit zählt die Stadtparkasse zu den 119 Arbeitgebern in Deutschland, die das audit bereits zum zweiten Mal erfolgreich durchlaufen haben.

Während einer Feierstunde in Berlin wurde Karin Porsche, Abteilungsleiterin Personal der Stadtparkasse Augsburg, das Zertifikat der gemeinnützigen Hertie-Stiftung stellvertretend für die Sparkasse überreicht.

Das audit unterstützt Arbeitgeber darin, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige, wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. Es steht unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler. Zu Beginn des Auditierungsverfahrens wird der Status quo der bereits angebotenen familien-

bewussten Maßnahmen erfasst. Anschließend wird das betriebsindividuelle Potenzial systematisch entwickelt und maßgeschneiderte Lösungen konzipiert und implementiert. Mit verbindlichen Zielvereinbarungen sorgt das audit dafür, dass Familienbewusstsein in der Unternehmenskultur verankert wird.

Rolf Settelmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse, freute sich über die erneute Auszeichnung: „Bei der Stadtparkasse Augsburg profitieren über 1.200 Kolleginnen und Kollegen von den familienbewussten Maßnahmen. Das Angebot umfasst neben einem eigenen Betriebs-



Karin Porsche (r), Abteilungsleiterin Personal, und Elke Miedanner, Personalreferentin der Stadtparkasse Augsburg, haben ihre Stadtparkasse inmitten der anderen zertifizierten Unternehmen gleich entdeckt. □

Altersvorsorge:

Deutsche setzen auf das Eigenheim

Studie von TNS Infratest

Fast drei Viertel der Menschen in Deutschland (73 Prozent) sehen in einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung eine sichere Altersvorsorge. Das geht aus einer Studie von TNS Infratest hervor, auf die die LBS Bayern hinweist.

Zwei Drittel (66 Prozent) halten Haus- oder Grundbesitz demnach sogar für die beste Geldanlage. Der Weg ins Eigenheim führt der Studie zufolge am häufigsten über einen Bausparvertrag. In diesem sehen 60 Prozent der Befragten den ersten Schritt, um später Wohneigentum erwerben zu können.

Großes Vertrauen in Sicherheit der Immobilie

„Das Vertrauen der Menschen

in die Sicherheit einer eigenen Immobilie ist enorm groß. Gleichzeitig zählt Deutschland zu den Ländern mit der niedrigsten Wohneigentumsquote in ganz Europa. Die derzeit historisch günstigen Zinsen bieten zusammen mit der staatlichen Wohnriester-Förderung die Chance, mehr Menschen ins Wohneigentum zu bringen und so die Altersvorsorge breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern“, so Dr. Franz Wirmhies, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern. □

Untersuchung zu Dispozinsen

Götzl wirft Stiftung Warentest Stimmungsmache im Wahlkampf vor

Für Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), betreibt die Stiftung Warentest Stimmungsmache im Bundestagswahlkampf. Götzl kritisiert damit die Untersuchung der Warentester zur Höhe der Dispozinsen in Deutschland. „Ich kann das Getöse nicht nachvollziehen. Statt Aufklärung über den Mechanismus zu betreiben, der hinter der Preisfindung von Dispozinsen steht, mokiert man sich ausschließlich über die Höhe der Zinsen“, befindet Götzl. Überziehungskredite seien unbesicherte Kredite und für Banken die teuerste Form der Kreditgewährung. „Dass hier nach Risiko bepreist wird, ist schlichtweg eine kaufmännische Anforderung.“ In anderen Branchen werde das widerspruchsfrei hingenommen und sogar vom Gesetzgeber zugelassen, führt Götzl an. Er verweist dabei auf Säumniszuschläge von monatlich 1 Prozent beziehungsweise jährlich 12 Prozent bei gesetzlich Krankenversicherten, die mit ihren Beiträgen in Verzug sind. Eine klare Absage erteilt der Präsident des GVB den immer wieder aufkeimenden Forderungen nach einer Zinsobergrenze für Dispokredite. Der intensive Wettbewerb unter Banken und Sparkassen in Deutschland gewährleiste marktgerechte Zinskonditionen. „Wer da eine Deckelung der Überziehungszinsen fordert, greift in die regulatorische Mottenkiste“, so Götzl. □

kindergarten in der Innenstadt auch die aktive Betreuung durch Personalreferenten während einer Familienphase oder Traineeprogramme zum Wiedereinstieg. Mit dem audit hat die Stadtparkasse Augsburg sich einem systematischen Prozess der familienbewussten Personalpolitik verschrieben, der in drei Jahren eine weitere Re-Auditierung vorsieht. Bis dahin planen wir die Ein-

führung weiterer Maßnahmen, wie beispielsweise den weiteren Ausbau flexibler Arbeitszeitmodellen oder prüfen die Einrichtung einer eigenen Kindergrippe. „Aktuell sind in Deutschland insgesamt 1.017 Arbeitgeber nach dem audit berufundfamilie bzw. audit familienbewusste Personalpolitik zertifiziert, darunter 530 Unternehmen, 354 Institutionen und 133 Hochschulen. □

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Richter-Willkür schadet Kommunen

Kämmerern droht Untreue-Vorwurf

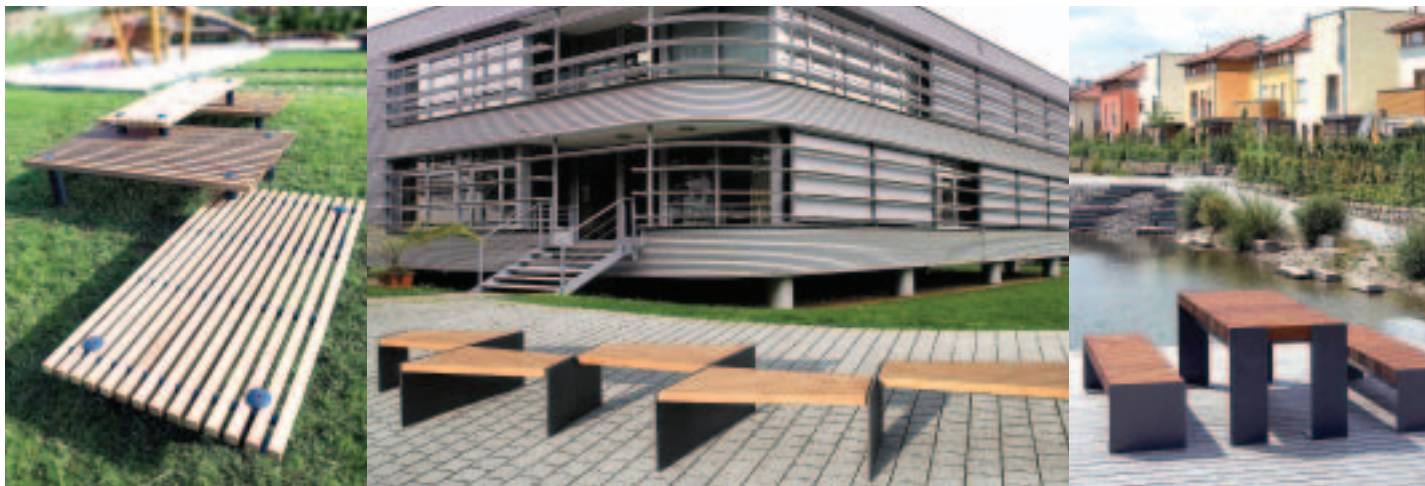
Wie sehr das willkürliche Verhalten eines Richters wirken kann, zeigte sich dieser Tage an einem Urteil des Landgerichts Dortmund (Az.: 6 O 205/12). Im konkreten Fall ging es um eine Kommune in NRW, die gegen die ehemalige WestLB (nunmehr EAA) klagte. Der Kommune wurde von den Beratern der damaligen Landesbank WestLB dringend angeraten, Zinsen zu optimieren. Dies gelänge, so die jahrelangen Berater der Stadt, mittels sog. Swaps. Was die Berater nicht erklärten war, dass diese Swaps jedoch hochspekulativ und für eine Kommune völlig ungeeignet waren. Der Schaden im konkreten Fall betrug 2,3 Mio.

Der Richter am Landgericht Dortmund befand das Geschäft der WestLB für sittenwidrig. Soweit – so gut. Er befand zudem, dass jedoch auch die Kommune sittenwidrig gehandelt habe, da sie zwar nicht die sittenwidrige Struktur, aber den fehlenden Bezug zu Krediten der Kommune hätte erkennen müssen. Eine Meinung, die nicht nur vernachlässigt, dass beratungssuchende Kämmerer von dem Wahrheitsgehalt der Beratung einer Bank abhängig sind. Diese Meinung ist willkürlich, da Sie keinerlei Grundlage hat. Denn beide Parteien hatten übereinstimmend vorgetragen, dass sie von einem ordnungsgemäßen Bezug zu Darlehen ausgegangen waren.

Da der Einsatz von Swaps per se nicht zu verteuern ist (es gibt Swaps die durchaus zur Zinssteuerung geeignet sind – sie sind einfach strukturiert und zu überblicken), gibt es viele Kommunen in Deutschland, die dieses Instrument nutzen.

Die Konsequenz des vorgelegten Urteils reicht jedoch weit. Aktuell muss sich jeder Kämmerer, der Zahlungen auf noch laufende Swaps leistet, dem potentiellen Vorwurf der Untreue aussetzen. Nur eine Begutachtung des eingesetzten Swaps durch Finanzmathematiker kann attestieren, dass dieser rechtskonform gestaltet ist.

Weitere Informationen unter: www.roessner.de □



Modulare Banksysteme von Nusser Stadtmöbel.

Ausgezeichnete Vielfalt

Nussers modulare Banksysteme für urbanes Leben

Städte und Gemeinden ringen mehr denn je darum, dass ihre Quartiere nicht an Vielfalt und Lebendigkeit verarmen. Umso wichtiger werden für Stadtplaner und Gestalter des öffentlichen Raums anregungsreiche Lösungen. Die Firma Nusser Stadtmöbel stellt sich dieser Herausforderung seit Jahren – nicht zuletzt mit modularen Systemen für beliebig frei kombinierbare Sitzlandschaften. Und das Schöne an ihnen ist: Sie beeindrucken auch noch durch ihr preisgekröntes Design.

Es ist eines der dringendsten Gebote der Stunde: Die Sicherung der sozialen Vielfalt im öffentlichen Raum. Um sie ist es nicht gut bestellt. Nicht nur Metropolen kränken daran. Auch die Städte und Kommunen auf

dem Lande stemmen sich einer weithin um sich greifenden „Monopolisierung“ ihrer Quartiere entgegen – sei es in Form einer einseitigen Nutzung oder einer nur ungenügend durchmischten Bevölkerungsstruktur.

Darunter leidet die soziale wie kulturelle Buntheit. Sie aber ist ein zentraler Faktor für Lebensqualität, die für die Bewohner der Quartiere in aller Regel vornan steht. Umso wichtiger für Städteplaner und Gestalter öffentlicher Räume werden daher Lösungen, mit denen sie einen anregenden Rahmen schaffen für ein abwechslungsreiches Mit- und auch Nebeneinander von unterschiedlichen Altersgruppen, sozialen Welten und kommerzieller Nutzung – eine

nicht gerade leichte Aufgabe.

Die „Baukasten-Lösung“ der Zukunft

Unterstützung hierin finden sie jedoch in der Ideenschmiede von Nusser Stadtmöbel – allen voran mit dem innovativen Konzept der modularen Banksysteme von Nusser. Wie aus einem Baukasten können sie sich daraus bedienen. Die einzelnen Bestandteile der Bankserien sind entsprechend der gewünschten Nutzung vielseitig kombinierbar. Man unterscheidet beispielsweise zwischen den Nutzungstypen „warten“, „ruhen“, „kommunizieren“.

Gestaltungsspektrum

Das clevere Nusser Produktprogramm eröffnet damit nicht nur ein reiches Gestaltungsspektrum aus einer Hand. Es erlaubt auch ganz unterschiedliche soziale Bedürfnisse oder Kontexte anzusprechen und so Generationen wie Lebenskulturen übergreifende Treffpunkte, Ruheoasen und sogar ganze Freizeitlandschaften zu formen – die Basis für ein bunt gemischtes Leben und Treiben im öffentlich gestalteten Raum.

Lindner Traktoren:

Produktionsstart für neuen Unitrac 92ep

Neue Motorengeneration benötigt weniger Treibstoff

Bei seinen Fahrzeugen setzt Lindner auf Effizienz: Im Vorjahr wurden mit dem Geotrac 84ep und dem Geotrac 134ep die ersten Traktoren der Geotrac-Serie 4ep präsentiert, im heurigen März folgte der Geotrac 114ep. Bis 2015 werden alle Fahrzeuge auf den efficient-power-Standard umgestellt. „Jetzt machen wir unsere Unitrac-Transporter noch wirtschaftlicher und effizienter“, kündigt Geschäftsführer Hermann Lindner an. Den Startschuss bildete der Unitrac 92ep, der auf der Suisse Public seine Weltpremiere feierte.

Im Mittelpunkt steht die neue Motorengeneration von Perkins. Hermann Lindner: „Die 4-Zylinder-Turbodieselmotoren mit Common-Rail-Einspritzung werden einen Liter Treibstoff weniger als die Vorgängermodelle benötigen.“ Mit Hilfe des Partikelfilters erfüllt der Unitrac 92ep die Abgasstufe 3B. Der Unitrac 92ep punktet außerdem mit mehr als 5 Tonnen Nutzlast. Darüber hinaus ist der Unitrac 92ep mit einer 2-Kreis-Hydraulik samt Komfortbedienung versehen. Weitere technische Highlights sind die kippbare Komfortkabine, die 4-Rad-Lenkung und die hydraulische Federung

mit Niveauregelung. Durch die 4-Rad-Lenkung schafft der Unitrac einen Wendekreisradius von 3,5 Meter.

Das zweite Modell der Unitrac-ep-Reihe, den Unitrac 82ep, stellte der Tiroler Landmaschinenspezialist auf der Wieselburger Messe vor. „Beide neuen Unitrac-Modelle warten mit dem eigens entwickelten Lindner-Komforteinstieg auf. „Dank diesem lässt sich die Fahrertüre im steilen Gelände leichter schließen.“ Beide Modelle sind serienmäßig in der 40km/h-Ausführung erhältlich, den 92ep gibt es optional auch in der 50km/h-Version oder als N2-Nutzfahrzeug.



Der neue Lindner Unitrac 92ep.

Gartenschaubilanz „Natur in Tirschenreuth 2013“:

Unvergesslicher Sommertraum

„89 Tage Erholung, Inspiration und Abenteuer mit mehr als 500 Veranstaltungen – das war ‘Natur in Tirschenreuth 2013’. 260.000 Besucher haben ein Naturerlebnis der besonderen Art, eine Sinneserfahrung mitten in einem Blumen- und Pflanzenmeer und auch eine Zeitreise zurück in die Stadt von früher erlebt. Die Erwartungen an die Gartenschau wurden damit voll und ganz erfüllt“, lautete die positive Bilanz von Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber zum Ende der oberpfälzischen Gartenschau.

Ob Dauer- oder Tageskarte: Die Gartenschau-Enthusiasten erlebten bis Ende August ein wahres Feuerwerk an Angeboten: ein tägliches Programm mit Leistungspräsentationen von Vereinen, Verbänden und Künstlern insbesondere aus der Region, wechselnde Blumenschauen, Mitmach-Angebote für Kinder und Jugendliche auf der Wühlmauswiese und beim Projekt „Schule im Grünen“ oder auch Führungen: 400 Rundgänge wurden von den 25 Gästeführern realisiert.

Projekt „Schule im Grünen“ mit mehr als 2.000 Schülern

Das Projekt Schule im Grünen wiederum lockte über 100 Klassen aus Thüringen, Sachsen und Bayern mit mehr als 2.000 Schülern zur Gartenschau. Erfolgreich war auch die Zusammenarbeit mit der Gartenschau Cheb/Eger 2013 im benachbarten Tschechien. Beide Veranstaltungen profitierten von gemeinsamen Projekten wie Workshops und Wettbewerbe – die viele Besucher in das jeweilige Nachbarland lockten.

Amerikanisches Wochenende

Auf der Beliebtheitskala ganz oben standen Veranstaltungen und Konzerte wie der Auftritt von Jazzlegende Klaus Doldinger mit 3.000, das Konzert der „Il Dolci Signori“ mit 5.000 und das Amerikanische Wochenende mit insgesamt 15.000 Gästen – ein Wochenend-Besucherrekord.

Im Rahmen einer bewegenden Feierstunde übergaben Franz Stahl, Erster Bürgermeister der Stadt Tirschenreuth, und Roland Albert, Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen mbH, die Gartenschau-Fahne an den Bürgermeister der Stadt Alzenau, Dr. Alexander Legler. Die Stadt

ist Austragungsort der Gartenschau Natur in Alzenau 2015.

Roland Albert bezeichnete die Schau in Tirschenreuth als eine der erfolgreichsten und wichtigsten Gartenschauen der vergangenen Jahre. Die Kombination einer Park-Seen-Landschaft mitten in der Stadt sei sensationell. Bleibende Werte seien geschaffen worden, die nicht mehr aus dem Bild der Stadt wegzudenken sind.

Dagmar Voß, Geschäftsführerin der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen mbH, war mehrfach zu Gast in Tirschenreuth. „Die Veranstaltungen der Gartenschau entwickelten eine ganz besondere Festivalatmosphäre. Es war einfach unglaublich zu sehen, wie schnell die Familien den Festplatz an der großen Bühne und die Uferbereiche zu Begegnungsbereichen und Picknickzonen umfunktioniert haben“, betonte Voß.

Altes Stadtbild

„Und es wurde vollendet die ganze Arbeit ...“, zitierte Stadtoberhaupt Franz Stahl in seiner Abschlussrede augenzwinkernd Psalm 89 des Neuen Testaments. Und ergänzte: „Nach 89 Tagen Gartenschau wird dereinst im Geschichtsbuch der Stadt Tirschenreuth stehen: Die ganze Arbeit hat sich gelohnt!“

Durch die Gartenschau hat Tirschenreuth nun sein altes Stadtbild zurück. Der Stadtteich ist wieder geflutet, die Fischhofbrücke steht damit nach 200 Jahren wieder im Trockenen und die historische Fischhofinsel – einst Sommersitz der Waldsassener Äbte – ist nun nicht mehr von Bauschutt und Industriearealen umgeben, sondern eingebettet in eine moderne Naturlandschaft. Dem historischen Teil stehen mit einem Hotel und Restaurant neue moderne Gebäude am Ufer

des Stadtteiches gegenüber. Darüber führt eine moderne einzigartige Spannbandbrücke. Das Bayerische Umweltministerium hat die Neugestaltung der Grünanlagen mit 1,6 Mio. Euro gefördert.

DK

Paul Nutzfahrzeuge:

All-in-One-Lösung für Landwirtschaft und Kommune

Passau - Ein brandneues Vorführfahrzeug auf Basis des allradgetriebenen Mercedes-Benz Actros 1846 AK ist jetzt in einer spezifischen Konfiguration für kombinierte Einsätze in Landwirtschaft und Kommune von Paul Nutzfahrzeuge realisiert worden. 18 t zGG, hohe Nutz- und Achslasten und eine luftgefederte Hinterachse sind nur einige der vielen Highlights, die breit gefächerte Applikations- und Transportmöglichkeiten erlauben. Das Fahrzeug bietet mit Load-Sensing-Hydraulik eine bislang unerreichte Bandbreite an Einsatzmöglichkeiten für die Agrar- und Forstwirtschaft, aber auch für kommunale Fuhrparks bei Straßenunterhaltung und Winterdienst.

Besonders für Nutzungsgemeinschaften und Lohnunternehmer öffnen sich durch die effiziente Auslastung und das günstige Preis-Leistungsverhältnis interessante Perspektiven im Ganzjahreseinsatz. Die Eintragung im Fahrzeugschein erfolgt aufgrund der landwirtschaftlichen Komponenten als land- und forstwirtschaftliche Zugmaschine – mit allen damit verbundenen Vorteilen. Das neue Vorführfahrzeug steht in Passau zur Verfügung.



Die neue bema Kommunal 400 Dual

Die bema Maschinenfabrik hat die neue bema Kommunal 400 Dual vorgestellt. Die neue Profimaschine im Kleinformat ergänzt das Leistungsportfolio des Volltagers Maschinenbauunternehmens und ist mit einem Gewicht um die 160 kg die leichteste Anbaukehrmaschine in der Reihe der kommunalen Street Fighter Serie.

Biogasanlagen spielt neben der Rohstoffverfügbarkeit vor allem die Minimierung der Transportkosten eine wichtige Rolle.

Die Anforderungen sind hoch: Gute Auslastung und effizienter Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Schnelligkeit, Bodenschonung, kraftstoffsparender Betrieb, Robustheit und Langlebigkeit, vielseitige Einsatzmöglichkeiten und komfortable Bedienung – diese Kriterien können am Markt verfügbare Standardfahrzeuge meist nur bedingt erfüllen: Lkw sind aufgrund der Bereifung und Ausstattung nicht für Arbeiten auf dem Feld und den Betrieb mit wechselnden Geräten geeignet, Traktoren sind nicht für effiziente, komfortable und schnelle Transporte ausgelegt.

Diese Ansprüche erfüllt Paul Nutzfahrzeuge mit einer kombinierten Fahrzeuglösung, die speziell für hochvariable Einsatzzwecke entwickelt wurde. Entstanden ist ein Ackerschlepper mit flexiblem Zusatznutzen in

Kommunen. Als Basis dient ein Standard-Lkw, der individuell auf die Anforderungen des Kunden hin maßgeschneidert wird. Ausgewählt haben die Paul-Ingenieure den Mercedes-Benz Actros 1846 AK, dessen Chassis sich aufgrund seiner serienmäßigen Basiseigenschaften für den Umbau bestens qualifiziert hat: Es verfügt über einen Radstand von 3530 mm, einen zugstarken V6-Motor mit 335 kW/456 PS (Euro 5), Allradantrieb, ein Teillentschaltgetriebe und zwei Nebenabtriebe.

Auch im Winter steht das neue Paul-Vorführfahrzeug nicht still. Die Ausstattung mit einer kompletten Winterdienstausrüstung ist möglich. Der Antrieb erfolgt mit der Heckzapfwelle oder über die Hydraulik. Für den Heckkraftheber ist die Hydrauliksteuerung um eine Hubkraftregelung mit Schwimmstellung und proportional geregelter Druckeinstellung erweiterbar. Unter der Stoßstange an der Fahrzeugfront können auf Wunsch Hydraulikanschlüsse mit Schwimmstellung verbaut werden. In Kombination mit der Frontanbauplatte können damit alle gängigen Standardschneepflüge verwendet werden. Auch andere Geräte wie Seilwinden oder Zusatzgewichte sind an dieser Schnittstelle montierbar.



Das neue Vorführfahrzeug von Paul Nutzfahrzeuge.

Unimog U 400 im Straßendienst:

Ganzjahreseinsatz auf dem Feldberg

Schneeräumen bis April – bei Bedarf auch länger

Stuttgart/Feldberg – Mit 1.493 Metern Höhe über Meer ist der Feldberg im Hochschwarzwald die höchste Erhebung in Baden-Württemberg und ein Eldorado besonders für Wintersportbegeisterte – aber auch im Sommer für Touristen und Naturliebhaber ein beliebtes Ausflugsziel. 3,3 Grad Celsius beträgt hier oben die Durchschnittstemperatur – wohlgemerkt: das ganze Jahr über gemessen. Und der letzte Schnee schmilzt oft erst Ende August, kurz, bevor der neue fällt. Eine Herausforderung für den Winterdienst.

Über Nacht können in dieser schneesicheren Region schon einmal rund 70 cm Schnee fallen – eine extreme Herausforderung und anspruchsvolle Aufgabe besonders für den Winterdienst, der ab 3 Uhr morgens die Gemeindestraßen sowie die Zufahrten zum Feldberg-Hotel – das höchstgelegene Deutschlands – und den viel-frequentierten, weitläufigen Parkplätzen unterhalb der Lifтанlagen räumt. Bis 8 Uhr morgens muss alles erledigt sein, denn dann nehmen Sessel- und Schlepplifte sowie die Rodelbahnen ihren Betrieb auf, Tagesbesucher und Übernachtungsgäste strömen zum Wintervergnügen.

Maschinenkombination aus Schneefräse und -pflug

Erledigt werden diese Arbeiten vom Bauhof der Gemeinde, die für die jeweils acht Kilometer umfassende Tour rund um den Feldberg-Gipfel eine Maschinenkombination aus Schneefräse und Mercedes-Benz Unimog U 400 mit Schneepflug einsetzt. Bei Schneefall muss die festgelegte Route, die auch den großen Parkplatz für mehrere Hundert Fahrzeuge am Fuße der Lifтанlagen beinhaltet, bis zu zehn Mal pro Arbeitsschicht befahren und geräumt werden – das bedeutet Höchstleistung für Mann und Material.

Kein Problem für den Mercedes-Benz Unimog U 400, der in Feldberg seit einiger Zeit in der Flotte des Bauhofs, die neben anderen Fahrzeugen noch einen Unimog U 90 sowie einen U 1400 und einen U 300 umfasst, Dienst tut. Mit seinem drei Meter breiten Räumschild, das in Betrieb eine bis zu 2,7 Meter breite Fahrbahn frei hält, Allradantrieb und einer Motorleistung von 210 kW (286 PS) erledigt der Unimog seine schweren und vielfältigen Aufgaben nahezu spielend. Die Unimog der Baureihe U 300/U 400/U 500 sind die Kommunalfahrzeuge schlechthin, denn sowohl der kraftvolle Antriebs-

strang, als auch die gesamte Fahrzeughydraulik und die Zapfwelle/Nebenabtrieb zum Antrieb zahlreicher Anbau- und Zusatzgeräte prädestinieren sie für universelle Einsätze und Aufgaben im Sommer wie Winter.

Spezielle Ausrüstungen wie die komplett verschiebbare Pedalerie und Lenkung („Variopilot“) sind auf die Bedürfnisse kommunaler Betriebe abgestimmt und sorgen für eine Alleinstellung im Markt der kommunalen Fahrzeuge. Das Getriebe des U 400, der in der Gemeinde Feldberg zum Einsatz kommt, hat acht Gänge in jede Fahrtrichtung, die per Wählhebel angesteuert und geschaltet werden. Als weitere Sonderausstattung stehen in diesem speziellen Fahrzeug noch weitere Arbeits- und Kriechgänge zur Verfügung. Portalachsen sorgen in Verbindung mit der groß dimensionierten Bereifung für eine hohe Bodenfreiheit, kurze Überhänge vorn und hinten erlauben große Böschungswinkel.

Flexibel einsetzbar über das ganze Jahr hinweg

Die Aufgaben eines Mercedes-Benz Unimog in Diensten einer Kommune verteilen sich über das ganze Jahr und sind äußerst vielfältig. Im Sommer Mähen von Banketten und Wiesen, Mulchen, Holzrücken, Wanderwegepflege und Instandhaltung auf Gemeindeareal, im Winter Räumen, Streuen und Freihalten der Orts- und Zufahrtstraßen sowie Liftstationen. An die 700 Arbeitsstunden jährlich werden dem Unimog U 400 abverlangt, die Fahrleistung liegt in diesem Zeitraum bei rund 5 000 Kilometern – da ist nicht nur Höchstleistung gefordert, sondern auch absolute Zuverlässigkeit und Langlebigkeit. Der Vorgänger des U 400 der Gemeinde Feldberg, ein Unimog U 1200, brachte es so auf 21 Jahre in Diensten der Kommune.

Die Gemeinde Feldberg hat 1.800 Einwohner und zählt pro



Mercedes-Benz Unimog U 400 im kommunalen Winterdienst der Gemeinde Feldberg/Hochschwarzwald.

Jahr rund 500.000 Besucher. Auf ihrer Gemarkung befinden sich der Feldberg-Gipfel mitsamt dem markanten Turm, welcher

eine bekannte Wetterstation beherbergt, die Feldbergbahn und die Skilifte des Liftverbunds Feldberg.

Wirtschaftlich, sicher und umweltschonend

Mercedes-Benz Sprinter erster Transporter mit Motoren nach Abgasstufe Euro VI

Der neue Mercedes-Benz Sprinter, die Nummer eins des Segments, feiert seine Markteinführung. Mit fünf neuen Sicherheitsystemen, Motoren nach der künftigen Abgasstufe Euro VI und einer markanten Optik setzt der neue Sprinter erneut Maßstäbe.

„Die Bedarfe unserer Kunden sind vielfältig und die Einsatzzwecke unserer Transporter sehr unterschiedlich. Und dennoch eint die Erwartung bezüglich Sicherheit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit alle Anwender und bestätigt uns in unseren Entwicklungen. Unser Antrieb wird auch zukünftig sein, den besten Transporter seiner Klasse für unsere Kunden noch sicherer, effizienter und sparsamer zu machen“, so Matthias Hindemith, Mitglied der Geschäftsleitung des Mercedes-Benz Vertrieb Deutschland und verantwortlich für den Vertrieb Transporter.

Als erster Transporter ist der Sprinter mit Motoren nach der künftigen Abgasstufe Euro VI lieferbar. Umfassende Effizienzmaßnahmen führen zu einem herausragenden Verbrauchsbestwert von minimal 6,3 Litern auf 100 Kilometern und neue Sicherheitsausstattungen heben die bisher schon gute Sicherheit auf ein nochmals höheres Niveau.

Vielseitigkeit ist Trumpf beim Mercedes-Benz Sprinter. Entsprechend der unterschiedlichen Anforderungen im täglichen Einsatz ist der Sprinter nach Maß Programm. Zwei Dieselmotoren mit insgesamt vier Leistungsstufen nach Euro 5b+ und Euro VI, ein Benziner nach Euro VI, Erdgasantrieb monovalent und bivalent, Schalt- und Automatikgetriebe, eine Vielzahl von

Neuer Glanz für „Donau“ und „Isar“

Kärcher reinigt Große Kaskade im Schlosspark Nymphenburg

Der Reinigungsgerätehersteller Kärcher engagiert sich im Rahmen seines Kultursponsorings für die restauratorische Reinigung der Großen Kaskade im Münchener Schlosspark Nymphenburg. An den Tuffsteinplatten und Marmorwänden der Brunnenanlage haben sich in den vergangenen Jahren organische Verschmutzungen abgelagert. Auch die zentralen Figuren „Donau“ und „Isar“ werden mit Hochdruck- und Dampfreinigern schonend von Schmutz befreit.

„Wir freuen uns sehr, dass uns ein Reinigungsprojekt zum ersten Mal in die bayerische Landeshauptstadt führt“, sagt Christian May, Geschäftsführer der Alfred Kärcher Vertriebs-GmbH. „Mit unserer Reinigungstechnik und unserer langjährigen Erfahrung engagieren wir uns sehr gerne für die Große Kaskade im Schlosspark Nymphenburg und tragen so zum Erhalt der historischen Bausubstanz bei.“ Um die fachgerechte Anwendung zu gewährleisten, wurden vorab umfangreiche Tests an den unterschiedlichen Gesteinsarten des Brunnens durchgeführt.

Schnelle Verschmutzung

„Die Große Kaskade von Nymphenburg mit ihren Mauern aus buntem Marmor, den transparenten Wasserscheitern und dem prächtigen Figurenschmuck wird von den Parkbesuchern als einer der Höhepunkte des gerne besuchten Parks empfunden“, erklärt Klaus Häfner, zuständiger Fachrestaurator im Restaurierungszentrum der Bayerischen Schlösserverwaltung in

München. „Leider verschmutzt die Anlage sehr schnell, nach einem Jahr bilden sich auf den Steinoberflächen dicke Kalkablagerungen und Algenbeläge. Mit Hilfe von Kärcher soll eine einfache und schonende Reinigungsmethode gefunden werden, die kostengünstig ausgeführt werden kann. In der Zusammenarbeit erhoffen wir uns entsprechende wertvolle Angaben, die uns helfen sollen, die Große Kaskade auch für zukünftige Generationen zu erhalten.“

Ohne Chemieeinsatz

Algen, Flechten und Schlamm an den Tuffsteinplatten und den Marmorflächen entfernen die Experten von Kärcher mit beheizten Hochdruckreinigern – ganz ohne den Einsatz von Chemie. Das heiße Wasser und der Hochdruck entfernen groben Schmutz, während in einem zweiten Schritt in der sogenannten Dampfstufe tiefsitzende Ablagerungen in den Poren des Gesteins beseitigt werden. So werden auch Schmutz- und Wachsschichten entfernt, die bei den bisherigen jährlichen Reinigungen mit Kaltwasser-Hochdruckreinigern nicht gelöst werden konnten. Um den Marmor zu schützen, wird er anschließend gewachst und poliert.

Schonende Behandlung

Bei der restauratorischen Reinigung der Marmorfiguren „Donau“ und „Isar“ ist eine noch schonendere Behandlung erforderlich. Der Schmutz an den Plastiken wird in einem ersten Schritt mit fast kochendem Wasser im Niederdruckbetrieb vorgeweicht, bevor die eigentliche Reinigung mit einem professionellen Dampfreiniger erfolgt. Danach erhalten sie noch eine Sonderbehandlung: Kompressen mit verdünntem Wasserstoffperoxid werden aufgebracht, die mit ihrer Bleich- und Desinfektionswirkung hartnäckig sitzende Algen und Moose vollständig entfernen und dem hellen Marmor wieder zur Geltung verhelfen sollen.



Hochdruckreinigung im Schlosspark Nymphenburg.



Zukunftsweisend.

Der neue Unimog mit BlueTEC-6-Technologie.

Überzeugt mit zahlreichen Innovationen und setzt Maßstäbe in Sachen Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienerfreundlichkeit. Mehr unter www.neuerunimog.com



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

CSU-Verkehrskongress in München:

Moderne Infrastruktur das Gebot der Stunde

Modern ausgebaute Verkehrswege sind ein wichtiger Standortvorteil für Bayern und Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Auf einem Verkehrskongress der Christlich-Sozialen Union in München mit mehr als 200 Teilnehmern diskutierten Verkehrspolitiker und Fachleute über die Mobilität der Zukunft in Bayern: über den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes, über eine PKW-Maut für ausländische Autofahrer auf deutschen Autobahnen sowie über eine dauerhaft tragfähige Finanzierung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

„Wir haben in punkto moderner Infrastruktur für Bayern viel erreicht“, machte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer deutlich. Da das stärkste Land in Europa auch in Zukunft über die stärkste Infrastruktur verfügen müsse, sei eine PKW-Maut für Autofahrer aus dem Ausland unverzichtbar. „Wir werden am Drücker bleiben. Wir haben hier die Zustimmung der Menschen in Bayern“, betonte Ramsauer. Die europarechtlichen Bedenken der Gegner hält er indes für vorgeschoben: „Wir haben unsere Vorschläge dazu ausgearbeitet.“

Fundamentale Bedeutung

Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann unterstrich die „fundamentale Bedeutung“ einer modernen Infrastruktur für die Entwicklung Bayerns. Daher sei dieses Thema das erste große Kapitel im Regierungsprogramm der CSU, dem Bayernplan. Der Zusammenhang zwischen einer leistungsfähigen Infrastruktur, einer florierenden Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen liege auf der Hand. „Bayern liegt im Herzen Europas. Eine moderne Infrastruktur ist von enormer Bedeutung, um diese zentrale Lage zu nutzen“, erklärte Herrmann.

Verkehrsmilliarde

Im Bundesfernstraßenhaushalt profitiert Bayern laut Herrmann noch von der zusätzlichen „Verkehrsmilliarde“ des Haushalts 2012 und vom Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II. In Bezug auf die mittelfristige Finanzplanung des Bundes dränge er aber auf weitere Verbesserungen. Im Bundeshaushalt stünden heuer rund 6,5 Milliarden Euro bereit. Nach den von der Bundesregierung beschlossenen Eckwerten zum Haushalt 2014 und der Finanzplanung bis 2017 seien 2014 5,9 Milliarden Euro und ab 2015 nur noch 5,8 Milliarden Euro jährlich eingeplant. „Wir brauchen aber keine Absenkung, sondern eine kontinuierliche Anhebung des Verkehrsetats. Nur dann kann unsere Infrastruktur mit dem rasant wachsenden Verkehrsaufkommen Schritt halten“, hob der Minister hervor.

Finanzierungsdefizit

Die Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ habe in ihrem Schlussbericht vom Dezember 2012 ein Finanzierungsdefizit von jährlich 1,3 Milliarden Euro festgestellt. Der Neu- und Ausbaubedarf sei darin noch gar nicht berücksichtigt. Insgesamt würden bundesweit jährlich rund 8,5 Milliarden Euro benötigt. „Wir müssen daher in den kommenden Jahren wesentlich mehr Mittel in den Bundesfernstraßenbau investieren“, betonte Herrmann und ergänzte: „Dafür brauchen wir den notwendigen finanziellen Spielraum. Mein Ziel ist es, künftig auf jeden Fall auch ausländische Pkw-Fahrer auf deutschen Straßen finanziell zu beteiligen. Die deutschen Autofahrer finanzieren über ihre Pkw-Maut-Zahlungen den Straßenbau in ganz Europa. Es ist daher nur gerecht,

wenn wir auch ausländische Fahrer in Deutschland heranziehen.“

Politisches Armutszeugnis

Bei der Pkw-Maut müsse deshalb ein System entwickelt werden, das die deutschen Autofahrer nicht noch mehr belastet und gleichzeitig ausländische Pkw-Fahrer an der Straßenfinanzierung beteiligt. Die Mittel aus der PKW-Maut sollten dann in vollem Umfang ausschließlich für den Straßenbau zweckgebunden verwendet werden. Herrmann: „Hier gibt es auch Lösungen, die mit dem Europarecht vereinbar sind. Die vorschnelle Behauptung, dass die Pkw-Maut für Ausländer EU-rechtlich nicht möglich sei, ist falsch und ein politisches Armutszeugnis.“

KFZ-Steuer abschaffen

Bayerns Innenminister schlug vor, die Kfz-Steuer für Pkw abzuschaffen. An ihre Stelle könnte nach seiner Ansicht eine allgemeine Pkw-Vignette wie zum Beispiel in Österreich treten, die für deutsche Autofahrer die gleiche Höhe wie bisher die Kfz-Steuer hat. Neu daran wäre: Auch ausländische Pkw-Fahrer auf deutschen Autobahnen würden erfasst. Dieser Vorschlag einer Pkw-Maut behandelt Herrmann zufolge alle gleich. Sowohl ausländische wie deutsche Pkw-Fahrer würden an der Straßenfinanzierung in Deutschland beteiligt.

Ausbaubedarf

Wie Herrmann weiter ausführte, „zeigt unsere Projektanmeldung für den Bundesverkehrswegeplan 2015, dass es im Freistaat noch einen riesigen Ausbaubedarf im Netz der Bundesfernstraßen gibt“. Der Bayerische Ministerrat habe dafür in seiner Sitzung im März dieses Jahres eine Vorschlagsliste mit insgesamt rund 400 Teilprojekten beschlossen. Die Projekte summierten sich auf eine Gesamtlänge von circa 2.000 Kilometer. Etwa die Hälfte der Strecke sei dabei dem Neubau bzw. der Erweiterung zuzuordnen. Nach Herrmanns Ausführungen „brauchen wir dringend den Ausbau der Bundesautobahnen auf sechs bzw. auf acht Fahrstreifen – beispielsweise den sechsstreifigen Ausbau der A 3 zwischen Würzburg und Erlangen, der A 6 zwischen der Landesgrenze zu Baden-Württemberg und Nürnberg sowie der A 8 zwischen Rosenheim und der Bundesgrenze bei Salzburg“.

Überregionale Bedeutung

Zu den Neubaumaßnahmen mit herausragender, überregionaler Bedeutung zählt der Minister den Bau der A 94 von München über Simbach nach Passau sowie den Neubau der Bundesstraße 15 von Regensburg über Landshut weiter zur A 94 und nach Rosenheim. Darüber hinaus wurden über 220 Ortsumgehungen angemeldet. Sie seien gerade im ländlichen Raum von enormer Bedeutung. Dort seien auch die Staatsstraßen besonders wichtig, bildeten sie doch für viele Gemeinden die Hauptverkehrsachsen.

Herrmann zufolge „ist es uns im Staatsstraßenbau gelungen, die Investitionen auf hohem Niveau zu halten. 2012 flossen 222 Millionen Euro in den Um- und Ausbau und die Erhaltung der Staatsstraßen. Im Doppelhaushalt 2013/2014 werden wir mit jeweils 215 Millionen Euro die Investitionen in der Höhe der vergangenen Jahre fortführen können. Von diesen Mitteln sind jeweils 125 Millionen Euro für die Bestandserhaltung und 90

Millionen Euro für den Ausbau der Staatsstraßen vorgesehen.“

Die Ergebnisse der Zustands- erfassungen und -bewertungen (ZEB) zeigten, dass gerade bei den Staatsstraßen in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung der Substanzwerte zu beobachten ist. Mit den in den vergangenen Jahren erhöhten Mitteln sei es bislang nur teilweise gelungen, den Nachholbedarf abzubauen. Hier gelte es, kraftvoll gegenzusteuern. Konkret werden über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich 170 Millionen Euro benötigt. „Deshalb haben wir uns auch in unserem Bayernplan als Ziel gesetzt, die Mittel zur Sanierung der Staatsstraßen aufzustocken. Dabei dürfen wir aber den dringend notwendigen Ausbau nicht aus dem

Wettbewerbspolitik im Regionalverkehr

BEG und DB Regio unterzeichnen dritten bayernweiten Verkehrsdurchführungsvertrag

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern plant, finanziert und kontrolliert, und DB Regio Bayern haben den dritten bayernweiten Verkehrsdurchführungsvertrag (VDV) unterzeichnet. Im Auftrag des Freistaats wird DB Regio im ersten Jahr 29,3 Millionen Zugkilometer fahren – etwa ein Viertel der heutigen Leistungen im bayerischen Nahverkehr. Ein Drittel davon sind elektrische Leistungen, zwei Drittel dieselbetriebene Leistungen, davon wiederum etwa die Hälfte Neigtechnikverkehre.

Der erste bayernweite VDV war 1996 mit der DB abgeschlossen worden, als der Freistaat die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr vom Bund übernahm. Der zweite VDV endet nach einer Laufzeit von zehn Jahren am 31. Dezember 2013. Der neue, nunmehr dritte Vertrag tritt 2014 in Kraft, läuft 2023 aus und beinhaltet alle bisher nicht im Wettbewerb gefahrenen Netze. Ausgenommen sind die im zweiten VDV noch länger enthaltenen S-Bahnen in München und Nürnberg (bis Ende 2017) sowie das Netz der Südostbayernbahn (SOB, bis Ende 2016).

Wegen der Knappheit der für den Regionalverkehr zur Verfügung stehenden Finanzmittel bleibt das Angebot weitgehend beim Status quo. Die Fahrpläne ändern sich zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 allenfalls im Minutenbereich. „Mit dem neuen Vertrag gelingt es uns, das erreichte Niveau zu halten. In einigen Bereichen wird es Verbesserungen geben. Neufahrzeuge und optimierte Fahrpläne werden wir aber erst im Rahmen der einzelnen Wettbewerbsprojekte umsetzen können – die Finanzierbarkeit vorausgesetzt“, betont Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG.

Alle Leistungen bis 2023 im Wettbewerb vergeben

Schon der 2003 abgeschlossene zweite VDV mit seinen anfangs rund 90 Millionen Zugkilometern pro Jahr ermöglichte es dem Freistaat, während der Laufzeit zahlreiche Netze aus dem Gesamtpaket herauszulösen und im Wettbewerb zu vergeben. „Prämisse des zweiten VDV war seinerzeit, etwa ein Drittel der Leistungen in den Wettbewerb zu geben. Diese Vorgabe haben wir weit übertroffen“, so Czeschka. 2014 wird von insgesamt 121 Millionen Zugkilometern pro Jahr schon die Hälfte (rund 59 Millionen Zugkilometer) im Wettbewerb gefahren werden. Die Zahlen verdeutlichen, dass die BEG bei einer ihrer Hauptaufgaben – der Organisation von Wettbewerb im bayerischen Regionalverkehr – in den vergangenen zehn Jahren sehr erfolgreich gewesen ist. „Bis Ende 2023 werden wir die gesamten bayerischen Regional- und S-Bahn-Leistungen mindestens einmal komplett ausgeschrieben haben“, betont Czeschka. „Daher ist der dritte VDV auch der letzte bayern-

Augen verlieren“, stellte Herrmann fest.

In einer von Staatssekretär Andreas Scheuer moderierten Diskussionsrunde verwies der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) Bertram Brossardt schließlich darauf, dass Infrastrukturprojekte schneller geplant und schneller umgesetzt werden müssen. „Unser Land lebt von einer guten Infrastruktur, die durch kluge politische Entscheidungen auf den Weg gebracht wurde und auch in Zukunft auf den Weg gebracht werden muss“, erklärte Brossardt. Für die PKW-Maut gebe es Zustimmung, jedoch müsse sichergestellt sein, dass die Mittel zweckgebunden in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. **DK**

und der Einsatz von technischen Zugbegleitern, die auftretende Probleme bei der Energieversorgung, Klimaanlage, Beleuchtung, WCs und Anzeigen noch während der Zugfahrt beheben.

„Die Kapazitäten werden teilweise ausgeweitet, um für stark besetzte Züge zusätzliche Plätze bereitzustellen“, zählt Czeschka weitere Verbesserungen auf. „Geringere Platzkapazitäten als vertraglich vereinbart werden jetzt ausnahmslos mit Strafzahlungen belegt. Und in allen Teilnetzen haben wir die Zugbegleitquoten auf dem Status quo festgeschrieben und werden künftig Abweichungen ebenfalls pönalisieren.“ Neue Konzepte für die Leitstelle und das Störfallmanagement sollen für eine effektivere Disposition sorgen, sodass im Problemfall schneller reagiert werden kann. Zudem werden alle Netze in das bayernweit einheitliche Qualitätsmesssystem der BEG integriert. Während bisher im Qualitätsranking der BEG nur die im Wettbewerb ausgeschrieben Netze gelistet waren, werden künftig alle

Netze im Regionalverkehr nach einem einheitlichen Prinzip getestet und kontrolliert. Bei guten Leistungen erhalten die Unternehmen einen Bonus, bei schlechten Leistungen müssen sie Strafe zahlen. „Dadurch steigt der Anreiz, den Fahrgästen eine hohe Qualität zu bieten“, so Czeschka.

Vorgaben zum Fahrzeugeinsatz ermöglichen Flexibilität

Im Rahmen von Wettbewerbsprojekten fordert die BEG meist Neufahrzeuge. Die jüngeren Fahrzeuge der dadurch freigesetzten Flotten sollen im dritten VDV die bis zu vierzig Jahre alten DB-Regio-Wagenzüge ersetzen. Neufahrzeuge werden erst im Rahmen künftiger Ausschreibungen vorgeschrieben. Auch werden nur solche Fahrzeuge mit Fahrgastinformationssystemen nachgerüstet, die noch für einen längeren Einsatz vorgesehen sind. „Aufgrund der knappen Finanzmittel haben wir bei der Vertragsgestaltung hinsichtlich der eingesetzten Fahrzeuge vor allem Flexibilität groß geschrieben“, sagt Czeschka.

Ablauf des Verfahrens

Zum Abschluss des bayernweiten Verkehrsdurchführungsvertrages hatte die BEG im europäischen Amtsblatt im Januar 2009 ein Interessensbekundungsverfahren über die nicht im Wettbewerb vergebenen Netze veröffentlicht. Alle Unternehmen konnten so Interesse an der Übernahme der Dienstleistungen signalisieren. Nur DB Regio hat eine Interessensbekundung abgegeben. Czeschka: „Das können wir nachvollziehen, denn bis heute hat kein anderes Verkehrsunternehmen die nötigen Ressourcen, von einem Tag auf den anderen eine solch umfangreiche Verkehrsleistung zu erbringen.“

Mit dem jetzt erzielten Vertragsergebnis wird zum einen ein qualitativ hochwertiger Regionalverkehr für die kommenden zehn Jahre sichergestellt, zum anderen kann die BEG ihre bewährte und konsequente Wettbewerbspolitik durch die sukzessive Ausschreibung aller Teilnetze fortsetzen. □

Verbessertes Qualitätsmanagement

Die Anforderungen an die Qualität liegen im dritten VDV leicht über dem heutigen Niveau, da einzelne Standards aus heutigen Wettbewerbsprojekten auch im neuen bayernweiten Vertrag angewendet werden. „Die in den letzten Jahren über Pönalemittel kofinanzierten Qualitätsprojekte haben wir jetzt im Vertrag festgeschrieben“, erklärt Czeschka. Dazu gehören u. a. die verbesserte Kundeninformation im Störfall durch eigens für diesen Zweck eingesetzte Mitarbeiter direkt in der Transportleitung, eine optimierte Baustellenkommunikation

Barrierefreiheit:

Smartphone-Apps erleichtern Blinden den Alltag

mytaxi integriert VoiceOver und TalkBack in die Fahrgast-App und gibt Blinden und Sehbehinderten eine Hilfestellung bei der täglichen Mobilität

Seit kurzem steht eine neue Version der mytaxi Fahrgast-App im App Store und Google Play Store zur Verfügung. In der Android Version wurde die Funktion TalkBack vollständig integriert, in der iOS Version wurden Teile der bereits bestehenden Funktion VoiceOver überarbeitet. Beide Programme ermöglichen Blinden und Sehbehinderten Smartphones mit Touchscreens zu bedienen. Die neuen Versionen von mytaxi tragen zur Barrierefreiheit im Alltag bei.

Von vielen Sehbehinderten wird vorausgesetzt, dass sie der Außenwelt bedingungslos vertrauen, da sie nicht selten auf fremde Hilfe angewiesen sind. Mit mytaxi erlangen sie ein Stück Unabhängigkeit, indem die Taxi-App eine Hilfestellung für die tägliche Fortbewegung liefert. Durch die integrierte Software VoiceOver und TalkBack können sehbehinderte Menschen die gesamte mytaxi App navigieren: Angefangen bei der automatischen Lokalisierung des eigenen Standortes, über den integrierten Fahrpreisrechner bis zur Möglichkeit, seinen Fahrer und dessen Taxi durch Vergabe von Sternen zu bewerten.

Favoritenliste

Ein besonderer Vorteil für Blinde liegt vor allem darin, vertraute Fahrer in einer Favoritenliste zu speichern und diese bei

zukünftigen Bestellungen bevorzugt anzufragen. Auch mytaxi Payment funktioniert uneingeschränkt. Die mobile Bezahlssystem von mytaxi ermöglicht einen direkten Abrechnungsprozess von Smartphone zu Smartphone im Taxi, den der Fahrgast mittels Eingabe seiner PIN bestatigt.

Apps zum Scannen von Barcodes

Aber nicht nur mytaxi erleichtert sehbehinderten Menschen den Alltag. Weitere Beispiele sind unter anderem die App Codecheck, um Barcodes im Supermarkt zu scannen und damit Inhaltsstoffe und Preise zu ermitteln. Die App ColorVisor wiederum kann dem Nutzer die Farben von Gegenständen ansagen und ist damit eine Hilfe bei alltäglichen Dingen wie der Auswahl der eigenen Kleidung. □

Durch die ständige Optimierung von Apps wird Sehbehinderten verstärkt die Welt der Sehenden eröffnet und sie haben dadurch die Möglichkeit, ihren Alltag selbständig zu bewältigen. Auch wenn Apps momentan Führünde noch nicht ersetzen können, so stellen sie bereits jetzt eine sinnvolle Ergänzung und Erleichterung im täglichen Leben dar. Mindestens 1,2 Millionen Menschen in Deutschland sind sehbehindert oder blind. Mithilfe des technischen Fortschrittes und des wertvollen Feedbacks von sehbehinderten Nutzern können Apps wie mytaxi verbessert werden und einen barrierefreien Alltag fördern.

mytaxi ist ein Produkt der Intelligent Apps GmbH und wurde im Juni 2009 von den beiden Gründern Niclaus Mewes und Sven Külpel ins Leben gerufen. Die Taxibestell-App ermöglicht eine direkte Verbindung zwischen dem Taxifahrer und dem Fahrgast. Investoren sind unter anderem T-Venture Holding GmbH (Deutsche Telekom AG), Car2Go (Daimler Mobility Services GmbH), KfW Bankengruppe, e42 GmbH und Lars Hinrichs (Cinco Capital GmbH). □

MVV im Internet:

Neues Bahnhofsinformationssystem

Künftig können alle Informationen zu den Bahnhöfen im MVV mit dem neuen Bahnhofsinformationssystem (BIS) abgerufen werden. Mit umfangreichen Informationen zu allen Bahnhöfen von S-Bahn, U-Bahn und Regionalzügen bietet der MVV unter www.mvv-muenchen.de/BIS diesen neuen Service an. Auf einem interaktiven Schnellbahnnetzplan werden die wichtigsten Merkmale der Bahnhöfe auf einem Blick zusammengefasst. In der Detailansicht können zu allen Bahnhöfen neben Karten und Fahrplänen auch Informationen z.B. zu Fahrplanänderungen, zur Barrierefreiheit oder zum P+R-Angebot abgerufen werden.

MVV Geschäftsführer Alexander Freitag: „Das neue Bahnhofsinformationssystem ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einem umfassendes Mobilitätsportal. Neben allgemeinen Infos für jeden Fahrgast finden hier gerade auch mobilitätseingeschränkte Fahrgäste, P+R-Kunden oder Touristen schnell und unkompliziert wichtige zusätzliche Informationen für ihre Fahrt im MVV“.

Komplette Überarbeitung

Mit dem komplett überarbeiteten Webservice des MVV, in den zahlreiche Anregungen der Nutzer eingeflossen sind, kann sich der Fahrgast noch besser über das Angebot und die Ausstattung der einzelnen Bahnhöfe informieren. Für jeden Bahnhof können in übersichtlicher Form aktuelle Aushangfahrpläne, die

Fahrplanbuchseiten und die Abfahrtszeiten der dort haltenden Züge und Busse abgerufen werden. Ergänzt werden die Fahrplaninformationen durch die Anzeige der geplanten Fahrplanänderungen. Für eine bessere Reiseplanung bietet der Informationsservice außerdem für jeden Bahnhof einen detaillierten Bahnplan und einen Orientierungsplan mit den Straßen im Bahnhofsumfeld als PDF zum Ausdrucken an. Für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste wird u.a. darüber informiert, ob der Bahnsteig über Aufzug oder Rampe erreichbar ist und ob der Zutritt in die S- bzw. U-Bahn ohne Stufen erfolgen kann. Kunden, die einen Fahrschein erwerben möchten, werden über die vorhandenen Ticketautomaten sowie über die nächsten Verkaufsstellen in der Umgebung informiert. Angaben zum Tarif-

ring bzw. zur Tarifzone sind ebenfalls enthalten. Darüber hinaus werden wichtige Telefonnummern, z.B. bei Automatenstörungen oder Defekte an Haltestellen genannt.

Park + Rail

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf umfangreichen Informationen zum P+R-Angebot, die vollständig in das neue BIS integriert wurden. Hier wird nicht nur über die Anzahl der

Stellplätze und deren Erreichbarkeit informiert, sondern auch über evtl. anfallende Kosten, Nutzungsbedingungen oder spezielle Besonderheiten einzelner Anlagen. Besonders hilfreich für die Reiseplanung ist eine stundengenaue Belegungsprognose für Parkplätze an den Bahnhöfen, mit der die P+R-Nutzer die Wahrscheinlichkeit abschätzen können, zu einer bestimmten Uhrzeit noch einen freien Stellplatz zu bekommen.

Ergänzt werden die Bahnhofsinformationen um Hinweise zum weiteren Mobilitätsangebot an den Bahnhöfen wie z.B. Taxi-standplätze, CarSharing oder Leihfahrradstandorte. Auch bestimmte Freizeitangebote in der Nähe des Bahnhofes werden genannt und verlinkt. □

Mobilität im ländlichen Raum

Die Hanns-Seidel-Stiftung lädt am 30. September nach Wildbad Kreuth zum Seminar mit dem Thema „Mobilität im ländlichen Raum“ ein.

Ein Großteil der bayerischen Landesfläche ist ländlicher Raum und eine Mehrheit der Bevölkerung lebt in ihm. Zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen ist ein flächendeckendes und attraktives Angebot des öffentlichen Personenverkehrs eine wesentliche Zukunftsaufgabe. Eine flexible und bedarfsgerechte Gestaltung von Verkehrsangeboten und die intelligente Kombination verschiedener Verkehrsträger scheint für die ländlichen Räume notwendig.

Bei der Tagung wird mit Vertretern aus Wissenschaft, Verkehr und Kommunalpolitik über Konzepte zur Mobilität im ländlichen Raum diskutiert. Dieses Seminar dürfte auf Grund der ausgewählten Beispiele gerade für Bewohner des südbayerischen Raums von besonderem Interesse sein.

Online-Anmeldung: <https://www.hss.de/veranstaltungen/details/030113302.html>

Programm: <https://www.hss.de/download/programme/030113302.pdf> □

BEG-Qualitätsranking – Halbjahreswerte 2013:

Berchtesgadener Land Bahn erobert Spitzenposition

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regionalverkehr in Bayern plant, finanziert und kontrolliert, hat die Werte des Qualitätsrankings für das erste Halbjahr 2013 auf ihrer Website veröffentlicht (www.beg-qualitaetsranking.de). agilis-Nord musste Platz eins an die Berchtesgadener Land Bahn abgeben, die damit den bisherigen Spitzenreiter auf Platz zwei verdrängt. Der Kissinger Stern konnte Platz drei im ersten Halbjahr 2013 behaupten. Auf Platz vier rangiert nach wie vor die Bayerische Regiobahn, die Mittelfrankenbahn ist von Platz sechs auf Platz fünf geklettert. Das Schlusslicht bildet weiterhin die Hessische Landesbahn im Kahlgrund.

„Seit das Qualitätsmesssystem für Wettbewerbsstrecken von der BEG eingeführt worden ist, konnte die Qualität im Regionalverkehr deutlich verbessert werden. Auch die ersten Monate 2013 bestätigen diesen Trend: Neun von 15 Netzen haben derzeit positive Werte“, betont Wolfgang Oeser, Leiter Qualitätsmanagement, Marketing, Presse bei der BEG.

Fabrikneue Züge

Den größten Sprung machte der Franken-Thüringen-Express von -43,71 Punkte und Platz 14 (Ende 2012) auf aktuell +24,83 Punkte und Platz sieben. Hierbei ist sicherlich zu berücksichtigen, dass Mitte Dezember 2012 fabrikneue Fahrzeuge die bisherigen Fahrzeuge des Ersatzkonzeptes abgelöst haben. Auch die Mittelfrankenbahn konnte sich von +10,27 Punkten (2012) auf aktuell +32,98 Punkte signifikant verbessern. Ebenfalls einen positiven Trend zeigen die Mainfrankenbahn (Steigerung um 16,42 Punkte) sowie der Spitzenreiter Berchtesgadener Land Bahn (Steigerung um 12,37 Punkte).

Fahrzeugverfügbarkeit

Rückläufig sind insbesondere die Punktwerte des Fugger-Express (Rückgang um 35,04 Punkte) und des Donau-Isar-Express (Rückgang um 24,79 Punkte). Beide von DB Regio betriebenen Netze büßten jeweils zwei Plätze im Qualitätsranking ein. Dort sind – wie auch beim Franken-Thüringen-Express – zudem erhebliche Probleme bei der Fahrzeugverfüg-

barkeit zu beklagen, die aber ebenso wie die Pünktlichkeitswerte nicht ins Qualitätsranking einfließen.

Mehr als 200 offene und 200 verdeckte Tests sowie 1.000

Erstes Halbjahr 2013:

Fahrgastzahlen im ÖPNV steigen erneut

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren über 4,9 Milliarden Fahrgäste mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterwegs. Das ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Anstieg um 0,5 Prozent, die Grenze von zehn Milliarden Fahrgästen könnte am Jahresende erstmals überschritten werden. Die Personenkilometer, also die erbrachte Verkehrsleistung von Bussen und Bahnen, blieben im ersten Halbjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 45,9 Milliarden Kilometern.

„Der ÖPNV in Deutschland bleibt ein Wachstumsmarkt. Vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen steigt die Nachfrage nach Bus und Bahn auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres weiter deutlich. Zudem zeigt sich beim Busverkehr in Summe bislang kein Fahrgastrückgang, auch das ist sehr erfreulich. Für weiteres Wachstum im ÖPNV ist die umfassende Sanierung und Erneuerung unserer Infrastruktur dringend erforderlich. Und dazu benötigen wir eine verlässliche Finanzierung durch Bund und Länder“, so Jürgen Fenske, Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

Über 1,9 Milliarden Fahrgäste nutzten in den ersten Monaten des Jahres die U-, Stadt- oder Straßenbahnangebote der VDV-Mitgliedsunternehmen. Damit stieg die Nachfrage bei diesen Verkehrsmitteln um ein Prozent im Vergleich zu den ersten Monaten des Jahres 2012. Auch im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) stiegen die Fahrgastzahlen mit 0,8 Prozent im ersten Halbjahr deutlich gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Entwicklung beim Bus, in absoluten Zahlen noch immer das am häufigsten genutzte ÖPNV-Verkehrsmittel, blieb mit 2,284 Milliarden Fahrgästen konstant.

Das liegt allerdings hauptsächlich am Nachfragezuwachs in den Großstädten und Ballungsräumen. Der Busverkehr in ländlichen Regionen hat eher mit Fahrgastrückgängen zu kämpfen: „Die aktuellen Fahrgastzahlen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Busunternehmen abseits der dicht besiedelten Räume bedingt durch den demografischen Wandel und die rückläufigen Schülerzahlen vor großen

sten, hat es Pluspunkte, bekommt es einen Bonus. Oeser: „Damit wollen wir Unternehmen belohnen, die sich um ihre Fahrgäste bemühen und Schwachstellen umgehend beseitigen.“

Momentaufnahme

Während die Werte für die kleinen Netze bereits ins zweite Jahr gehen und damit zunehmend aussagekräftiger werden, hat für die großen Netze der neue, jährliche Bewertungszeitraum erst begonnen, sodass deren Ergebnisse nur eine erste Momentaufnahme darstellen. □

Herausforderungen stehen. Für die dort lebende Bevölkerung sichert der Busverkehr nach wie vor ein regelmäßiges, flächendeckendes Mobilitätsangebot. Die Sicherung des ÖPNV in der Fläche bleibt deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Politik“, so Fenske abschließend. □



Während der heiße Asphalt dampft, machte sich Oberbürgermeister Georg Rosenthal (Mitte) gemeinsam mit Baureferent Professor Christian Baumgart (links daneben) ein Bild vom Baufortschritt. Hier wird der bestehende Geh- und Radweg in eine Radweg-Autobahn umgewandelt. Im Hintergrund der Tiefbauamtschef Jörg Roth (hintere Reihe, 3. l.) mit seinen Mitarbeitern Dagmar Singer und Marco Brückner. Bild: Penning-Lother

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Räum- und Streupflicht des Verkehrsunternehmens

Inhalt und Umfang der winterlichen Räum- und Streupflichten einer Gemeinde richten sich nach den Umständen des Einzelfalls. Die Art und die Wichtigkeit des Verkehrswegs sind dabei ebenso zu berücksichtigen, wie seine Gefährlichkeit und die Stärke des zu erwartenden Verkehrs. Die Räum- und Streupflicht besteht nicht uneingeschränkt. Sie steht vielmehr unter dem Vorbehalt des Zumutbaren, wobei es auch auf die Leistungsfähigkeit des Sicherungspflichtigen ankommt.

Grundsätzlich muss sich der Straßenverkehr auch im Winter den gegebenen Straßenverhältnissen anpassen. Der Sicherungspflichtige hat aber durch Schneeräumen und Bestreuen mit abstumpfenden Mitteln die Gefahren, die infolge winterlicher Glätte für den Verkehrsteilnehmer bei zweckgerichteter Wegenutzung und trotz Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt bestehen, im Rahmen und nach Maßgabe der üblichen Gegensätze zu beseitigen.

Strenge Anforderungen an Streupflicht

Zum Schutz des Fußgängerverkehrs sind an die Streupflicht strenge Anforderungen zu stellen. Insoweit gilt der Grundsatz, dass innerhalb der geschlossenen Ortschaft die belebten Fußwege und auch die über die Fahrbahn führenden unentbehrlichen Fußgängerüberwege bestreut werden müssen. Soweit es um die Sicherung von Örtlichkeiten geht, an denen regelmäßig oder zu bestimmten Zeiten besonderer Fußgängerverkehr herrscht, trifft den Pflichtigen ebenfalls eine gesteigerte Sicherungspflicht. Zu

den besonders gefahrträchtigen Streifen zählen namentlich Bussteige an Busbahnhöfen, wo ein- und aussteigende Fahrgäste bei winterlicher Glätte in erhöhtem Maße gefährdet sind.

Erhöhte Pflicht an Bussteigen und Bahnhöfen

Dies gilt umso mehr an besonders gefährlichen Stellen mit ungünstigen Wintereigenschaften, etwa der verwendeten Pflastersteine. Damit stellen sich der Gemeinde an den Bussteigen eines Busbahnhofs erhöhte Räum- und Streupflichten. Zum einen herrscht bestimmungsgemäß ein erhöhter Publikumsverkehr durch mehrere Busse und sonstigen Passanten, zum anderen gilt dies bei Nässe und Schneematsch in hohem Maße. Erst recht gilt dies, wenn Schnee auf der Bodenfläche vorhanden ist und keine Räumung stattfindet.

Oberlandesgericht Schleswig

Diese Auffassung hat das Oberlandesgericht Schleswig im Urteil vom 14.5.2013 – 11 U 51/12 – vertreten. **RA Dr. Otto**

Würzburg:

Neue Rad-Autobahn

170 Grad heiß dampft der einzubauende Asphalt, gleichzeitig brennt die Sonne mit über 30 Grad vom Himmel. Im Hochsommer Mitarbeiter am städtischen Bauhof Würzburg zu sein ist kein reines Vergnügen. Drei Liter Wasser rinnt jede Kehle mindestens täglich hinunter und scheint dabei irgendwie zu verdampfen. Eine städtische Baustelle machte jedoch ein paar Wochen lang Pause, nämlich an der Kurt-Schumacher-Promenade. Hier werden nach einem Konzept des Tiefbauamts die Wegeführung für Fußgänger und die Radwegverhältnisse verbessert.

Während der Sommerferien im Hochsommer halten sich viele Familien an dieser Stelle auf den Wiesen am Main auf. Aus Rücksichtnahme auf die Familien machte die Stadt hier eine Baupause“, erklärt Dagmar Singer von der Verkehrsplanung der Abteilung Tiefbau. Bis die gesamte Geh- und Radwegführung von Ludwigsbrücke bis Konrad-Adenauer-Brücke verbessert ist, wird ohnehin noch ein wenig Zeit benötigt.

Fünf Bauabschnitte

Denn gebaut wird in fünf Abschnitten. Im vergangenen Jahr wurde bereits ein gemeinsamer Geh- und Radweg vom Ende der

Radteststrecke am Ludwigkai bis zur Abfahrtsrampe am Parkplatz am Main befestigt und der getrennte Geh- und Radweg an der Kurt-Schumacher-Promenade von der Arndstraße bis zur Konrad-Adenauer-Brücke saniert.

Idyllischer Gehweg direkt am Main

Derzeit wird wegen des hohen Radfahraufkommens der bestehende Geh- und Radweg zu einer Rad-Autobahn umgewandelt, eine Spur wird stadtein-, die andere stadtauswärts führen. Die Fußgänger werden künftig ganz idyllisch direkt am Main auf einem auf 2,50 Meter ausgebauten Gehweg spazieren gehen. Die Beschilderung erfolgt, sobald die Baumaßnahme beendet ist.

Gute Verkehrswege

Oberbürgermeister Georg Rosenthal besuchte die Baustelle, als ein Stück des neuen, verbreiterten Gehwegs am Main asphaltiert wurde. Er lobte die Entscheidung des Tiefbauamts, die Arbeiten vom städtischen Bauhof durchführen zu lassen: „So können wir soweit bauen, wie nur möglich und Radlern und Fußgängern gute Verkehrswege anbieten.“ Vorhanden für diese Baumaßnahme sind 100.000 Euro, diese werden rein für das benötigte Material aufgewendet. Ziel ist zumindest bis zur Arndstraße zu kommen und zwar bis zum Herbst. □



V. l.: KPV-Ehrenvorsitzender Werner Kundörfer (Feucht), Fraktionsvorsitzender Peter Uschalt (Hersbruck), KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl (Röthenbach), Annette Zimmermann (Landratsamt Nürnberger Land, Bündnis für Familien), Kreisrat Dr. Bernd Eckstein (Altdorf), MdB Marlene Mortler (Lauf), Fraktionsvorsitzender Norbert Dünkel (Hersbruck), Bürgermeister Helmut Brückner (Happurg) und Gemeinderat Roman Felber (Simmelsdorf).

Jahreshauptversammlung der KPV Nürnberger Land:

Cornelia Trinkl bleibt Kreisvorsitzende

Roman Felber und Peter Uschalt weiter Stellvertreter „Bündnis für Familien“ im Kreis vorgestellt

Bei der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU auf dem Michelsberg in Hersbruck wurden die Röthenbacher Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl als Kreisvorsitzende und der Simmelsdorfer Gemeinderat Roman Felber sowie der Herbrucker Stadtrat Peter Uschalt als Stellvertreter einstimmig gewählt. Thematischer Schwerpunkt an diesem Abend war das Thema Familienpolitik im Landkreis.

Nach der Begrüßung sprachen der Fraktionsvorsitzende der CSU im Hersbrucker Stadtrat, Peter Uschalt, sowie die Kandidaten der CSU für überörtliche Mandate kurze Grußworte. Marlene Mortler, die seit 2002 die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Berlin vertritt, und Norbert Dünkel, CSU-Kreis- und Fraktionsvorsitzender sowie Dr. Bernd Eckstein, Direktkandidat für den Bezirkstag bedankten sich bei der KPV für die geleistete Arbeit und das Engagement auf kommunaler Ebene. Norbert Dünkel bezeichnete den KPV-Kreisverband Nürnberger Land als einen der aktivsten in ganz Bayern.

Familienpolitik im Landkreis

Passend zum Termin der Jahreshauptversammlung, dem 1. August 2013, seit dem der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gilt, hatte die KPV die Familienpolitik im Landkreis als Schwerpunktthema gesetzt und konnte Annette Zimmermann vom „Bündnis für Familien“ im Landratsamt zu einem interessanten Vortrag begrüßen. Das Bündnis für Familie, das in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum feiert, soll die Familienfreundlichkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Landkreis fördern, sowie die Familienkompetenz stärken. Kompetent und wortgewandt berichtete die Koordinatorin des Bündnisses sowohl über bereits durchgeführte Aktivitäten wie die Unterzeichnung der Charta für Familienfreundlichkeit im Landkreis und das Projekt „Eltern-talk“ als auch über anstehende Projekte.

Anschließend trug KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl ihren Jahresbericht vor. „Auch in den letzten beiden Jahren haben wir wieder viele Veranstaltungen wie Seminare, Fachgespräche und Sitzungen durchgeführt“, so die Vorsitzende in ihrem Tätigkeitsbericht. Es fanden nicht nur Vorstandssitzungen statt, sondern auch viele andere Veranstaltungen, wie zwei Seminare, die in Verbindung mit der Hanns-Seidel-Stiftung organisiert wurden: „Rhetorik und Medientraining für die Kommunalpolitik“ und ein Seminar, das auf die bevorstehende Kommunalwahl vorbereiten soll.

Um den Dialog mit der heimischen Wirtschaft zu intensivieren,

fanden auch im letzten Jahr wieder Wirtschaftsgespräche und Betriebsbesichtigungen wie z. B. im Backhaus Fuchs in Altdorf oder bei den ECKART Werken in Hartenstein statt. Bei einem Besuch bei der Nürnberger Land Tafel e.V. hatten sich die Kommunalpolitiker sehr beeindruckt vom logistischen Aufwand in der Organisation gezeigt. Zudem hatte die KPV zu einer Veranstaltung zur regionalen Produktvermarktung im Landkreis geladen, bei der neben MdB Marlene Mortler und Kreisbäuerin Betty Schmidt auch der Landrat des Landkreises Fürth, Matthias Diessl, als Referenten gewonnen worden waren.

Der Bildungsempfang von KPV und JU mit Kultusstaatssekretär Bernd Sibler im letzten Jahr, bei dem gute Gespräche und Diskussionen zum Thema Bildung im Landkreis stattfanden, war Anlass, um den Antrag für die staatliche Fachoberschule im Landkreis ins Gespräch zu bringen und Anstoß für den Antrag zur Bildungsregion Nürnberger Land, der von der CSU-Kreistagsfraktion eingebracht wurde.

Neuwahlen der Kreisvorstandschaft

Auf den Jahresbericht der Vorsitzenden und die Entlastung der Vorstandschaft folgten die Neuwahlen der KPV-Kreisvorstandschaft. Hier wurde Cornelia Trinkl als Kreisvorsitzende wieder einstimmig bestätigt. Zu den beiden stellvertretenden Vorsitzenden wurden der Simmelsdorfer Gemeinderat Roman Felber und der Hersbrucker Stadtrat Peter Uschalt gewählt. Beisitzer bleiben Andreas Kögel (stellv. Landrat, Simmelsdorf), Karin Müller (2. Bürgermeisterin, Schnaittach), Kurt Sägmüller (1. Bürgermeister, Neunkirchen), Petra Lorenz (Gemeinderätin, Winkelhaid), Thomas Ritter (Gemeinde- und Kreisrat, Burghann), Thomas Kramer (Stadtrat, Altdorf) und Christa Berger (Stadträtin, Velden).

Im Amt des Schatzmeisters wurde Stefan Wisatzke (Stadtrat, Röthenbach) bestätigt. Neu in die Vorstandschaft wurde ebenfalls als Beisitzer Thomas Buchner (Gemeinderat, Offenhausen) gewählt. Neben der Vorstandschaft wurde schließlich auch über die Delegierten und Ersatzdelegierten für die KPV-Bezirksversammlung entschieden.

Landkreis Regensburg legt 2020-Dokumentation vor

Positionsbestimmung aus Rückschau und Blick nach vorn

112 Seiten umfasst die Dokumentation „Gemeinde-Landkreis-Region 2020“, die der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth bei der jüngsten Kreistagsitzung vorlegte. Detailliert wird hierin die 2020-Arbeit in den Gemeinden und den Arbeitsgruppen des Kreistags festgehalten und in vielen Aufgabefeldern dargelegt, welche Herausforderungen und Ziele in den nächsten Jahren die Wege in den kommunalen und regionalen Gremien bestimmen können – oder auch müssen.

„Wenn ‘2020’ in den kommenden Wochen und Monaten vielleicht sogar zum Steinbruch für die Parteien und Wählergruppen für die Arbeitsperiode 2014 bis 2020 wird, dann kann die Saat vom Ammersee so richtig aufgehen“, schloss Mirbeth seine Zusammenfassung bei der Vorlage des Papiers.

„Saat vom Ammersee“ deshalb, da sich der Regensburger Kreistag im Oktober 2012 zum Abschluss seines 2020-Projekts drei Tage am Ammersee im Rahmen einer Klausurtagung traf und in intensiver Detailarbeit die Endpunkte der Einzelberatungen festlegte. Voraus gingen 35 Besuche des Landrats in den Gemeinden des Landkreises Re-

Mirbeth fordert daher eine nachhaltige Haushaltspolitik, denn was jetzt mit noch relativ vollen Kassen geschaffen wird, muss später eine erheblich geringere junge aktive Bevölkerungsgruppe bei rückläufigen Steuereinkünften unterhalten.

Nachbarschaftshilfe und schnelles Internet

Der negativen „Schichtung“ mit vielen Seniorinnen und Senioren wollen Mirbeth und der Kreistag durch einen flächendeckenden Ausbau der Nachbarschaftshilfe-Vereine begegnen, deren gute Ansätze in den einzelnen Gemeinden noch mehr Kraft gewidmet werden müsse. Kon-



Landrat Herbert Mirbeth (Mitte) und die vier Sprecher der Arbeitskreise des Kreistags haben im Prozess 2020 schon einige Ideen umsetzen können. Nachzulesen ist dies in der Dokumentation 2020, die beim Kreistag in Wörth präsentiert wurde.

gensburg, die sich vom Oktober 2011 bis Juli 2012 hinzogen. Parallel dazu tagten die vier Arbeitsgruppen des Kreistags unter der jeweiligen Leitung der Kreisräte Dr. Rudolf Ebneth (Wirtschaft), Rainer Hummel (Umwelt), Wolfgang Gruber (Soziales) und Joseph Karl (gesellschaftlicher Konsens) in insgesamt 44 Sitzungen. Ein Mammutprojekt, das, so der Landrat, am Ende auch diejenigen überzeugte, die das im Januar 2010 intern auf den Weg gebrachte Projekt anfangs skeptisch beurteilten.

Lösungsvorschläge

Eine „Positionsbestimmung aus der Rückschau und der Blick nach vorn sollte es sein und dabei sensibilisieren für das, was uns in den kommenden Monaten und Jahren in den kommunalpolitischen Feldern in unserem Landkreis und in unserer Region beschäftigen wird“, fasste Mirbeth seine Überlegung für das Projekt zusammen. In den Einzelergebnissen wurde daher nicht nur jeweils die Problemlage beschrieben, sondern auch ganz konkret an Lösungsvorschläge gearbeitet.

Durch viele Arbeitsfelder zog sich das Problem der alternden Gesellschaft, eine Entwicklung, die wie überall auch vor dem Landkreis Regensburg nicht Halt macht. „Die Altersgruppe 75+ wird in 15 Jahren um zwei Drittel anwachsen, weshalb diese Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Einfluss auf alle Tätigkeitsfelder haben wird, denn gleichzeitig müssen wir eine radikale Verringerung der jungen Menschen zur Kenntnis nehmen“, mahnt der Landrat, diese Entwicklung ständig verantwortungsbewusst bei den Entscheidungen vor Augen zu haben.

krete Lösungsvorschläge enthält das Papier auch für das „schnelle Internet“, denn die augenblicklichen Lösungen können nur in einer verstärkten Koordination auf Landkreisebene zukunftsfähig weitergeführt werden, ist sich der Kreistag einig.

Eine andere Sorge, die den Landrat schon seit längerer Zeit „umtreibt“, ist die drohende Leerstandsproblematik in den alten Ortskernen und auch in den Dörfern des Landkreises. Mit einem aus der 2020-Arbeit schon herausgewachsenen „Leerstandsmanagement“ will der Kreistag bereits im Herbst mit konkreten ersten Schritten den Versuch einer Gegensteuerung unternehmen.

Kein theoretisches Werk

Viele weitere Felder konkreter Umsetzungsschritte finden sich in dem Papier, das auf eine Realisierung ausgerichtet ist und kein „theoretisches Werk für den Aktenordner“ sein soll, wie Mirbeth im Kreistag noch einmal nachdrücklich betonte. Deshalb werden die vier Arbeitsgruppenleiter auch bei der geplanten Bürgermeisterkonferenz Ende Oktober mit in den Reihen der Rathauschefs sitzen und die Impulse für weitere Umsetzungsschritte begleiten.

Der Ort für die Bürgermeisterkonferenz ist, so der Landrat, ganz bewusst wieder an das Ufer des Ammersees gelegt, dort wo der letzte Schliff für die 2020-Wegweisung der Landkreispolitik vor einem Jahr gelegt wurde. Die Dokumentation steht unter folgendem Link zum Download bereit: <http://www.landkreis-regensburg.de/UserLandkreis/Presseportal/Publikationen.aspx>



Im Beisein von Bürgermeister Anton Heindl (links) informierte E-Plus über die zahlreichen Möglichkeiten der heutigen mobilen Datennetze.

Tempo im E-Plus Netz:

Schnelles, mobiles Internet für Rosenheim

Die Stadt Rosenheim gehört zu den Highspeed-Orten im E-Plus-Netz. Abgestimmt auf die Kundenbedürfnisse liefern die Mobilfunkstationen im E-Plus-Netz der Region mobile Daten nun mit bis zu 21,6 MBit/s aus. Bereits in Kürze werden es bis zu 42 MBit/s sein. Das High-Speed-Netz des Düsseldorfer Mobilfunkanbieters verfügt damit über mehr als genug Geschwindigkeit und Kapazität für die Ansprüche des Massenmarktes.

Zugleich bietet das E-Plus Netz in der europäischen Metropolregion München ausreichende Reserven für die zukünftig anwachsende Nutzung durch die Verbraucher. Anhand aktueller Smartphones und Tablets informierte das Unternehmen im Beisein von Bürgermeister Anton Heindl am Standort der Kathrein-Werke in der Klepperstraße 26 über die zahlreichen Möglichkeiten der heutigen mobilen Datennetze.

Smartphone sorgt für optimales Surferlebnis

Unterwegs nützliche Apps aufrufen, E-Mails schreiben und mobil im Internet surfen sind nur einige der zahlreichen Dienste, die Smartphone-Nutzer heute ganz alltäglich nutzen. Auf und unter dem Dach der Kathrein-Werke machte die E-Plus Gruppe deutlich, welchen Einfluss die verschiedenen Geschwindigkeitsstufen auf das Nutzungsverhalten und damit verbundene persönliche Surferlebnis haben.

Für den größten Teil der heutigen Anwendungen (sog. „Apps“) auf dem Smartphone reichen durchschnittliche Geschwindigkeiten von rund drei Megabit pro Sekunde aus. Das Netz der E-Plus Gruppe liefert heute Geschwindigkeiten von bis zu 21,6 MBit/s, perspektivisch bis zu 42 MBit/s. Insgesamt erhöhen sich damit zugleich die Kapazitäten im Mobilfunknetz und Staus auf der Datenautobahn gehören der Vergangenheit an.

Richtige Technologie zum richtigen Zeitpunkt

Das schnelle Datennetz in Rosenheim nutzt UMTS mit dem Turbo HSPA+. Der vieldiskutierte Standard LTE spielt dagegen heute (noch) eine untergeordnete Rolle. Diese Technologie sei derzeit lediglich ein Angebot für eine sehr späte Zielgruppe, die sich für teure Spitzendatenraten interessiere, sagte Stefan Schuhbauer, Leiter Technik in der Region Süd der E-Plus Gruppe im Rahmen der Veranstaltung.

Die Mehrheit der Verbraucher lege Wert auf ein schnelles und zuverlässiges Datennetz zum attraktiven Preis. LTE werde aber an Relevanz gewinnen und wie der gesamte Netzausbau ist auch die LTE-Planung der E-Plus Gruppe konsequent auf die Bedürfnisse der Mehrheit der Mobilfunkkunden ausgerichtet, so Schuhbauer weiter.

Das UMTS-Mobilfunknetz der E-Plus Gruppe sei heute in weiten Teilen bereits „LTE ready“. Besonders Wert legt Schuhbauer auf den offenen Dialog mit Kommunen und Verbänden. Dieser sei eine der Voraussetzungen, um Menschen

vor Ort den technischen Zugang zum mobilen Internet zu ermöglichen.

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Jahreskonferenz der Metropolregion München in Waging am See:

Impulse für boomende Region

Rund 200 Akteure aus Politik, öffentlichen Institutionen, Unternehmen, Wissenschaft und Gesellschaft wohnten der Jahreskonferenz des Netzwerkes Metropolregion München e.V. in Waging am See bei. Sie thematisierten die spezifischen Herausforderungen, denen sie in der Metropolregion München derzeit gemeinsam gegenüberstehen. Diese resultieren in der Mehrheit aus einer an sich positiven Tatsache: dem wirtschaftlichen Erfolg der Region.

In seiner Begrüßung wies der Vorstandsvorsitzende der Europäischen Metropolregion München e.V., Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, darauf hin, dass viele Ziele, die andere Metropolregionen anstreben, hier bereits erreicht seien. Dies berge die Gefahr der Selbstzufriedenheit, „aber eine führende Position erhält sich nicht von selbst“, so Ude.

Spezifische Probleme

Die Probleme dieser boomen-



Landrat Hermann Steinmaß (l.) gemeinsam mit OB Christian Ude. Bild: EMM / Hans Breitenfellner

den Region seien sehr spezifisch, so der Tenor. Fachkräftemangel, Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Herausforderungen für Infrastruktur und Energieversorgung resultierten aus schnellem Wachstum und der Tatsache, dass die Metropolregion in Deutschland Zuzugsregion Nummer eins ist. Hierbei konzentrierte sich der Zuzug überwiegend auf München und Umgebung, der in einem Europa der Freizügigkeit nicht per Dekret regulierbar sei. Jedoch könnte dieser Tatsache durch eine Stärkung der ländlichen Räume entgegengewirkt werden.

Schlüsselfunktion

Hermann Steinmaß, Landrat des Landkreises Traunstein und ebenfalls EMM-Vorstandsmitglied, erläuterte, welche Entwicklungen hierfür nötig seien: „Eine Schlüsselfunktion kommt dem Thema Mobilität zu – und zwar der Mobilität von Personen, Daten und Gütern. Das betrifft so konkrete Maßnahmen wie den Ausbau der Magistrale für Europa im Bereich des Schienenverkehrs, den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, die Erneuerung und Modernisierung von Autobahnen oder das Thema Breitbandversorgung. Zudem ist es entscheidend, dass auch im ländlichen Raum Hochschulbildung möglich wird – um junge Menschen hier halten zu können und den Unternehmen eine gute Anbindung an universitäre Forschung und Entwicklung bieten zu können.“

Stärken entfalten

Steinmaß zufolge könnten im Miteinander und in den Gemeinsamkeiten in der EMM die Stärken entfaltet werden. Metropolregionen erfüllten ihre Funktionen dann am besten, wenn eine tatsächliche Verflechtung und Kooperation von Stadt und Umland stattfindet. „Jene Regionen werden Erfolg im Standortwettbewerb haben, die sich durch eine bewusste Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft, aber auch durch ein individuelles regionales Profil und eine ausgeprägte regionale Iden-

tität auszeichnen“, zeigte sich der Landrat überzeugt.

Mit folgenden Thesen zum ländlichen Raum in der EMM schloss Steinmaß seine Ausführungen.

These 1: Die EMM soll die Potenziale von Städten und ländlichen Räumen vernetzen. Dabei bringt jeder seine spezifischen Stärken ein. Dafür muss aber auch jeder entsprechend ausgestattet sein. Dadurch wird die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Metropolregion geschärft.

These 2: Die globale und europäische Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe hängt von der Innovationskraft der Betriebe und der Infrastruktur ab. Die Nähe zu München ist bei Entfernungen wie in der EMM untergeordnet.

These 3: Nachhaltige Entwicklung einer Region bedeutet auch, die besten Ressourcen zu nutzen. Die besten und innovativsten Köpfe müssen an die richtigen Plätze. Es müssen die bestehenden Strukturen / Schwerpunkte erhalten und ausgebaut werden (z. B. Bayerisches Chemiedreieck).

These 4: Bildung in allen Teilen der EMM bildet die Grundvoraussetzung für die Entwicklung eines Landes. Universitäten haben den Auftrag für das ganze Land.

These 5: Allein durch eine weitere Wanderung vom Land an die Stadtränder wird die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nicht gestärkt.

These 6: Die ständige Urbanisierung Bayerns erfordert mehr Flächenverbrauch als die Ertüchtigung der bestehenden Infrastruktur. Pendelverkehr als Ersatz für das Zusammenwirken von Wohnen und Arbeiten ist nur ein Ausdruck verfehlter Infrastrukturpolitik.

These 7: Für eine nachhaltige Versorgung mit Wasser, Energie und Ernährung braucht die Stadt das Land.

Auf die Schwierigkeit, dass Kommunen und Landkreise in direkter Nähe zur Metropole München zumeist vor anders gelagerten Problemen als peripherer liegende Regionen stehen, machte auch Prof. Dr. Jürgen Aring, Mitglied im nationalen Beirat für Raumentwicklung, aufmerksam. Nach seinen Worten ist die strukturelle Heterogenität in der EMM zwischen Stadt und Land bzw. Kern und Rand groß. Das gegenseitige Verständnis für teilregionale Herausforderungen sei begrenzt. Aufgrund der räumlichen Strukturen und der gewachsenen Erfahrungen des Miteinanders sei es schwierig, eine Partnerschaft auf Augenhöhe herzustellen.

Zwischen den Raumstrukturtypen in der EMM gebe es nur eine kleine Schnittmenge gemeinsamer

Interessen. Dies lasse bisher nur Spielraum für eine Schönwetterkooperation, betonte Aring und ergänzte: „Eine große Herausforderung ist nicht die Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum, sondern die Bewältigung des damit einhergehenden Siedlungsdrucks. Angesichts des Wachstumsdrucks müsste eine abgestimmte Flächenentwicklung eine regionale Aufgabe sein.“

Bedürfnisse definieren

Stadtdirektor Stephan Reiß-Schmidt, Leiter der Hauptabteilung Stadtentwicklungsplanung der Landeshauptstadt München, hob seinerseits hervor, dass Optimierungen durch sämtliche Ebenen, von Bundesland über Landkreise bis hinein in die einzelnen Kommunen, durchdekliniert werden müssten. Ein konkreter nächster Schritt könnte es sein, die regionalen Bedürfnisse der Teilregionen konkret zu definieren, um so letztlich ein gemeinsames räumliches Leitbild für die Metropolregion München erstellen zu können.

Winterspiele 2022 im Visier

Die Metropolkonferenz bildete auch den Rahmen für die Unterzeichnung eines vom EMM-Vorstand verabschiedeten Beschlusstextes, in dem die Bewerbung Münchens und seiner Partner um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 unterstützt wird. Wie Vorstandsvorsitzender Christian Ude konstatierte, würden mit einer Olympiabewerbung und der Durchführung von Olympischen Winterspielen die Ziele der Metropolregion München, eine hohe Lebensqualität mit einer nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten, maßgeblich unterstützt. „Da sich fast alle geplanten Wettbewerbsstätten in der Metropolregion befinden, würde diese ganz besonders von der weltweiten Aufmerksamkeit und den mit den Winterspielen verbundenen Entwicklungschancen profitieren.“

Chancen für die Region

Auch Professor Gerd Finkbeiner, Vizepräsident der IHK Schwaben und stellvertretender Vorsitzender der EMM, sieht in der Bewerbung Chancen für die gesamte Region: „Von den Olympischen Winterspielen 2022 würde unumstritten die gesamte Metropolregion profitieren. Investitionen werden getätigt, die Infrastruktur verbessert und die Metropolregion München kann sich von ihrer besten Seite präsentieren. Und schon während der Bewerbungsphase sorgt die häufige Berichterstattung für eine weltweite Werbung für die Region. Ihre Wahrnehmung als Wirtschaftsstandort und Tourismusdestination würde noch weiter gestärkt.“

Wichtige Kriterien

München und seine Partner wollen nachhaltige, ökologische Spiele bieten und streben einen hohen Nutzungsanteil öffentlicher Verkehrsmittel sowie ein intermodales Verkehrsmanagement an, das unterschiedliche Verkehrsmittel miteinander sinnvoll verbindet. Landschafts- und Klimaschutz, eine positive CO₂-Bilanz sowie eine Aufwertung der Erholungsqualität sollen ebenfalls wichtige Kriterien einer Olympiabewerbung sein – Themen, die auch in den Arbeitsgruppen Mobilität und Umwelt der Metropolregion München eine wichtige Rolle spielen.

Neuer Geschäftsführer

Ein weiterer Tagesordnungs-

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„So, die Australier haben jetzt gewählt, dort ist der Harry-Potter-Wahlkampf vorbei.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah in mein verdutztes Gesicht. Ich hatte Null Peilung, was er mir damit sagen wollte.

Dabei hatte ich nur während meines Urlaubs eine vermischte Nachricht verpasst, wonach australische Werbestrategen sich etwas ausgedacht haben, um gegen die verbreitete Wahlmüdigkeit der jungen Wähler anzugehen. Australien kennt zwar die Wahlpflicht, aber das Interesse an den Wahlen ist rückläufig. Da Desinteresse an Wahlen gerne leichtfertig mit Desinteresse an Politik gleichgesetzt wird, haben kluge Leute „down under“ nachgedacht, wie man die Politiker cool verkaufen kann und sind auf den Gedanken verfallen, das politische Personal in den Harry-Potter-Kosmos zu versetzen.

Wahlmüdigkeit bekämpfen

Da gibt es ja jede Menge hochassoziativer Charaktere: Den strahlenden, wenngleich manchmal intellektuell tapsigen Zauberhelden Harry Potter selbst, der – politisch korrekt – von Regierungschef und Oppositionsführer gleichermaßen besetzt wurde. Dann fanden sich in den jeweiligen Lagern auch Pendants für dessen Gefährten, die blitzgescheite Hermine und den tumblen Ron, für die intellektuelle Lichtgestalt Dumbledore, den janusköpfigen Snape und die verachtenswerte Bellatrix Lestange. Auch der Bösewicht schlechthin, der Gottseibeitens Voldemort konnte mit einem xenophoben Rechtsaußenpolitiker wohl überzeugend besetzt werden.

Ob diese Übersetzung der politischen Wirklichkeit in einen Phantaskosmos die Jungwähler scharenweise hinter den Ofen hervorgelockt hat, wird man wohl nie feststellen – siehe Wahlpflicht. Aber es ist durchaus vergnüglich, die Idee auf Deutschland oder gar Bayern zu erstrecken. Die strenge parteipolitische Neutralität im Vorzimmer eines kommunalen Verwaltungschefs verbietet es, Namen zu nennen, aber Fakt ist, dass auch wir routinierte Magier und Magierinnen der Macht haben, Hexen und Zauberer, denen nicht immer alles gelingt sowie

den ein oder anderen Zauberlehrling, der die politischen Geister, die er rief, nicht so schnell loswerden kann.

Jedenfalls ist es phantasievoller und unterhaltsamer als die gedankliche Magerkost, die den deutschen Jung- und Erstwählern jetzt vor der Bundestagswahl serviert wird, um sie zum Wählen zu veranlassen. Da gibt es Fernseh- und Kinospots, in denen ein Re-

clambushido Marke ich-wechsle-die-Straßen-

seite-wenn-er-mir-entgegenkommt auf einem

Dach in Sichtweite des Bundestags hampelt und

im Sprechgesang Worte vernuschelt, die wohl

irgendwas mit Zukunft und Mitbestimmung zu

tun haben sollen. In einem Radiospott meint ein

mittlerweile ziemlich bekannter Interpret von

Deutsch-Pop Warmduschersongs, man solle zur

Wahl gehen, auch wenn man nicht wüsste, was

man wählen wolle und eigentlich keine Ahnung

von Politik habe, weil man rechtsradikal wäre,

wenn man nicht wählt.

Hand drauf: Wenn ich Erstwählerin wäre,

würde ich die Wahl verweigern, weil ich mich

von den verschiedenen Bundes- oder Landes-

zentralen für politische Bildung nicht für voll

genommen fühlte. Meinen wir wirklich, dass die

Jugend sich auf allgemeinem geistigem Tauch-

gang befindet und sich von plattem Klamauk,

schlechtem Rap oder pseudointellektuellen

Sprüchen an die Wahlurne locken lässt? Wahl-

müdigkeit bekämpft man mit zugespitzten poli-

tischen Diskussionen, echten Debatten um Zu-

kunftsthemen, ja auch mit dem richtigen Schuss

Polemik, Ironie und Schlagfertigkeit, von dem

die Wahlkämpfe 2013 ja klinisch rein gehalten

wurden.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt im Kom-

munalwahlkampf nächstes Jahr jedenfalls voll

auf den Sachdialog mit den jungen Leuten und

geht deshalb dahin, wo man sie trifft – im Frei-

zeitheim, in der Stadtbibliothek, beim Rauchen

vor der Disco. Ich simse ihm deshalb mal einen

frechen Spruch zum Nachdenken und Diskussi-

on anregen von George Bernhard Shaw zum

Thema Wählen: „Demokratie ist die Wahl

durch die beschränkte Mehrheit anstelle der Er-

nenennung durch die bestechliche Minderheit.“

the
Sabrina

8. Landshuter Kunstnacht:

Lockerer Galerierundgang

Bereits zum achten Mal fand die Landshuter Kunstnacht statt. Ihr erneuter Erfolg mag unter anderem zur Erkenntnisgewinnung beitragen, dass Kunst in Landshut nicht nur ein lästiger Kostenfaktor ist, sondern auch eine gesellschafts- bzw. kulturpolitische Dimension darstellt. An diesem Abend findet sich nämlich nicht nur das kunsterprobte Stammpublikum ein, sondern es kommen auch viele „Ersttäter“, darunter zahlreiche junge, neugierige Bürger der Stadt.

Bei dieser Nachtwanderung der besonderen Art, wie immer organisiert von der Galerie in Bewegung, dem Kunstverein und der Neuen Galerie, an der sich alle 16 ernstzunehmenden Ausstellungsräume der Stadt beteiligten, wurde erneut darauf geachtet, Kunst nicht als Kulisse zu verstehen und Galerien nicht zur Eventbühne verkommen zu lassen.

Kult und Kreativität

Die Türen zur Landshuter Kunstnacht öffneten unter anderem die Stadtresidenz mit den beiden Ausstellungen „KeramikRegion Landshut“ und „ArchäologieRegion Landshut“ sowie das Museum im Kreuzgang („Vom Alten Franziskanerkloster zum Museumsquartier“). Das Motto in der Residenz lautete: „K4: Kunstnacht + Kult + Kopf + Kreativität.“

Kult und Kreativität: Zwei Schlüsselbegriffe, die Kernthemen aus den Bereichen Archäologie und Keramik berühren. Und ein künstlerisches Experiment: Die

Konfrontation archäologischer und handwerklicher Artefakte mit zeitgenössischer Skulptur und Malerei. Der Kult um den Kopf ist so alt wie die Menschheit selbst. Eine spannende Zusammenstellung etwa von bajuwarischen Schädeln aus Ergolding, zeitgenössischen Voodoo-Masken des Regensburger Künstlers Günther Kempf, statuarischen Köpfen Florian Geisslers oder Helmen von Sigrd Barrett schlugen eine Schneise über alle zeitlichen und kulturellen Grenzen hinweg. Von malerischer Seite schafften Ursula Bolck-Jopp und Michael Lange ironische Distanz.

Annäherung an Königs Werk

Ungewöhnliche Kunst gab es im Röcklturn zu sehen: Dort zeigten Schüler der Grund- und Hauptschule Ergolding die Ergebnisse ihrer Annäherung an das Werk Fritz Koenigs, der u. a. als Professor für plastisches Gestalten an der TU München tätig war. Im Skulpturenmuseum im Hofberg wieder-

um wurde in einer vom Bildhauer persönlich eingerichteten Ausstellung ein Überblick über sein gesamtes plastisches und grafisches Werk gegeben.

In einem weiten, die 60-jährige Schaffenszeit umfassenden Bogen, wurden ausgewählte Kunstwerke ausgestellt, die die wesentlichen Motive im Werk umkreisen: Die Figur des Menschen im Spannungsfeld seiner Existenz, das von Liebe, Tod und dem Bewusstsein der (eigenen) Vergänglichkeit bestimmt ist, stand dabei im Mittelpunkt.

Videokunst

Im Italienischen Bau der Stadtresidenz Landshut öffnete man das I. Obergeschoss, um im Italienischen Saal eine Ausstellung von Helmut Stix zum Epos „Die Ilias“ von Homer zu präsentieren. In der Litvai-Galerie war erstmals eine Jahresausstellung zu sehen.

In der Großen Rathausgalerie sah man in diesem Jahr keine Bilder, Skulpturen oder Objekte, sondern es flimmerten die Bildschirme und surrten die Monitore. Videokünstler der Galerie in Bewegung, des Kunstvereins Landshut und der Neuen Galerie zeigten ihre aktuellen Arbeiten. Damit beschränkten die Organisatoren Neu-

KI

förderer und im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen im Vorstand der Regionalmarketinginitiative WirtschaftsForum Oberland e.V. tätig. DK

Im fairen Spiel 4.350 Euro Spendengelder erkämpft

RMD-Mitarbeiter unterstützen Kraki e. V. in Deggendorf

Der Förderverein der Kinderklinik am DONAUISAR Klinikum Deggendorf, kurz Kraki, kann sich freuen: Mit großem Engagement erspielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RMD-Unternehmensgruppe während des gemeinsamen Betriebsausflugs zu Gunsten des Fördervereins Kraki insgesamt rund 4.350 Euro. „Getreu dem Motto ‘Helfen tut gut!’ veranstalteten unsere Kolleginnen und Kollegen in den drei RMD-Gesellschaften während eines gemeinsamen Betriebsausflugs ein illustres Hufeisenwerfen, das nach mehreren Stechen jeweils im Damen- und Herren-Einzel entschieden wurde“, erläuterte Andrea Waltinger, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der RMD Wasserstraßen GmbH.

Die „Antrittsgelder“ für den Wettbewerb flossen in eine Spendenkasse. Damit war der Grundstock für die Spende geschaffen. Vorstand und Geschäftsleitungen der Rhein-Main-Donau AG, der RMD Wasserstraßen GmbH und der RMD Consult trugen das Ihrige dazu bei, um schließlich auf die erkleckliche Summe von 4.350 Euro zu kommen.

Freude beim RMD-Vorstand

Zusammen mit Andrea Waltinger überreichte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, stellvertretend für alle RMD-Ier, den Spendenscheck. Schleich freute sich: „Ich bin schon stolz auf unsere Mitarbeiter, denn die Idee und auch die Ausführung der Aktion kam aus Ihren Reihen. Als Eltern haben wir versucht, uns bei der RMD in die Situation der Betroffenen hineinzuversetzen und zu erfassen, wie wichtig es für den Heilungsprozess ist, dass der Klinikaufenthalt für die kleinen Patienten nicht als

Trauma in Erinnerung bleibt. Zudem ist es sehr schön, dass wir Ihre Bemühungen um eine optimale Nachsorge für die betroffenen Kinder mit unserer Spende unterstützen können. Daher war es für uns gar keine Frage, sich dem Engagement unserer Mitarbeiter anzuschließen und auf die jetzige Summe aufzustocken.“

Lücken schließen

„Seit vielen Jahrzehnten sind wir Teil der Region und unterhalten eine eigene Betriebsgliederung der RMD Wasserstraßen GmbH in Deggendorf, so dass wir sehr gern unsere Spende an eine Deggendorfer Einrichtung geben. Die RMD-Belegschaft hofft, mit ihrer Spende beizutragen, dass die Kinder und ihre Angehörigen ihre Klinikzeit mit den manchmal unangenehmen Begleiterscheinungen leichter ertragen können“, ergänzte Andrea Waltinger.

„Mit Ihrer Spende können wir manche Lücken, die trotz der optimalen medizinischen Versorgung

in unserer Kinderklinik weder von den Ärzten noch von den Schwestern, Eltern oder vom Staat gefüllt werden können, schließen und so den kleinen Patientinnen und Patienten den Aufenthalt im Klinikum so angenehm wie möglich gestalten – dafür ein herzliches Vergelt's Gott!“, bedankte sich die Vorsitzende des Fördervereins Kraki, die

Bad Füssing:

Beispiellose Erfolgsgeschichte

Heilbad feiert 75-jähriges Bestehen „Oscar“ für Deutschlands blühendste Stadt

Das Heilbad Bad Füssing im Landkreis Passau feiert in diesem Jahr Geburtstag: Vor 75 Jahren stieß ein Bohrtrupp dort auf der Suche nach Erdöl durch Zufall auf Thermalwasser. So wurde das kleine niederbayerische Dorf mit 38 Einwohnern zum Übernachtungsstarken Kurort, der jährlich 1,6 Millionen Besucher begrüßt und rund 2,6 Millionen Übernachtungen verzeichnet.

Die Besucher in Bad Füssing bleiben nicht nur länger, die meisten sind Stammgäste und waren bereits über 100 Mal hier. Insgesamt werden 25 Prozent aller in Deutschland genehmigten ambulanten Badekuren, also jede vierte, in Bad Füssing durchgeführt.

Urlauber und Kurgäste in Bad Füssing bleiben laut Statistik 8,9 Tage. Damit liegt das Heilbad deutlich über dem Durchschnitt: Deutschlandweit hält es die Gäste derzeit nur noch 2,7 Tage in einem Urlaubsort. In anderen deutschen Heilbädern liegt die Verweildauer bei 4,4 Tagen.

Schlüssel zum Erfolg

Schlüssel zum Erfolg Bad Füssings im Wettbewerb um Kur- und Gesundheitsurlaub ist die

ehemalige Oberbürgermeisterin der Stadt Deggendorf, Anna Eder.

Kluft überbrücken

Und Dr. Michael Mandl, Chefarzt der Kinderklinik im DONAUISAR Klinikum betonte: „Mit Ihrer Unterstützung können wir auch dem Buntten Kreis an unserer Klinik helfen, der Frühgeborene, chronisch- und schwerstkranke Kinder und deren Angehörige betreut. Zudem hilft er betroffenen Familien, die Kluft zwischen dem stationärem Aufenthalt und der Eingliederung ins häusliche Umfeld zu überbrücken.“



Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Beilage des Verbands BetonBauteile Bayern im bayerischen Industrieverband Steine u. Erden e. V. „Impulse pro Kanalbau“ sowie eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Bayerischen Sparkassentag 2013 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Gemeinde Höttingen:

Johann Seibold neuer Bürgermeister

Johann Seibold ist neuer, ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Höttingen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der 59-jährige Finanzbeamte von der Freien Wählergemeinschaft Fiegenstall setzte sich in der Stichwahl mit 54,2 Prozent der Stimmen gegen den zweiten Bürgermeister Anton Müller von der Wählergemeinschaft Hausen durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,9 Prozent. Der bisherige, über drei Jahrzehnte amtierende Bürgermeister Werner Grünwedel war im Mai verstorben. **DK**

struktur, in noch mehr Komfort für die Gäste und immer neue Attraktionen investiert. Der Ort ist Sitz des Deutschen Zentrums für chinesische Medizin, des deutschen Zentrums für Osteoporose und des Internationalen Bankhofer-Zentrums für medizinische Kommunikation.

Hoher Marktanteil

Das zählt sich für die Bad Füssinger aus: 25 Prozent aller in Deutschland genehmigten ambulanten Badekuren, also jede vierte, wird in Bad Füssing durchgeführt. Bei den Kompaktkuren, den „Kuren des 21. Jahrhunderts“, beträgt der Marktanteil von Bad Füssing sogar 60 Prozent.

Goldmedaille

Aktuell hat Bad Füssing einen weiteren Superlativ zu bieten: Beim Entente Florale 2013, dem Wettbewerb um die Auszeichnung als blühendste und grünste Stadt Deutschlands, gewann der Kurort die Goldmedaille. Diese höchste Auszeichnung, gemeinsam verliehen von führenden Gartenbau-, Kommunal- und Tourismusverbänden, gilt als der

„Oscar“ auf dem Gebiet der grünen, naturorientierten Stadtplanung. 19 Gemeinden hatten sich in diesem Jahr an dem Wettbewerb beteiligt.

Kurort im Grünen

Europas übernachtungsstärkstes Heilbad glänze als „Kurort im Grünen“ mit seinen Parks, Themengärten, Wasserspielen und besonderem Flair, geprägt durch ein „ästhetisches und durchgegrüntes Ortsbild“, heißt es in der Laudatio der hochkarätigen Jury. Bad Füssing punktete mit 15 Hektar bepflanzten und gärtnerisch gestalteten Flächen im Gemeindebereich.

Vielfalt an Lebensqualität

Wie Bad Füssings Bürgermeister Alois Brundobler hervorhob, sehe er die Teilnahme an dem Wettbewerb als Anstoß für die Bürger, sich über die Beteiligung an der Entente Florale mehr und intensiver an „grünen Projekten“ in der Gemeinde zu beteiligen. Die Auszeichnung mache bewusst, welche Vielfalt an grüner Lebensqualität Europas beliebtestes Heilbad Gästen wie Bürgern bietet. **DK**

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden • Tel. 07195/6933 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Scholz
Frauenbergstr. 73 • 80443 München
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

Unimog und Ersatzteile
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733
www.donnerbauer.com

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden • Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler

Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher / Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773) 821218
Telefon: (02773) 821256 • www.hailo-professional.de

Software für Behörden

TopCash Gebührenkasse für EC-Zahlungen
GEVE 4 Gewerbesteuer- & Erlaubniswesen
eArchiv Kompakt DMS
www.edv-ermtraud.de 02635/9224-0

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungsanalysen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

36885 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfrathhauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

DELW
LÜFTUNGSTECHNIK
UND WÄRMESYSTEME

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 81 71) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung • planung • vertrieb
grünware • lichtschlauch • led

tehrhofsstraße 8
91233 Neukirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

BAYERISCHER SPARKASSENTAG 2013 IN BAD GÖGGING:

VERTRAUENSGEBER FÜR MENSCHEN UND WIRTSCHAFT.

SPARKASSEN. GUT FÜR BAYERN.

Aus Anlass der 150-Jahr-Feierlichkeiten der Befreiungshalle begingen die bayerischen Sparkassen ihren Sparkassentag 2013 in Bad Gögging im Landkreis Kelheim. Der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, bezeichnete das Kelheimer Denkmal der Befreiungskriege von 1813 als „ein Symbol für die Geschlossenheit und den gemeinsamen Erfolg der damaligen deutschen Staaten“. 18 Kolossalstatuen an der Außenfassade stünden als Allegorien für die deutschen Volksstämme bzw. Regionen. Ähnlich verstehe sich die „Marke Sparkasse“, stehe doch auch sie für Regionalität und den gemeinsamen Erfolg der Sparkassen in Bayern und in Deutschland.

Beim Sparkassentag 2013 zeigte sich Präsident Zellner vor mehr als 600 Gästen „in erster Linie froh darüber, dass es uns nach langwierigen Verhandlungen mit der EU-Kommission im Sommer 2012 gelungen ist, die Restrukturierung der BayernLB abzuschließen und ein mögliches EU-Beihilfverfahren, das lange Zeit wie ein Damoklesschwert über uns geschwebt ist, abzuwenden“. Damit hätten einige Unsicherheiten für die bayerische Organisation aus dem Weg geräumt werden können.

BELASTUNGEN GEMEISTERT

Im Rahmen der Einigung mit der EU-Kommission hätten die Sparkassen zum Jahresbeginn ihren langjährigen und erfolgreichen Partner in Bausparfragen, die LBS Bayern, erworben. Zudem werde aktuell die Kapitalerhöhung bei der BayernLB Holding AG vorgenommen. Die Beteiligung der bayerischen Sparkassen an der Bank werde sich damit auf 25 % erhöhen. Das Verhältnis zwischen den Eigentümern sei jetzt in einen Anteilseignervertrag gegossen. Der Sparkassenpräsident hofft, in der Kooperation mit der Bank wieder in ruhiger Fahrwasser zu kommen.

Auch der konjunkturelle Rückenwind habe sich abgeschwächt. Dennoch sei die wirtschaftliche Lage in den Häusern gut. Stabil stehe auch der bayerische Mittelstand mit einer weiterhin guten Ertragslage da. Er sei auch künftig der zentrale Erfolgsfaktor der deutschen und bayerischen Wirtschaft.

ANHALTENDE NIEDRIGZINSPHASE

Nachdenklich stimme die anhaltende Niedrigzinsphase mit der erst kürzlich erfolgten Zinssenkung der EZB auf nahe Null, fuhr Zellner fort. Zum einen führe sie im gesam-

Zellner führte an, dass die bayerischen Sparkassen in den vergangenen zwölf Monaten einige Belastungen stemmen mussten.



Innenminister Joachim Herrmann (Mitte) gemeinsam mit Sparkassenpräsident Theo Zellner (l.) und dessen künftigem Nachfolger, Kemptens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer, der sein neues Amt im nächsten Jahr antreten wird, beim Empfang am Vorabend des Sparkassentags. ■

ten Bankensektor, und damit natürlich auch in der Sparkassenorganisation, zu einer Belastung der Ertragssituation. Beunruhigender sei, dass ein dauerhafter Zins unterhalb der Inflationsrate gravierende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden mit sich bringt.

„Nachdem nun der Scheitelpunkt der Finanzkrise überwunden zu sein scheint, fordern wir, dass die Zinsen wieder auf Normalniveau zurückkehren“, so der Präsident. „Unsere Position ist hier sehr deutlich: Ja zur Solidarität, aber nicht zulasten der Stabilität und der Soliden.“ Die Förderung des Spargedankens in der Bevölkerung sei ein fast schon archaischer Aspekt des öffentlichen Auftrags als Sparkassen. Sparen habe nach wie vor für die persönliche Zukunftsgestaltung eine herausragende Bedeutung. Zellner: „Das zu vermitteln, ist unsere Aufgabe als Sparkasse. Wir müssen den Menschen ein Finanzkonzept anbieten, insbesondere gemeinsam mit unseren Verbundpartnern!“

BASEL-III-REGELN ERSCHWEREN KOMMUNALFINANZIERUNG

Anfang 2014 wird die EU-Kapitalrichtlinie CRD IV in Kraft treten. Letztendlich werden Zellner zufolge die Besonderheiten der Sparkassen-Finanzgruppe berücksichtigt, indem Mittelstandskredite nicht mit zusätzlichen Kapitalanforderungen belegt werden. „Damit sind wir sehr zufrieden. Was uns allerdings ein wenig Sorge macht, ist die Tatsache, dass die Basel III-Regeln die Kommunalfinanzierung erschweren und für eine stärkere Zurückhaltung bei der Kreditvergabe sorgen.“

Erneut mahnte der Verbandspräsident eine stabilitätsorientierte europäische Geldpolitik an. „Wir halten es für einen Irrglauben, zu erwarten, dass weitere Zinssenkungen positive Wirtschaftsimpulse hervorrufen“, erklärte Zellner. Die Europäische Zentralbank müsse eine Geldpolitik betreiben, die Stabilitätsrisiken für die Zukunft vermeide und die Niedrigzinsphase beende.

Zellner warnte einmal mehr vor einer gemeinsamen Einlagensicherung, würde diese doch das Vertrauen in die deutsche Einlagensicherung erheblich beschädigen und damit auch die EU-Finanzarchitektur destabilisieren. „Nationale Institutssicherungssysteme müssen erhalten bleiben, jeder Mitgliedsstaat muss die Sicherheit der Einlagen auf einem europäischen Mindestniveau aus eigener Kraft sicherstellen“, erklärte der Sparkassenchef.

Die derzeitigen Pläne zur Umsetzung eines einheitlichen Abwicklungssystems bezeich-

nete Zellner als heikel. Mit einer gemeinsamen Bankenaufsicht durch die EZB, der Rekapitalisierung durch den ESM, einer Bankenabwicklung mit Entscheidung durch die EU-Kommission – finanziert durch alle Euro-Staaten – entstehe ein Kompetenzwirrwarr auf europäischer Ebene, das beseitigt werden müsse, damit Glaubwürdigkeit für das Gesamtkonzept der Bankenunion entstehen könne.

STABILE VERTRAUENSGEBER

Vor dem Hintergrund europäischer Politik und internationaler Regulierungsfragen sieht Zellner die bayerischen Sparkassen auf einem sicheren Pfad als stabile Vertrauensgeber für



Theo Zellner.

die Menschen und die Wirtschaft in ihren Regionen. Auch aktuelle Umfragen bescheinigten den Sparkassen hohe Vertrauenswerte: So sind die Sparkassen mit 84 Prozent Zustimmung beim Thema „Vertrauen“ Spitzenreiter innerhalb der Bankenbranche (GPRA-Vertrauensindex 5/2013). Die Sparkassen werden auch im Firmenkundengeschäft als vertrauenswürdigstes Kreditinstitut in Bayern anerkannt (Sersch-Studie).

Die Sparkassen genießen das ihnen entgegengebrachte Vertrauen und geben ihren Erfolg stets zurück in ihre Heimatregionen. Aktuell ist der Bedarf nach Unterstützung und Förderung am größten im Bereich der Hochwasserhilfe. Hier konnten die gemeinwohlorientierten, regional engagierten Sparkassen aus ganz Bayern ein Spendengesamtvolumen von mehr als einer Million Euro bereitstellen.

KLUG AUFGESTELLT

Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder betonte, dass Sparkassen und Landespolitik gemeinsam „ein nicht einfaches Stück Wegstrecke“ zurückgelegt haben. Bei seinem Amtsantritt als Finanzminister habe die Kernherausforderung darin bestanden, das EU-Beihilfverfahren abzuwenden. Mit Erfolg: „Wir haben uns klug aufgestellt und uns ist es gelungen, ein Finanzierungsmodell dauerhaft zu stabilisieren.“

Mit Blick auf den neuen Anteilseignervertrag sprach Söder von nunmehr klaren Verhältnissen zwischen den Eigentümern der Bayerischen Landesbank. Es handle es sich hier um eine „saubere, vertragliche Vereinbarung“. Freistaat und Sparkassen rückten noch enger zusammen. Künftig sind der Freistaat zu 75 % und die Sparkassen zu 25 % an der Landesbank beteiligt. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen EU-Beihilfverfahren sei die Unterzeichnung nun ein weiterer wichtiger Schritt für die erfolgreiche Weiterentwicklung der BayernLB gewesen. Im neuen Anteilseignervertrag ist unter anderem die „Entpolitisierung“ des Aufsichtsrats geregelt. Die Sparkassen benennen außerdem künftig einen zusätzlichen Vertreter im Aufsichtsrat; auch ist der Stellvertreter des neu besetzten Aufsichtsrats der Landesbank ein Vertreter der Sparkassen. Für den Minister eine „selbstverständliche Maßnahme“.

EINHEITLICHE SPIELREGELN

„Selbst wenn wir lokal arbeiten, sind wir international vernetzt“, fuhr Söder fort. Deutschland sei in Europa die Nummer eins und der Stabilitätsanker innerhalb Europas. Bayern wiederum stelle den Stabilitätskern dar. Somit gelte es auch weiterhin, die Konjunktur zu stabilisieren, die Wirtschaft zu stimulieren und Deutschland zu stärken.

Aus der unmittelbaren Arbeit an den Gesetzesvorlagen in Brüssel berichtete schließlich der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. Seinen Ausführungen zufolge habe sich herausgestellt, „dass es nicht sinnvoll ist, zwar einen gemeinsamen Markt für Finanzprodukte zu haben, das Ganze aber mit 27, zum Teil sehr unterschiedlich ausgestalteten Aufsichtsstrukturen, zu bewerkstelligen“. Dieser Aufgabe müsse man sich in dieser Legislaturperiode auf europäischer Ebene stellen. Ferber sprach von der Notwendigkeit, „einheitliche Spielregeln auf europäischer Ebene nicht nur zu verabreden, sondern auch zu etablieren“. Es gelte dabei, Gleiches in ganz Europa gleich zu bewerten.



SPONTANE SPENDENAKTION

Über 3.000 Euro für die Hochwasserhilfe spendeten am Vorabend des Bayerischen Sparkassentags die Kongressteilnehmer anlässlich einer spontanen Spendenaktion für die Hochwasserhilfe in Bayern. Vor der Kulisse der Befreiungshalle prägten die Gäste eigenhändig Jubiläumsmünzen, die sie jeweils mit einer Spende verknüpften. Insgesamt konnten über 3.000 Euro erzielt werden. Der Gesamtbetrag kommt der Sonderaktion zur Bewältigung der Folgen der Hochwasserkatastrophe in Bayern zugute, die von „Sternstunden“, der Benefizaktion des Bayerischen Rundfunks eingerichtet wurde. Damit werden Kinderhilfsprojekte und -einrichtungen in Bayern unterstützt, die bei der Hochwasserkatastrophe Schaden genommen haben.

Unser Bild zeigt vorne (v. l.): DSGVO-Präsident Georg Fahrenschon, SVB-Präsident Theo Zellner, den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der BayernLB Dr. Edgar Zoller, Kemptens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer, den Ersten Bürgermeister von Kelheim, Fritz Mathes. Hinten: SVB-Vizepräsident Roland Schmautz (l.) und der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Kelheim, Dieter Scholz.

THEO ZELLNER:

Sparkassen im Dienst der bayerischen Wirtschaft

Das Vertrauen zu den Sparkassen ist ungebrochen hoch, konstatierte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner. Ihre Stellung als Marktführer und als regional verankerte Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft müssen sich allerdings täglich neu bewähren. 2012 seien gute Ergebnisse erzielt worden. Die Trends des Vorjahres hätten sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 2013 im Großen und Ganzen fortgesetzt.

Eine stabile Entwicklung verzeichneten die bayerischen Sparkassen im Kreditneugeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen. „Das belegt wieder eindeutig: Es gibt keine Kreditklemme“, betonte Zellner. Das Kreditneugeschäft mit Privatpersonen wachse sogar noch stärker als jenes mit Firmenkunden. Bei Privatpersonen fänden anhaltend Umschichtungen in Richtung flexibler und höher verzinsten Sichteinlagen statt. Das Kundenwertpapiergeschäft belebe sich gegenüber dem Vorjahr wieder leicht,

der Nettoabsatz sei positiv. Die Zusagen wie auch die Bestandsentwicklung für den privaten Wohnungsbau seien auf den höchsten Stand der letzten fünf Jahre geklettert. 2012 wurden rund 454 Millionen Euro für gewinnabhängige Steuern aufgewendet.

BAYERISCHE WIRTSCHAFT STABIL

Zellner ist „zuversichtlich, dass wir am Ende des Jahres wieder eine gute Bilanz vorlegen“. Auch wenn sich der konjunkturelle

Rückenwind abschwächt, so seien die mittelständische Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Bayern stabil. „Hier leisten die Sparkassen ihren Beitrag und davon profitieren sie auch.“

ÖFFENTLICHER AUFTRAG

Die Sparkassen erfüllen ihren öffentlichen Auftrag und stellen sich dabei den Herausforderungen des Marktes. „Sie tun das erfolgreich auch in einer Zeit, in der die Zügel der Bankenregulierung infolge der Finanzkrise straff gezogen werden“, stellte der Präsident fest. Die Arbeit an der Bankenunion gehe weiter, wobei nach Zellners Auffassung deutsche Sparkassen und deutsche Sparer nicht zur Rettung taumelnder Auslandsbanken herangezogen werden dürften. Nationale Institutssicherungssysteme müssten erhalten bleiben. Eine gemeinsame Einlagensicherung dürfe es nicht geben, denn sie würde das Vertrauen in die deutsche Einlagensicherung erheblich beschädigen und damit auch die EU-Finanzarchitektur destabilisieren. Problematisch sieht Zellner, dass viele Regulierungsvorhaben zunächst auf die Anforderungen großer, börsennotierter Aktienbanken zugeschnitten sind. Es müsse jedoch immer nach Größe, Risikoneigung sowie Geschäftsmodell differenziert werden. Die Anforderung z. B. von „Bankentestamenten“ habe sich auf große, systemrelevante Institute zu beschränken.

Die EU-Gesetzesvorlage, die das künftige Vorgehen bei Banken-Pleiten regelt, nimmt laut Zellner derzeit Gestalt an. Sie sieht vor, dass statt der Steuerzahler künftig alle Gläubiger, und damit letztlich auch die Sparer, über das sogenannte Bail-in an der Rettung beteiligt werden können. „Wer also seiner Bank Geld anvertraut, der muss auch genau hinschauen, ob er ihr auch längerfristig trauen kann. Bei den Sparkassen ist das keine Frage“, machte der Sparkassenchef deutlich.

RESTRUKTURISIERUNGSFONDS

Um zu verhindern, dass der europäische Steuerzahler marode Banken rettet, indem diese direkt den ESM in Anspruch nehmen, werde jetzt als weitere Säule der Bankenunion der Restrukturierungs- oder Abwicklungsfonds vorbereitet, fuhr Zellner fort. Seiner Ansicht nach sollte die Abwicklungskompetenz auf nationaler Ebene belassen werden. „Welche Lösung auch letztendlich vereinbart werden wird, aus unserer Sicht ist es immer entscheidend, dass eine Vergemeinschaftung der Haftung zwischen Soliden und Unsoliden nicht akzeptabel ist.“

Ein Teil der aktuellen Diskussion zur Ban-

kenregulierung drehe sich auf Europa- wie auf Bundesebene um die Möglichkeit, ein Trennbankensystem zu etablieren, berichtete der SVB-Präsident und ergänzte: „Ich kann die Besorgnis der Verfechter gut verstehen. Denn natürlich gilt es, Kundeneinlagen vor den möglichen Folgen riskanter Eigenhandels-geschäfte angemessen zu schützen. Zum anderen muss aber auch die Realwirtschaft künftig auf Investmentbanking-Dienstleistungen zurückgreifen können. Außerdem sollte kleineren Universalbanken wie den Sparkassen noch Raum gelassen werden, um notwendige Absicherungsgeschäfte für ihre Kunden tätigen zu können. Das kürzlich beschlossene Gesetz der Bundesregierung greift hier einer europäischen Regelung vor.“

INSPIRATION FÜR BRÜSSEL

Zellner hält dieses Gesetz für einen „gangbaren Weg“. Zwar beschneide es Institute, die in großem Stil Eigenhandel betreiben, jedoch lasse es gleichzeitig Raum für Regionalbanken, die notwendige Absicherungsgeschäfte für ihre mittelständischen Kunden vornehmen. „Wenn dieses Gesetz als Inspiration für Brüssel dient, hat es sich schon gelohnt“, betonte der Präsident. Schwieriger gestalte sich die Situation beim nächsten Baustein, der Finanztransaktionssteuer. „Sie scheint angesichts vieler guter Argumente und daraus resultierender Bedenken in den beteiligten Euro-Staaten nun voraussichtlich stark eingedampft zu werden.“

KUNDEN NICHT MEHRMALS ZUR KASSE BITTEN

Die Absicht hinter einer solchen Steuerkonstruktion sei gewesen, die Banken als Mitverursacher an den massiven Kosten der Finanzkrise zu beteiligen und unerwünschte Finanzmarktspekulation zu verhindern. In der bisher diskutierten Form brächte die Steuer nach Zellners Überzeugung „aber deutlich mehr Nachteile als Vorteile“ mit sich. So würden die Finanztransaktionssteuer nur 11 von 27 EU-Staaten einführen, zudem benachteilige sie Kreditinstitute, die in Verbänden organisiert sind. Kunden würden mehrmals zur Kasse gebeten, weil ihr Auftrag innerhalb eines Verbunds wie der Sparkassen-Finanzgruppe mehrere Transaktionen auslöst. Schließlich würde sie auch den Interbankenmarkt mit erfassen und stark beeinträchtigen, wenn nicht gar zum Erliegen bringen. Denn die steuerliche Belastung würde viele Finanzierungsgeschäfte unrentabel machen. Dieser sogenannte Repo-Markt spiele aber eine zentrale Rolle für den oft sehr kurzfristigen Liquiditätsausgleich unter Banken und Sparkassen.

SOLIDE ERGEBNISSE

Die Sparkassen konnten trotz angespannter Wirtschaftslage in Europa ein solides Ergebnis erzielen und so ihre Aufgabe als Allfinanzdienstleister für die Regionen in Bayern erneut erfolgreich wahrnehmen.

- Kundeneinlagen und Kundenkredite legten 2012 erneut zu. Bemerkenswert dabei ist das Kreditneugeschäft, das gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Prozent auf insgesamt 22,6 Milliarden Euro gestiegen ist. Kreditbestände an Unternehmen und Selbstständige wuchsen um 3,0 Milliarden Euro bzw. 5,6 Prozent, die der Privatkunden um 1,5 Milliarden Euro bzw. 3,4 Prozent.
- Die Sparkassen konnten ihre Marktstellung mit 22,1 Prozent Zuwachs bei den Darlehenszusagen für Wohnungsbaukredite sehr gut behaupten.
- Der Bestand an Kundeneinlagen wuchs um 3,5 Milliarden Euro bzw. 2,6 Prozent. Der stärkste Zufluss war bei den Sichteinlagen festzustellen. Der Trend zu liquiden und sicheren Geldanlagen hält an.
- Insbesondere aufgrund der Einlagenzuflüsse war bei der Geldvermögensbildung ein Anstieg um 3,1 (2011: 2,8) Milliarden Euro zu verzeichnen.
- Das operative Ergebnis der Sparkassen hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase etwas abgeschwächt. Der Jahresüberschuss ist dagegen leicht gestiegen. Damit steigern die Sparkassen weiterhin ihre bereits robuste Eigenkapitalausstattung.
- Im Kreditgeschäft gab es dank der stabilen wirtschaftlichen Lage per Saldo nahezu keinen Wertberichtigungsbedarf. ■

Zellner: „Eine solche Steuer vermeidet keine Krisen, führt zur Abwanderung an nicht besteuerte Börsenplätze und belastet stattdessen eher unsere Kunden in den bayerischen Regionen, die nicht ausweichen können. Wir begrüßen deshalb jede Verbesserung der bisherigen Entwürfe.“

Das Potpourri der Regulierungsmaßnahmen, mit denen sich jede einzelne bayerische Sparkasse auseinandersetzen muss, wird Zellner zufolge durch die Verbraucherschutzgesetzgebung abgerundet. Dazu zählt er etwa die hohen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Beratungsprotokolle oder die Einführung des Beraterregisters bei der BaFin.

VERUNSICHERUNG GEGENÜBER WERTPAPIEREN

„Beides macht unseren Mitarbeitern das Leben schwer und unsere Kunden erkennen darin keinen Mehrwert für die Beratung. Wir verzeichnen für 2012 einen negativen Nettoabsatz im Wertpapiergeschäft. Das führen wir nicht nur auf die breite Verunsicherung gegenüber Wertpapieren infolge der Finanzkrise zurück. Vielmehr sehen wir hier, dass die Regulierung über das Ziel hinausgeschossen ist – mit der Folge, dass Berater nach Möglichkeiten suchen, das Wertpapiergeschäft zu mei-

den“, stellte Verbandschef Theo Zellner klar.

Dabei sei die Geldanlage in Wertpapieren aber ein bedeutender Baustein der Vermögensanlage privater Haushalte. Gerade beim dauerhaften Niedrigzinsniveau stelle sie eine äußerst wichtige Anlageform im Rahmen der Vermögensbildung der Kunden dar. Zellner: „Wir wollen, dass unsere Kunden an der Wertentwicklung der Märkte teilhaben können, ohne dass uns eine Überregulierung – die dem Kunden keinen zusätzlichen Nutzen bringt – an der Beratung hindert.“

DIENENDE ROLLE DER KREDITINSTITUTE

Zellners Fazit: „Es wird viel, vielleicht manchmal auch zu viel, geregelt. Doch sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, dass die Festlegung von Obergrenzen für Bankerboni, die Trennung von Einlagen- und Investmentgeschäft, die Festlegung von Kapitalquoten und Liquiditätskennziffern künftig Sicherheit bieten vor neuen Finanzkrisen.“ Um einen nächsten Crash zu verhindern, gelte es, wieder zu bestimmen, wofür Kreditinstitute da sind. „Leitmotiv für eine neue Finanzära muss die dienende Rolle von Kreditinstituten für die Wirtschaft sein. Bei den Sparkassen ist das heute schon Realität.“ ■

DR. MARKUS SÖDER:

Bayern – Stabilitätskern in Europa

Seit dem Sparkassentag in Amberg 2012 haben wir gemeinsam mit Präsident Theo Zellner ein nicht gerade einfaches Stück Wegstrecke zurückgelegt, stellte Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder fest. Zu Beginn der Legislaturperiode habe sich die Bayerische Landesbank in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befunden und musste durch den Freistaat stabilisiert werden. Durch das schnelle und verantwortungsvolle Handeln der Staatsregierung konnten jedoch negative Auswirkungen und ein Übergreifen der Finanzkrise auf den Wirtschaftsstandort Bayern verhindert werden.

Seitdem sei ein erfolgreicher Konsolidierungsprozess in die Wege geleitet und die BayernLB grundlegend neu ausgerichtet worden, erklärte Söder. Das aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen eingeleitete Beihilfe-

im November 2012 mit der Rückzahlung der gewährten Beihilfen beginnen und hat seitdem rund 1,1 Milliarden Euro an den Freistaat gezahlt, wovon rund 900 Millionen Euro auf den EU-Rückzahlungsplan anrechenbar sind.



Dr. Markus Söder.

verfahren der Europäischen Kommission wurde im Juli 2012 erfolgreich abgeschlossen. Der EU-Beschluss bestätigte sowohl die Zulässigkeit der Hilfen des Freistaats als auch die Lebensfähigkeit der BayernLB als eine regional ausgerichtete, kleinere und risikoärmere Bank.

NEUAUSRICHTUNG DER BAYERNLB TRÄGT ERSTE FRÜCHTE

Die Neuausrichtung der BayernLB trage erste Früchte. Im Geschäftsjahr 2012 erzielte sie trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des verschärften regulatorischen Umfelds einen Konzerngewinn vor Steuern von rund 700 Millionen Euro. Darüber hinaus konnte die BayernLB

Der kürzlich zwischen dem Freistaat Bayern und dem Sparkassenverband geschlossene Anteilseignervertrag vom 17. Juni 2013 schafft Söder zufolge klare Verhältnisse zwischen den Eigentümern der Bayerischen Landesbank und gewährleistet auch in Zukunft eine enge Zusammenarbeit zum Wohle der BayernLB. Mit der Änderung des Landesbankgesetzes zum 1. Juli werde schließlich die Corporate Governance modernisiert und die Bank entpolitisiert.

GELEBTE SUBSIDIARITÄT

Mit Blick auf den europäischen Bankenverband erklärte Bayerns Finanzminister: „Der Freistaat steht für gelebte Subsidiarität, spürbare Eigenverantwortung und solide Finanzen in Europa. Seit 2006 kommt er im allgemeinen Staatshaushalt ohne neue Schulden aus. Im nächsten Schritt soll der Freistaat Bayern bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein.“

Söder machte deutlich, dass Bayern einen europäischen Bundesstaat, eine Vergemeinschaftung von Schulden sowie jedweden Schritt in Richtung einer Transferunion entschieden ablehne. Mit der Politik der restriktiven Rettung nur gegen strikte Auflagen

habe eine Haftungs- und Schuldenunion verhindert werden können.

EUROPÄISCHE SCHULDENBREMSE

Als Meilenstein bezeichnete er die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Etablierung des europäischen Fiskalpaktes – eine zentrale Forderung Bayerns. Mit dem Fiskalpakt sei nach deutschem und vor allem bayerischem Vorbild eine europäische Schuldenbremse für stabile Finanzen in Europa auf den Weg gebracht worden.

WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER MITGLIEDER BERÜCKSICHTIGEN

Der Finanzminister verwies zudem darauf, dass Bayern direkte Bankenhilfen aus dem ESM auch nach der Etablierung einer europäischen Bankenaufsicht nur mittragen werde, wenn die betroffenen Mitgliedstaaten nicht aus der Haftung für ihre notleidenden Banken entlassen werden. Auch müsse in den Aufsichtsgremien der neuen Institution die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Mitgliedstaaten besser durch ihr Stimmgewicht widerspiegelt werden.

Der Freistaat plädiere für eine Bankenaufsicht, die sich allein auf die Kontrolle von systemrelevanten oder grenzüberschreitenden Instituten beschränkt. Solide deutsche Regionalbanken wie Sparkassen und genossenschaftliche Kreditinstitute hätten unter nationaler Aufsicht zu bleiben. Die EZB müsse weiterhin nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank vorrangig der Preisstabilität verpflichtet bleiben.

KEINE VERGEMEINSCHAFTUNG VON SCHULDEN

Ebenso werde der Freistaat anderen Versuchen zur Vergemeinschaftung von Schulden, die in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebracht würden, entgegenzutreten: So lehne man ein europäisches Einlagensicherungssystem, bei dem die deutschen Sparer mit ihren Einlagen für die Schieflage ausländischer Banken haften, und einen europäischen Bankenabwicklungsfonds nach wie vor kategorisch ab. Vielmehr plädiere Bayern für nationale Sicherungssysteme, die aus eigener Kraft der jeweiligen Länder aufgebaut werden. ■

MARKUS FERBER:

Brüsseler Gesetzesvorlagen

Die Komplexität der Finanzstrukturen war Gegenstand des Vortrags von Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Er betonte wie wichtig es war, das Drei-Säulen-Modell „als Einheit wahrnehmbar zu machen – insbesondere, was die Säule der öffentlich-rechtlichen und der genossenschaftlichen Banken betrifft“.

Wie Ferber hervorhob, habe es in der Vergangenheit zwar einen gemeinsamen Markt für Finanzprodukte gegeben, aber keine gemeinsame Aufsicht. Es sei in den letzten Jahren ein „mühsamer Kampf“ gewesen, eine europäische Bankenaufsicht, eine europäische Wertpapieraufsicht und eine europäische Aufsicht für das Versicherungswesen zu schaffen. Um im Bereich der Kapitalausstattung Lösungen zu finden, habe Brüssel den europäischen Rettungsschirm und das Einlagensicherungssystem eingeführt. Basel III, so Ferber, sei eine „Trendwende zu all dem, was in den vergangenen Jahren regulatorisch stattgefunden hat“. Die entscheidende Frage laute nunmehr: „Wie kann man dafür sorgen, dass die Banken ihre Risiken selber besser tragen können, damit nicht sofort der Steuerzahler in die Haftung genommen wird? Das Europäische Parlament habe in seinen Beschlüssen zur Regulierung des Bankensektors dafür gesorgt, „dass nicht diejenigen belastet werden, die in der Krise bewiesen haben, dass sie nicht krisenanfällig sind“; zudem werde Wert auf mittelstands- und kommunalfreundliche Lösungen gelegt.

KOMMUNALKREDITE BLEIBEN FREIGESTELLT

Mit den neuen Basel III-Regeln werden sich Mittelstandskredite sowohl für die sie ausgebenden Banken als auch für die Kreditnehmer nicht verteuern. Kommunalkredite seien weiterhin freigestellt. „Damit ist – was in der derzeitigen Krise fatal wäre – eine Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen verhindert worden.“ Ein weiteres wichtiges Anliegen des Parlaments war es laut Ferber, Gehälter von Bankmanagern stärker zu regulieren. Die Finanzkrise habe auch gezeigt, dass die Aussicht auf hohe Bonuszahlungen für Banker ein Anreiz zu riskantem Handeln sein könne. Als weiteren Erfolg bezeichnete Ferber die Schaffung neuer Audit-Richtlinien. Interne Prüfungssysteme, wie sie bei Sparkassen oder Genossenschaftsbanken vorherrschten, seien aus dieser neuen Richtlinie komplett herausgenommen worden.

Was die aktuellen Verhandlungen in puncto Bankenabwicklung anbelangt, bezeichnete Ferber es als „sehr mutig“, zum jetzigen Zeitpunkt einen zentralisierten EU-Abwicklungsmechanismus vorzuschlagen. Politisch sei es nicht vermittelbar, „dass die letzte Entscheidung über eine Bankenrettung oder -abwicklung bei einer EU-Kommission liegen soll, die damit auch über die Verwendung des Geldes nationaler Steuerzahler befinden würde“.



Markus Ferber.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Mit Blick auf den Verbraucherschutz forderte Markus Ferber, dass bei Finanzprodukten das Verbraucherinteresse im Mittelpunkt stehen müsse und nicht das Vertriebsinteresse. Er kritisierte etwa, dass es eine massive Schieflage durch den Vertrieb von Finanzprodukten mit offenen und versteckten Provisionen gebe. Auch käme es vor, dass Konsumenten weiter durch undurchsichtige Finanzprodukte in die Irre geführt werden – als hätte es nie eine Krise gegeben. Nach den Erfahrungen der Finanzkrise sollte es keine unregulierten Finanzprodukte mehr geben.



DR. IVO HOLZINGER:

Erfolgreiches Engagement

Der Verbandspräsident des Sparkassenverbandes Bayern und Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, Dr. Ivo Holzinger, sprach in seinem Schlusswort von einem „sehr erfolgreichen Sparkassentag in Bad Gögging“. Wichtig sei es, immer wieder zu betonen, dass die Sparkassen im Eigentum der Kommunen stehen. Darauf habe Finanzminister Dr. Markus Söder dankenswerterweise hingewiesen. Lobende Worte fand Holzinger zudem für den Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, der sich stets engagiert und wirksam für die Belange der Sparkassen einsetze.

Die Situation der Sparkassen bezeichnete Holzinger als hervorragend. Wenn es um Kredite für die mittelständische Wirtschaft gehe, engagierten sie sich immens und gingen bis an die Grenze des Möglichen. Dies sei ihre Stärke. Die Anlage des Kunden sei stets bis zum letzten Cent sicher. Die Situation insbesondere der deutschen Sparkassen sei einmalig und dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden, unterstrich Ivo Holzinger. In seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister verwies er darauf, dass die bayerischen Kommunen ganz und gar hinter den Sparkassen stünden. Dieses leistungsfähige Unternehmen mit regionaler Verpflichtung sei von Vorteil auch für die Kommunen. Es gelte, diese Ausgewogenheit auch in Zukunft zu bewahren.

SIEGMUND SCHIMINSKI:

Sparkassen lassen sich nicht vertreiben

Die Region Kelheim passe als Veranstaltungsort sehr gut zum diesjährigen Bayerischen Sparkassentag, erklärte Landesobmann Siegmund Schiminski zu Beginn seiner Rede. „Den Begriff der Befreiungshalle werden wir als Synonym für das eine oder andere zu befreiende Element nutzen können. Mit unserem Präsidenten habe ich im vergangenen Jahr einige Schlachten geschlagen.“

Zusammenfassend könne man sagen, dass das Jahr 2012 für die bayerischen Sparkassen ein erfolgreiches Jahr gewesen sei. Die Sparkassenorganisation sei stolz auf den Erfolg. So konnte laut Schiminski bei den Kundeneinlagen und der Kreditvergabe ein Plus erzielt werden, wobei regionale Unterschiede deutlich sichtbar sind. Im Norden von Bayern sehe die Sparkassenwelt anders aus als im Süden der Metropolregion München. Wichtig sei aber, dass die Sparkassen auch in der jetzigen Niedrigzinsphase nachhaltig für ihre Kunden arbeiten.

MODERATORENROLLE

Nach Meinung von Sparkassenpräsident Fahrenschon sind die Wege der dezentralen Sparkassenorganisation zu lang. Die Gremien und Entscheidungswege des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sollen auf seinen Wunsch hin in Zusammenarbeit mit den SVB-Spitzen aus Bayern neu erarbeitet und ausgerichtet werden.

Der Mannschaft von Dr. Heidingsfelder und Theo Zellner gebühre laut Schiminski großer Dank. Zu Beginn der Verhandlungen seien sie nur Getriebene gewesen. Doch das Ergebnis könne sich sehen lassen. Die bayerische Sparkassenorganisation besitze eine neue BayernLB und sei Eigentümer der Bayerischen Landesbausparkasse LBS. Mit der neuen Eigentümervereinbarung hätten die bayerischen Sparkassen auch Einfluss auf die Geschäftspolitik der BayernLB.

SCHMERZHAFTE ZINSPOLITIK

Gewinner der aktuellen Niedrigzinspolitik seien, so Schiminski, die öffentlichen Haushalte. Zu den Verlierern zählen in erster Linie die Sparer. Sie „tappen“ laut Schiminski in die Realzinsfalle. Aufgrund der Inflation verlieren die Sparguthaben in den nächsten Jahren drastisch an Wert. Durch aktives Management sollten die Erträge der Sparkassen gehalten werden. Gleichzeitig müsse bei vielen Häusern ein Ausgleich von Eigen- und

Kundengeschäft erfolgen. „Die Prognosen sehen nicht gut aus. Die Falle des Zinsänderungsrisikos schlägt zu. Dagegen müssen wir ansetzen“, fügte der Landesobmann hinzu.



Siegmund Schiminski.

WELCHE THEMEN BESCHÄFTIGEN DIE SPARKASSEN DERZEIT?

Themen wie Reglementierung, Bankenunion, MaRisk oder Basel III beschäftigen laut Schiminski die Sparkassen in immer größerem Maß. Die Sparkassen müssten diesen Anforderungen verantwortungsvoll begegnen, sollten aber den Kunden dabei nicht aus den Augen verlieren. Aus dem Beispiel Schleswig-Holstein sollten die Institute lernen und den Finger rechtzeitig in die Wunde legen. Aus den Sicherungseinrichtungen heraus sei, so Schiminski, viel Geld eingebracht worden, um das gesamte Sparkassensystem nicht zu beschädigen. Dies sei ein Beispiel der Solidargemeinschaft zwischen den Sparkassen und den Verbundpartnern.

Durch ihre langjährige Geschichte hätten die Sparkassen auch eine Verpflichtung der Region gegenüber. Das Primärgeschäft sei „Markt & Kunde“. Die Sparkassen sind laut

Marktforschungsergebnissen für nahezu 90 Prozent der Menschen in Deutschland Vertrauensgeber. „Mit Menschen machen wir Geschäfte, nicht mit Institutionen. Wir müssen für unsere Kunden Problemlösungen aufzeigen und nicht nur ein Produkt verkaufen und in vielen Bereichen wieder lernen, mit Begeisterung zu überzeugen“, fügte der Landesobmann hinzu. Die Sparkassen seien gezwungen, ihr Geschäftsstellennetz unter Kostengesichtspunkten weiter zu überprüfen und auch die virtuelle Welt von Smartphones und Tablet-PCs zu forcieren. Sie müssten Vertrauens- und Beraterbank und nicht eine Produktbank werden.

ABSCHIED DES LANDESOBMANNS

Schiminski dankte allen Unterstützern und den konstruktiven Kritikern. Nach 49 Dienstjahren, davon 28 Jahre Vorstandsvorsitzender, zehn Jahre Bezirksobmann der oberfränkischen Sparkassen und vier Jahre Landesobmann der bayerischen Sparkassen, verabschiedete sich Schiminski zum 31. August in den Ruhestand. Zum Abschluss versprühte er eine kräftige Brise Optimismus: „Um die Zukunft der Sparkassen ist mir nicht bange. Sie sind moderne Kreditinstitute – von Menschen – für Menschen. Wir verkörpern Solidarität, Vertrauen und Transparenz. Dies wird uns auch künftig von anderen Finanzdienstleistern abheben.“

Strohmaier neuer Landesobmann

Mit Wirkung zum 1. September 2013 wurde der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Niederbayern-Mitte, Walter Strohmaier (48), Nachfolger von Siegmund Schiminski in der Funktion des Landesobmanns der bayerischen Sparkassen. Einen entsprechenden Beschluss hatten die Bezirksobmänner der bayerischen Sparkassen einstimmig gefasst. Für die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern wirkt Strohmaier außerdem als Mitglied im Verbandsverwaltungsrat und weiteren Gremien, wie z. B. als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der BayernLB und als Mitglied in den Verwaltungsräten der Versicherungskammer Bayern und der LBS Bayern.

HUBERT FALTERMEIER:

Stolzes Bekenntnis

Dass der Landkreis Kelheim bereits in der Vergangenheit eine übergeordnete Rolle gespielt hat, darauf verwies Landrat Hubert Faltermeier in seiner launigen Begrüßungsrede. Im 12. und 13. Jahrhundert sei Kelheim Sitz der Wittelsbacher und damit auch Landeshauptstadt von Bayern gewesen. Die Rauten im Schildhaupt betonten die Tatsache, dass der Kelsgau mit den Wittelsbachern seit dem frühen 11. Jahrhundert verknüpft und Kelheim zeitweilig Residenzort gewesen ist. Herzog Ludwig I. führte davon seinen Beinamen „der Kelheimer“.

Dass der „wichtigste Rohstoff für alle Bayern“ aus dem Landkreis Kelheim kommt, sei ebenso wenig von der Hand zu weisen, so Faltermeier: Ohne den Hallertauer Hopfen gäbe es schließlich keine einzige Maß Bier. Auch betonte der Landkreischef schmunzelnd,

dass Politik weder in München, Berlin oder Brüssel gemacht werde. „Fakt ist, dass die wirklich wichtigen Weisheiten auf dem Gilla-moos in Abensberg verkündet werden.“

„Und was ist schon das Münchner Oktoberfest mit seiner nur 200-jährigen Tradition“,



Hubert Faltermeier.

fuhr der Landkreischef fort, „gegen das Gilla-moos, das heuer bereits sein 700-jähriges Bestehen gefeiert hat?“

WAHL IM VERBANDSVERWALTUNGSRAT:

Dr. Ulrich Netzer wird nächster Präsident

Der Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern hat die Nachfolge von Präsident Theo Zellner geregelt, dessen Amtszeit am 30. April 2014 endet. Als neuer Präsident wird zum 1. Mai 2014 Dr. Ulrich Netzer, derzeit Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu), den Vorsitz im Vorstand des Sparkassenverbands Bayern übernehmen.

Vor seiner ersten Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Kempten im Jahr 1996 arbeitete der promovierte Jurist seit 1983 in verschiedenen Bereichen der Finanzverwaltung



und absolvierte eine Zusatzausbildung an der Bundesfinanzakademie. Ab 1986 leitete er das Präsidialbüro der Oberfinanzdirektion in München und war dort persönlicher Referent sowie Pressereferent. 1993 wechselte er an das Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern nach Schwerin als Leiter des Ministerbüros.

Finanzpolitische, steuerliche und betriebswirtschaftliche Inhalte prägen Netzers Berufslaufbahn. Als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Allgäu, langjähriges Mitglied des Verbandsverwaltungsrats des Sparkassenverbands Bayern (seit 1. Mai 2002) und Mitglied des Sparkassenbeirats der Bayerischen Sparkassenstiftung ist Dr. Netzer bereits heute

intensiv in die Entscheidungen der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern eingebunden.

Der amtierende Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Theo Zellner, kommentierte das Wahlergebnis wie folgt: „Mit Dr. Netzer wird ein ausgewiesener Finanzfachmann mit hervorragender regionalpolitischer Erfahrung die Aufgabe übernehmen, die dann 71 kommunal verankerten bayerischen Sparkassen zu fördern und innerhalb wie außerhalb des Verbunds der Sparkassen-Finanzgruppe zu vertreten.“

GEBORENE PARTNER FÜR LANDKREISE, STÄDTE UND GEMEINDEN

Faltermeier legte im Anschluss ein klares Bekenntnis zu den bayerischen Sparkassen ab: „Wenn es die bayerischen Sparkassen nicht gäbe, müssten sie erfunden werden. Sie sind auch für uns Kommunalpolitiker die geborenen regionalen Partner“, stellte der Landrat fest. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Landkreis und Kreissparkasse sei sehr eng und funktioniere hervorragend – so geschehen beim Thema Konversion.

KOMMUNEN SETZEN AUF REGIONALITÄT

Auch werde gerade ein Windpark im Painter Forst entwickelt. Bei der Finanzierung setzen die sieben an den Windpark angrenzenden Gemeinden auf „Regionalität“. Die Bürger sollen direkt als Kommanditisten oder über eine Bürger-Energiegenossenschaft die Möglichkeit der Beteiligung erhalten. Die Sparkasse Kelheim und die Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal werden den Hauptanteil der Finanzierung übernehmen.

Faltermeier zitierte abschließend die Süddeutsche Zeitung, die auf folgenden Umstand aufmerksam machte: „Wenn auf dem Land eine wichtige Entscheidung ansteht, sind in der Regel drei Instanzen gefragt – der Herrgott, der Landrat und der Vorstandschef der Kreissparkasse.“ Dem pflichtete Faltermeier aus ganzem Herzen bei: „Ja, mit Gottes Hilfe geben wir Kommunalpolitiker und die Sparkassen das Beste für unser Land.“

DR. EDGAR ZOLLER:

BayernLB – zuverlässiger Partner der Sparkassen und Kommunen

Zum bayerischen Sparkassentag 2012 hat der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Gerd Häusler, den baldigen Abschluss des Beihilfeverfahrens der EU-Kommission in Aussicht stellen können und die wichtigsten Eckpfeiler des kundenfokussierten Geschäftsmodells der „neuen“ BayernLB aufgezeigt. Zwölf Monate später, zum bayerischen Sparkassentag Ende Juni 2013, konnte Dr. Edgar Zoller, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB, bereits von ersten Erfolgen berichten.

Im Jahresabschluss 2012 hat die BayernLB mit 676 Mio. Euro das beste Ergebnis aller Landesbanken ausgewiesen. Und im Halbjahr 2013 setzt sich dieser positive Trend mit einem Ergebnis von 719 Mio. Euro fort. Für das Gesamtjahr 2013 wird ebenfalls ein positives Ergebnis erwartet. Dies zeigt: die Neuausrichtung der BayernLB greift, die BayernLB ist auf gutem Wege.

ZENTRALE MEILENSTEINE

Mehrere zentrale Meilensteine sind bereits erreicht. Die Bayerische Landesbausparkasse ist gemäß EU-Auflagen an die bayerischen Sparkassen übertragen worden. Neben weiteren Beteiligungen wurde auch die Mehrheitsbeteiligung an der GBW AG unter Berücksichtigung einer umfangreichen Sozialcharta zum Mieterschutz in einem diskriminierungsfreien Bietverfahren veräußert.

Mit Blick auf die gute Entwicklung darf aber auch nicht übersehen werden, dass etwa die anhaltende Niedrigzinsphase oder die wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen die Finanzdienstleistungsbranche und damit auch die BayernLB vor neue Herausforderungen stellen. Der gleichzeitig zunehmende Wettbewerb macht hier neben intelligenten und marktgerechten Produkten auch effiziente Strukturen und ein effektives Kostenmanagement notwendig.

AN SCHLAGKRAFT UND FLEXIBILITÄT GEWONNEN

„Mit der Neuausrichtung hat die BayernLB in ihren Kernmärkten an Schlagkraft und Flexibilität gewonnen,“ so Zoller. Diese Flexibilität hat die Bank auch bei der Hochwasserkatastrophe unter Beweis gestellt. Spontan

hat die BayernLB eine Spendenanleihe „Gemeinsam Helfen“ aufgelegt, die die Sternstunden-Sonderaktion „Hochwasserhilfe Bayern“ mit einem Spendenbeitrag unterstützt.



Dr. Edgar Zoller.

Durch dieses Produktangebot konnte die BayernLB zusammen mit den Sparkassen einen sozialen Beitrag leisten.

KLARER BEZUG ZUM KERNMARKT

Die BayernLB sei sich ihrer Aufgabe und Verantwortung bewusst. Die Geschäftstätigkeit habe nun einen klaren Bezug zum Kernmarkt Bayern und Deutschland. Die konsequente Kunden- und Vertriebsorientierung steht dabei im Vordergrund. Dazu passt das ganzheitliche Betreuungsmodell der BayernLB im Sparkassen- und Kommunalgeschäft. Jede bayerische Sparkasse wird von einem Vorstand und einem Regionaldirektor individuell betreut. Für die Betreuung der bayerischen Kommunkunden wurde eine eigene Vertriebsdirektion installiert.

Zoller betonte, das Sparkassen- und Kommunalgeschäft sei auch künftig eine tragende

Säule des Geschäftsmodells der BayernLB. Das Modell der präferierten Partnerschaft mit den bayerischen Sparkassen habe sich bewährt. Die historisch gewachsene, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Sparkassen zeige sich auch im Kommunalgeschäft. BayernLB und bayerische Sparkassen entwickeln hier im engen Schulterschluss zielgerichtete Produktlösungen für die Kunden. Erklärtes Ziel ist es, diese bewährte Zusammenarbeit weiter zu intensivieren.

BEDARFSORIENTIERTE PRODUKTE

Die BayernLB übernimmt mit dem breiten Angebot von spezialisierten und bedarfsorientierten Produkten – von öffentlichen Förderkrediten über Kommunalkredite und die Kommunale Verschuldungsdiagnose bis hin zu PPP-Modellen – eine wichtige Funktion für Sparkassen und Kommunen. Innovative Produktlösungen der BayernLB wie die S-Unternehmensplattform und der S-Plafond unterstreichen die Kompetenz und das Know-how der S-Finanzgruppe.

ERFAHRUNG UND KNOW-HOW

Die BayernLB arbeitet stetig an der Optimierung bestehender und der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen mit hoher Nutzenstiftung für Sparkassen und deren Kunden. Gerade auch im Segment „Erneuerbare Energien“ hat die BayernLB zusammen mit der Konzerntochter DKB viel Erfahrung und notwendiges Know-how aufgebaut, um etwa Geothermie- oder Windkraftprojekte u. a. kompetent zu begleiten.

Erfreulich ist laut Zoller, dass die Verbesserungen im Produkt- und Dienstleistungsangebot auch ankommen. Die BayernLB führt regelmäßig eine umfassende Befragung der Sparkassen durch. Die aktuelle Umfrage zeige eine hohe Zufriedenheit der Sparkassen mit der BayernLB. Dieses gute Ergebnis sei für die BayernLB Motivation und Ansporn, die Qualität in Produkt und Service weiter auszubauen.

DR. FRANK WALTHERS:

Fokus auf Nachhaltigkeit und Profitabilität

Der Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB) ist bundesweit der größte Öffentliche Versicherer und gehört zu den zehn größten Erstversicherern in Deutschland. Im Geschäftsjahr 2012 hat sich der Konzern VKB laut Vorstandsvorsitzendem Dr. Frank Walthes unter schwierigen Rahmenbedingungen gut behauptet und seine positive Entwicklung fortgesetzt.

Der Konzern VKB setzt weiterhin auf Nachhaltigkeit und Profitabilität. Das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft stieg um 3,4 Prozent auf 6,80 Milliarden Euro (2011: 6,58 Milliarden Euro) und liegt damit 1,1 Prozentpunkte über dem Markt. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre kann der Konzern VKB auf ein Wachstum von 3,1 Prozent p.a. (aktualisiert auf die Jahre 2008-2012) verweisen und liegt damit deutlich vor dem Markt (2,6 Prozent).

Die Beitragseinnahmen in der Sparte Krankenversicherung stiegen um 1,5 Prozent auf 2,16 (2,13) Milliarden Euro. Die Schaden- und Unfallversicherung erzielte ein Plus von 2,3 Prozent auf 2,01 (1,97) Milliarden Euro. Die Lebensversicherer verzeichneten ein starkes Beitragswachstum um 5,8 Prozent auf 2,62 (2,48) Milliarden Euro.

LEBENSVERSICHERUNG UNVERZICHTBAR

„Für die Altersvorsorge bleibt die Lebensversicherung unverzichtbar“, machte Walthes deutlich. Vor dem Hintergrund der sinkenden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sei die Lebensversicherung aufgrund ihrer Kernkompetenzen wie der Absicherung des Todesfalls, der Berufsunfähigkeit sowie der lebenslangen Rentenzahlungen einzigartig. Die Vorteile der kapitalgedeckten Finanzierung bildeten auch die Grundlage für den weiteren Erfolg der privaten Krankenversicherung und damit des dualen Gesundheitssystems.

Die derzeit diskutierte Bürgerversicherung bezeichnete der Vorstandsvorsitzende als den „falschen Weg“. Die Folgen wären Mehrbelastungen für Versicherte und Arbeitgeber durch höhere Steuern und höhere Beiträge. Durch den fehlenden Wettbewerb wären mittelfristig auch starke Einschnitte bei den Leistungen zu erwarten.

Der Kapitalanlagenbestand wuchs um 5,0 Prozent auf 40,51 (38,58) Milliarden Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich auf 1,70 (1,50) Milliarden Euro. Bezogen auf den Gesamtbestand belief sich die Nettoverzinsung auf 4,4 Prozent. Das Konzernergebnis vor Steuern erhöhte sich um 8,2



Dr. Frank Walthes.

Prozent auf 230,6 (213,2) Millionen Euro. Der Konzernjahresüberschuss lag bei 132,3 (91,4) Millionen Euro.

VERSICHERER DER REGIONEN

Basis für das ertragreiche Wachstum im Konzern VKB sind insbesondere das Geschäftsmodell des „Versicherers der Regionen“, der regional ausgerichtete Vertriebswege-Mix mit seiner hohen Beratungsqualität und Kundenorientierung sowie das ausgewogene Beitragsportfolio, das für Sicherheit und Stabilität steht.

Walthes zufolge konnten die elf Kerngesellschaften des Konzerns VKB ihr Rating durch die internationale Ratingagentur Standard & Poor's von „A“ auf „A+“ verbessern. Neben der seit Jahren anhaltenden sehr starken Wettbewerbsposition und der guten Kapitalausstattung sei insbesondere die nachhaltig gestiegene Ertragskraft ausschlaggebend für die Höherstufung gewesen. Diese bestätige, dass die Versicherungskammer Bayern aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer Finanzausstattung auch für schwierige Kapitalmarktzeiten sehr gut für künftige Entwicklungen gerüstet ist.

PRÄVENTION

In der Schaden- und Unfallversicherung legt der Konzern VKB großen Wert auf Prävention. Mit zahlreichen Konzepten werden Hausbesitzer, Vermieter und Mieter angesprochen. Die Prävention richtet sich auch an Kommunen: Vermeidung von Leitungswasserschäden, Schäden in Schulen, Kindergärten, Sporthallen usw. Es gibt Unwetterwarnungen über das System „WIND“ und Katastrophenwarnungen über „KatWarn“.

Vor dem Hintergrund, dass nur rund jedes 20. Haus in Bayern gegen Naturgefahren versichert ist, bietet die Versicherungskammer Bayern eine neue Wohngebäudeversicherung mit KlimaKasko an – eine Rundum-Versicherung für Wohngebäude. Sie greift bei Schäden durch Feuer, Leitungswasser, Sturm und Hagel sowie weiteren Elementargefahren wie Starkregen, Schneedruck und vieles mehr und beinhaltet so einen Versicherungsschutz für „alle Wetter“.

Die Versicherungskammer Bayern ist zudem starker Partner der erfolgreichen Kampagne „Voraus denken – elementar versichern“, initiiert von der Bayerischen Staatsregierung. Ziel ist es, die Bürger per Anzeigen, Flyer und Poster über Risiken aus Elementargefahren und Starkregen zu informieren sowie die Verbreitung der Elementarversicherung zu fördern.

2012 war auch das Jahr eines neuen Markenauftritts. Herzstück ist der neue Claim „Ein Stück Sicherheit“. Walthes zufolge steht die Versicherungskammer Bayern als Regionalversicherer für gelebte Kundennähe. Mit dem neuen Auftritt emotionalisiere das Unternehmen seine Marke und differenziere sich noch stärker vom Wettbewerb. Die Versicherungskammer Bayern verstehe sich als Lebensbegleiter und gebe ihren Kunden das nötige Stück Sicherheit, damit sie ihr Leben unbeschwert genießen können.

DR. FRANZ WIRNHIER:

Starke Marke

Angesichts einer hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien und historisch niedriger Zinsen hält das große Interesse am Bausparen an. Die LBS Bayern hat nach Angaben von Dr. Franz Wirnhier, Vorsitzender des Vorstands, in ihrem Neugeschäft 2012 mit einer Bausparsumme von 8,42 Milliarden Euro (plus 1,6 Prozent) zum dritten Mal in Folge ein Rekordergebnis erreicht.

268.718 neue Bausparverträge wurden vermittelt und knapp 115.000 Neukunden gewonnen, die bislang noch keinen LBS-Bausparvertrag hatten. Darunter waren mehr als 50.000 Verträge mit dem Juniorbonus „Nase vorn“ für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren – 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Knapp 100.000 Verträge wurden mit Kunden bis zu einem Alter von 25 Jahren abgeschlossen, was einem Plus von 6,9 Prozent entspricht.

ENTLASTET VON PENSIONSVERPFLICHTUNGEN

Das Betriebsergebnis vor Risikoversorge ist 2012 um 3,9 Millionen auf 73,9 Millionen Euro gestiegen und ganz wesentlich durch einen Einmaleffekt beeinflusst: Weil die in Pension befindlichen früheren Mitarbeiter der LBS bei der BayernLB verblieben sind, wurde die LBS in erheblichem Umfang von Pensionsverpflichtungen entlastet. Im laufenden Jahr rechnet die LBS Bayern wegen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus mit einem Betriebsergebnis von etwa 54 Millionen Euro.

Beim Zinsüberschuss wurde 2012 insgesamt ein Zuwachs um 4,9 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr erzielt. Die gesunkene Durchschnittsverzinsung der Bauspardarlehen konnte durch Volumenzuwächse bei den außerkollektiven Krediten und den Geldanlagen weitgehend kompensiert werden.

Erheblich zu den hohen Zuwachsraten im Neugeschäft trugen im vergangenen Jahr die bayerischen Sparkassen bei. Die Zahl der durch sie vermittelten Bausparverträge stieg um 9,5 Prozent auf rund 237.000. Die Bausparsumme wuchs um 2,2 Prozent auf 7,1 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Neugeschäftsanteil von 84 Prozent.

SELBSTSTÄNDIGES UNTERNEHMEN

Nach der Herauslösung aus der BayernLB zum Jahreswechsel ist die LBS Bayern nunmehr als selbstständiges Unternehmen der

bayerischen Sparkassen aktiv. Wie Wirnhier darlegte, „erweist sich unser Geschäftsmodell selbst in dem derzeit extremen Zinsumfeld als stabil. Und wir setzen auf weiteres Wachs-



Dr. Franz Wirnhier.

„Mit diesen Optimierungen wird das Modell Wohn-Riester, das bei einer Immobilien-

Als hundertprozentige Tochter der bayerischen Sparkassen sei die LBS Bayern mit ihrem Hauptvertriebspartner noch enger verbunden. Wichtigstes Wachstumsfeld sei das Finanzierungsgeschäft, das Umfeld hierfür derzeit ideal. Die Wohnimmobilie sei die Nummer eins bei Selbstnutzern und Kapitalanlegern.

Spürbare Impulse für das Geschäft erwartet sich die LBS Bayern darüber hinaus auch von den Neuerungen des Altersvorsorge-Verbesserungsgesetzes. Unter anderem können ab 2014 Riester-Guthaben auch für alters- und behindertengerechte Umbaumaßnahmen eingesetzt werden.

„Mit diesen Optimierungen wird das Modell Wohn-Riester, das bei einer Immobilien-

SOZIALBILANZ:

Verlässliches Engagement für das Gemeinwohl

Im Jahr 2012 haben die bayerischen Sparkassen und ihr Verband insgesamt knapp 62 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt. Diese hohe Fördersumme ist Ausdruck der Verantwortung der Sparkassen gegenüber der Gesellschaft und den Regionen, für die sie arbeiten. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausschüttungen und sonstige Förderbeiträge enthalten.

Die 108 bayerischen Sparkassenstiftungen verfügen insgesamt über ein Kapital von 254,3 Millionen Euro. Sie fördern damit in erster Linie vor Ort kulturelle, soziale, Breitensportliche und umweltbezogene Vorhaben. Ein bayernweites Beispiel ist „Kleine Entdecker – Bildung für alle“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen. Damit werden Freude und Interesse an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik schon bei Kindergartenkindern geweckt. 2012 haben sich an bisher neun Standorten in Bayern schon viele Kinder mit altersgerechten Experimenten ins naturwissenschaftliche Abenteuer gestürzt. Mehr als 30.000 Euro trug die Bayerische Sparkassenstiftung für das erste Jahr dazu bei.

Aus dem Reinertrag des PS-Sparens und Gewinns der bayerischen Sparkassen konnten durch Co-Finanzierung von Sparkassenverband Bayern und den Sparkassen vor Ort zudem sechs neue Musikklassen entstehen.

Ein weiteres regionales Beispiel ist die Unterstützung eines neuartigen außerschulischen Lernorts der Initiative Junge Forscherinnen und Forscher e.V. (IJF) auf dem Campus Hubland Nord in Würzburg.

finanzierung Vorteile von mehreren zehntausend Euro bringt, noch attraktiver“, betonte Wirnhier. Die Stärken des Konzepts würden in der Öffentlichkeit leider immer noch deutlich unterschätzt – obwohl Stiftung Warentest gerade dem Wohn-Riester als Turbo der Eigenheimfinanzierung ständig Bestnoten erteile. Zum Jahresende 2012 hatte die LBS Bayern rund 112.000 Wohn-Riester-Verträge mit einer Bausparsumme von 4,9 Milliarden Euro im Bestand.



IDEEN- UND INNOVATIONSMANAGEMENT:

Bayerische Siegerideen

Regelmäßig werden innerhalb der Sparkassenfamilie erfinderische Köpfe geehrt. Dabei handelt es sich, wie Sparkassenpräsident Theo Zellner bei der Preisverleihung im Rahmen des Sparkassentages hervorhob, um eine Art „organisiertes Querdenken“ – nämlich dem Ideen- und Innovationsmanagement der Sparkassen-Finanzgruppe.

Hieraus ehrte Zellner drei „bayerische Siegerideen“. Neben einer Urkunde erhielten die Gewinner aus seinen Händen ein zum Anlass passendes Geschenk: Ein Eulenrelief,

das in altägyptischer Tradition bildhauerisch gearbeitet ist. Schließlich galt die Eule bereits in der Antike als Sinnbild der Weisheit. Der erste Preis ging für das „Sparkassen-

buch 2.0“ an die Sparkasse Nürnberg. Aus dem „bekanntesten roten Buch Deutschlands“ soll ein modernes, internetfähiges Sparkonto mit Fotobuch-Charakter entstehen. „Eine tolle Sache, dieser optische und technische Relaunch des Sparbuchs, das in den Sparkassen vom Neugeborenen bis zum Rentner immer noch sehr beliebt ist“, urteilte Zellner.

INTERNET-SPARBUCH NACHLASS-SERVICE CHANCENTEAM

Den zweiten Platz errang die Stadtsparkasse München für den „Sparkassenumzugsservice Nachlass“, eine „sehr gute Prozessidee zum Demografiagedanken“. Konkret geht es darum, dass Sparkassen gegenseitig dafür Sorge tragen, dass Gelder, die durch einen Erbfall freiwerden, weiterhin in der Organisation angelegt bleiben.

Über einen dritten Platz durfte sich schließlich die Sparkasse Bamberg freuen. Sie hat ein sogenanntes „Chancenteam“ gegründet. Dabei handelt es sich um einen kleinen, kreativen Arbeitskreis, der regelmäßig sogenannte Chancenreports erstellt. Das Wesentliche daran ist die Herangehensweise, „denn die Reports fokussieren nicht negativ auf Risiken, sondern positiv auf Chancen – und davon gibt es reichlich in unserer Organisation“, betonte Theo Zellner.



Die bayerischen Sparkassen machen durch ihr gemeinnütziges Engagement deutlich, dass Soziale Marktwirtschaft nicht allein Staatsaufgabe ist, sondern auch wohlverstandene Bürgerpflicht. Heuer unterstützten sie mit einer Spende in Höhe von 15.000 Euro ein wichtiges medizinisches Förderprojekt in der Notfall- und Intensivmedizin. Unser Bild zeigt (v. l.) den 1. Vorsitzenden des Fördervereins der Goldberg-Klinik, Carl Fehrl, sowie Chefarzt Dr. Norbert Kutz und die Geschäftsführerin der Goldberg-Klinik, Dagmar Reich, gemeinsam mit SVB-Präsident Theo Zellner.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Sparkassenverband Bayern, BayernLB

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Tel.: 08171 / 9307-11, -12, -13, Fax: 08171 / 805 14

www.gemeindezeitung.de · info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Impulse pro Kanalbau



Forderungskatalog

zur nachhaltigen Sicherung
der Kanalisation in Deutschland



Impulse pro Kanalbau

www.impulse-pro-kanalbau.de

Grußwort zur Neuauflage der „Impulse pro Kanalbau“	4
Einleitung	5
Grundsätzliche Anforderungen an eine nachhaltige Bauweise der Kanalisation	6
Inspektionsbedarf und gegenwärtiger Zustand der Kanalisation	7
Nachhaltigkeitskriterium Ökologie: Wasser – ein gesetzlich zu schützendes Gut	9
Nachhaltigkeitskriterium Ökonomie: Werterhalt durch Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen ist Voraussetzung für Wirtschaftlichkeit	11
Nachhaltigkeitskriterium Soziales : Schutz für die Umwelt – Chance für die Menschen	12
Impulse pro Kanalbau – die Forderungen auf einen Blick	14



Grußwort zur Neuauflage der „Impulse pro Kanalbau“



Dr. Peter Ramsauer, MdB
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dem Baubereich misst die Bundesregierung in ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zentrale Bedeutung zu. Und dies aus guten Gründen. Schließlich sind dem Bau und Betrieb von Gebäuden ein Drittel des Ressourcen- und Energieverbrauchs in Deutschland zuzurechnen. Nachhaltiges Bauen und die nachhaltige Bewirtschaftung der gebauten Infrastruktur müssen zudem praktisch handhabbar und messbar sein. Bauten der öffentlichen Hand haben gerade auch in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion inne.

Das Nachhaltigkeitsgebot gilt gerade auch für den Umgang mit dem kostbaren Lebensgut Wasser. Ein funktionierendes und in jeder Hinsicht qualitativ hochwertiges Kanalnetz spielt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle. Denn es ist ein wichtiger Garant für die Hygiene und Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger sowie für eine intakte Umwelt. Gerade in diesem zentralen Bereich der kommunalen Infrastruktur stehen erhebliche Instandhaltungsaufgaben an. Die Erneuerung und Instandhaltung unseres Kanalnetzes muss mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Ich begrüße es, dass die Aktionsgemeinschaft „Impulse pro Kanalbau“ diese umfassende Aufgabe aufgreift und bei Fachleuten aus Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern das notwendige Bewusstsein für eine hochwertige Abwasserinfrastruktur schafft.

Peter Ramsauer

Dr. Peter Ramsauer, MdB
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Funktionierende Kanalisation – ein Segen für die Menschheit

Der bewusste Umgang mit Abwässern und eine systematische Einführung von Kanalisationen und Abwasser-Klärungen hat in den letzten 150 Jahren in Deutschland zu sehr guten hygienischen Lebens- und Arbeitsbedingungen beigetragen. Die öffentliche Kanalisation darf heute mit gutem Recht als wahrer Schatz unter der Erde bezeichnet werden, immerhin kann ihr Wert auf annähernd 700 Milliarden Euro geschätzt werden. Doch diese Kanalisation ist nun in die Jahre gekommen. Nachhaltige Sanierungskonzepte sind gefragt, um die Kanalisation und damit den hohen Hygienestandard in Deutschland zu erhalten.

Hygiene und Kanalnetz hängen unmittelbar zusammen

Nur durch eine funktionierende Hygiene können Krankheiten, die durch verunreinigtes Wasser bedingt sind, eingedämmt werden. Noch vor 150 Jahren waren Krankheiten wie Typhus oder Cholera eine Geißel der Bevölkerung in Deutschland und konnten sich durch verseuchtes Wasser rasant ausbreiten. Bis ins späte 19. Jahrhundert verursachten diese Krankheitserreger hohe Sterblichkeitsraten. Mit der Entwicklung des Abwassersystems und Anschlüssen der Grundstücke an die Kanalisation sank diese Rate drastisch. Seit fast 100 Jahren kam es zu keinen großen Epidemien mehr. [5;20;21;22]

Warum wird das Thema Hygiene heute wieder brisant?

Heute besteht ein Anschlussgrad von durchschnittlich 96 % an die öffentliche Kanalisation, doch das Thema Hygiene wird wieder aktuell. Laut einer Befragung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) sind 15 % der Kanalisation über 75 Jahre und 6 % über 100 Jahre alt. Die Folge können zunehmend Schäden und Undichtigkeiten sowie Probleme bei Starkregen sein. [6;13]

Schäden am Kanalsystem eine Gefahr für die Umwelt und den Menschen

Die Einbauqualität und das Alter der Kanalisation spielen eine erhebliche Rolle. Je älter ein Kanal, desto höher die Gefahr von Verschleiß und Korrosion. Aber auch der Einwuchs von Wurzeln in Kanalsysteme kann Schäden verursachen, zudem können Ablagerungen zum Rückstau im Kanal führen. Folgen von schadhafte Kanälen können beispielsweise Exfiltrationen sein, das heißt Abwasser aus

undichten oder gebrochenen Stellen dringt in Boden und Grundwasser ein. Der direkte Kontakt von Grundwasser mit ungereinigtem Abwasser stellt eine Gefährdung des Grundwassers und der Versorgung mit Trinkwasser dar. Durch Infiltration gelangen Grundwasser und anderes Fremdwasser in die Abwasserkanäle. Dadurch werden einerseits die Kläranlagen überproportional belastet, andererseits führt dies im Falle von Starkregenereignissen bei Mischwasserkanälen mit Überlaufsystemen dazu, dass Abwasser ungereinigt in die Umwelt gelangt. [3;10]

Nachhaltigkeit als Verpflichtung im Bausektor

In der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung spielt der Baubereich eine zentrale Rolle. Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, betont in seinem Vorwort zum Leitfaden Nachhaltiges Bauen: „Öffentliche Bauten haben hier eine Vorbildfunktion.“ [3]

Was hat Nachhaltigkeit mit der Kanalisation in Deutschland zu tun?

Die Abwasserbeseitigung stellt eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand, explizit der Städte und Gemeinden dar. Gleichzeitig hat die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit von Bausubstanz – und dazu muss selbstverständlich auch die Kanalisation gezählt werden – Einzug gehalten in nationale Vorgaben, die den Markteintritt regeln. Beispielsweise beinhaltet die Bauprodukten-Verordnung in Nachfolge der bisherigen Bauprodukten-Richtlinie ab Juli 2013, dass Aspekte der Nachhaltigkeit umgesetzt werden müssen. [16;22;28]

Nachhaltigkeit = Ökologie, Ökonomie + soziale Aspekte

Nachhaltigkeit stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Ökologische Aspekte berücksichtigen dabei den Schutz der Umwelt und damit des Menschen. Dies wird für die Abwasserwirtschaft durch klare rechtliche Vorgaben, etwa durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie oder das Wasserhaushaltsgesetz, geregelt. Wirtschaftlichkeit als wesentlicher Bestandteil der Nachhaltigkeit spielt insbesondere bei kostenintensiven und auf Langlebigkeit ausgerichteten Anlagewerten, wie sie die Kanalisation darstellt, eine erhebliche Rolle. Soziale Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit bedeuten sowohl zum Beispiel das Angebot von sicheren Arbeitsplätzen und akzeptablen Arbeitsbedingungen, als auch den Schutz nachfolgender Generationen vor Umwelt- und wirtschaftlichen Schäden.

Impulse pro Kanalbau – konstruktive Argumentationshilfe für die öffentliche Hand

Die Aktionsgemeinschaft Impulse pro Kanalbau setzt sich konstruktiv mit gesetzlichen Anforderungen an die Kanalisation und weitergehend mit Umsetzungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand auseinander. Mit empirisch belegten Argumenten wird die zum Teil als dramatisch zu beurteilende Situation der Kanalnetze in Deutschland aufgezeigt. Gleichzeitig werden Forderungen an die Politik gestellt, die als zielführend für die Umwelt, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft betrachtet werden.

Grundsätzliche Anforderungen an eine nachhaltige Bauweise der Kanalisation

Bei einer nachhaltigen Planung sollte zukünftig der gesamte Lebenszyklus von der Planung über die Herstellung und Nutzung bis zur Entsorgung betrachtet werden. Dabei sollten die einzelnen Lebensphasen auf unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigkeit analysiert und in ihrem Zusammenwirken optimiert werden. Ziel sollte es sein, eine hohe Qualität der Kanalisation mit möglichst geringen Aufwendungen und Umweltwirkungen bei hoher Nutzungsqualität zu erreichen und langfristig aufrecht zu erhalten.

Insbesondere die Dauerhaftigkeit von Baustoffen und Bauteilen bedingt deren Lebensdauer. Eine hohe Dauerhaftigkeit reduziert zudem den Unterhaltungs- und Erneuerungsaufwand. Bei allen Materialien und Bauteilen, die eine Lebensdauer aufweisen können, die geringer als der Betrachtungszeitraum des Gesamtbauwerkes ist, sind Aufwendungen und Wirkungen einer Instandsetzung und vorzeitigen Erneuerung zu berücksichtigen. Dies betrifft vor allem Anlagentechnik und Oberflächenvergütungen.

Durch einen integralen Planungsansatz für Baumaßnahmen bei Erneuerung oder bei Bestandsrenovierung bzw. -reparatur ist unter Berücksichtigung der Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen der Kanalisation eine angemessen lange Nutzungsdauer anzustreben. Dies sollte auch für die Kanalisation gelten. [4]

Monitoring als Voraussetzung der Nachhaltigkeitsbestimmung

Durch ständige Leistungs- und Verbrauchskontrollen beziehungsweise Unterrichtung und Aufklärung der Betreiber und Nutzer über die Wirkungszusammenhänge der Nachhaltigkeit sowie turnusmäßig wiederkehrende Betriebs- und Nutzungsdatenanalysen lassen sich die Kosten und Umweltwirkungen in der Nutzungsphase der Kanalnetze senken. Diese Verpflichtung zur Überwachung ist explizit in § 61 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) geregelt. Hierzu sollten bereits in der Planung die messtechnischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Planungsphase		Realisierungsphase				Nutzungsphase	Rückbauphase		
Projektentwicklung	Planung	Rohstoffgewinnung/ Herstellung	Transport	Errichtung	Inbetriebnahme	Betreiben	Rückbauplanung	Rückbau	Verwertung/Entsorgung
						Bewirtschaftung/Verwaltung			
						Instandhaltung/Renovierung/ Erneuerung			
						Teiltrückbau			

Abb. 1: Lebenszyklus bei nachhaltiger Betrachtungsweise [4]

Unsere Forderung:

Betrachtung der drei Aspekte der Nachhaltigkeit nicht nur im Hochbau, sondern auch bei der Kanalisation angesichts der hohen öffentlichen Anlagewerte: Ökologie, Wirtschaftlichkeit und soziale Gesichtspunkte.



Inspektionsbedarf und gegenwärtiger Zustand der Kanalisation

Die Kanalisation kommt in die Jahre

Die Länge der öffentlichen Kanalisation beträgt rund 540 000 Kilometer. Betrachtet man die Altersverteilung im Kanalnetz, so sind 28 % der Kanäle älter als 50 Jahre, 15 % älter als 75 Jahre und 6 % sogar älter als 100 Jahre. [6]

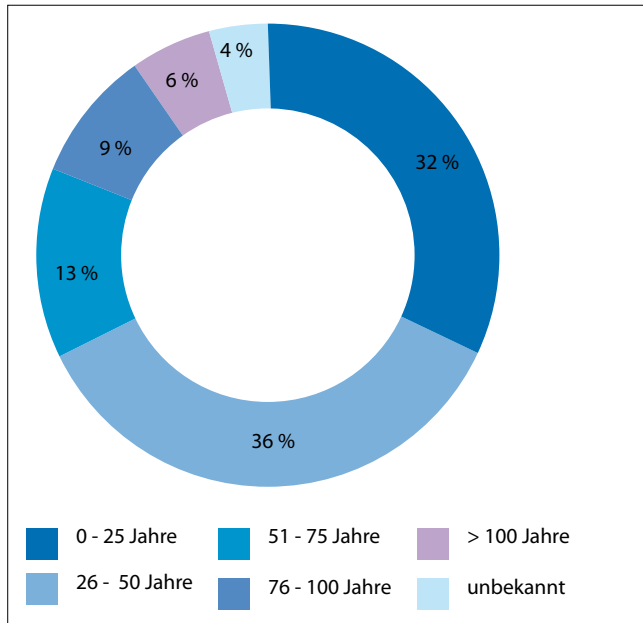


Abb. 2: Altersverteilung im Kanalnetz [6]

Sanierungsbedarf der Kanalisation

Experten schätzen die erforderlichen Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen auf 2,5 bis 3 % des Gesamtkanalnetzes

und mithin seines entsprechenden Wertes. Aktuellste Ergebnisse aus Benchmarking-Studien sehen einen kurzfristigen Sanierungsbedarf von 8,3 % des Kanalnetzes, mittelfristig sind im Bundesdurchschnitt 17,6 % sanierungsbedürftig. [1;13]

Inspektionen: ein Muss für die Zustandserfassung

Eine Begehung oder TV-Untersuchung des Kanalsystems sind die richtige Maßnahmen, um den Zustand ordentlich zu erfassen, um im Bedarfsfall einen geeigneten Weg für eine Sanierung oder Erneuerung zu wählen. Wichtig wäre, den Zustand der Kanalisation in Deutschland vollständig zu erheben, so wie es die Gesetzgebung vorschreibt. Bis jetzt beläuft sich jedoch die Inspektionsrate im Durchschnitt auf 80 % des Netzes, einzelne Bundesländer unterschreiten diese Quote sogar noch. [11;12]

Notwendig: Erhöhung des Inspektionsgrades

Der Inspektionsgrad der Kanalisation sollte erhöht werden: Die Betreiber von Abwasseranlagen sollten sich stets vor Augen führen, dass die Verunreinigung eines Gewässers durch den Betrieb undichter Kanäle einen Straftatbestand nach § 324 StGB darstellt. Eine Überprüfung der Kanäle darf aber nicht nur als gesetzliche Verpflichtung wahrgenommen werden, schließlich sollte es im Eigeninteresse jedes Kanalnetzbetreibers sein, durch eingehende Zustandserfassung die Voraussetzung für den Werterhalt des Kanalnetzes zu schaffen. Wichtig wäre es auch, von der haltungsbezogenen Einzelbetrachtung weg zu kommen und stattdessen eine systembezogene Erhaltungsstrategie zu erarbeiten.

Randbedingungen, die auf einen schlechten Kanalzustand hindeuten:

- Viel Fremdwasser im Kanal
- Häufige Überflutungen
- Verstopfungen
- Wiederkehrendes Auftreten von Bodenmaterial im Kanal
- Geruchsbelästigung durch Ablagerungen
- Kanal älter als 40 Jahre oder aus Phasen hoher Bautätigkeit
- Kanal, der vor Inbetriebnahme nicht geprüft und abgenommen wurde

Abb. 3: Randbedingungen zur Beurteilung des Kanalzustands [3]

Folgen nicht sanierter Kanalnetze

Ein schadhaftes Kanalnetz kann oft erhebliche Folgewirkungen haben. Hier auftretende Schäden sind damit sehr kostenträchtig. Auswirkungen eines geschädigten Kanalnetzes sind insbesondere:

Exfiltration: Abwasser aus undichten Kanälen verunreinigt Boden und Grundwasser.

Infiltration: Grundwasser und Fremdwasser fließen über undichte Stellen in den Kanal und verursachen unnötig hohe Betriebskosten.

Verschlechterung der Stand- und Betriebssicherheit: Bei schadhaften Kanälen besteht die Gefahr von Verstopfungen und Überschwemmungen z. B. durch einwachsende Wurzeln. Außerdem kann durch undichte Stellen Erdreich in das Kanalnetz gelangen und zur Hohlraumbildung im angrenzenden Untergrund führen. Im schlimmsten Fall kommt es zu Straßeneinbrüchen.

Wertminderung: Ohne Instandhaltung wird der Wert des Kanalnetzes auf Kosten der kommenden Generationen aufgezehrt und eine langfristige Nutzung gefährdet. [3]

Unsere Forderung:

Einhaltung der rechtlichen Vorgaben: Erhöhung der Inspektionsrate der Kanalisation - nur so kann der Verpflichtung zur Überwachung der Kanalnetze nachgekommen werden.



Gefahr für das Grundwasser durch Exfiltration

Als umweltrelevant ergibt sich der direkte Kontakt von Grundwasser mit rohem Abwasser. Eine ernsthafte Bedrohung des Grundwassers als Trinkwasser-Reservoir für die Umwelt im Allgemeinen und die Versorgung mit Trinkwasser im Besonderen stellt der Austritt von Abwasser aus schadhaften Kanalrohren dar. Kanalschäden, wie undichte Rohrverbindungen, Risse und Scherbenbildung, aber auch nicht fachgerechte Anschlussstutzen und Rohrbrüche können zu Exfiltrationen dramatischen Ausmaßes führen. Beispielsweise wurde beschrieben, dass das Wasser bei Füllproben in vielen Fällen rascher im umgebenden Erdreich versickerte, als mit einem Schlauch mit einem Durchfluss von 30 Liter pro Minute nachgefüllt werden konnte. In Fachkreisen wird angenommen, dass sich die gesamten Exfiltrationsmengen des nationalen Abwassernetzes zwischen 33 Mio. (günstige Schätzung) und 440 Mio. m³/

Jahr (ungünstige Schätzung) bewegen. Aktuelle Studien zeigen, dass im Boden sorbierte und im Korngefüge akkumulierte Stoffe aus Abwässern durch Sickerwasser in den Untergrund gespült werden. Das wird auch durch Studien des Landesamtes für Natur, Umweltschutz und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen bestätigt: In Siedlungsgebieten liegen „deutliche, statistisch signifikante Hinweise auf abwassertypische Grundwasserkontaminationen“ vor. [8;17;19;23;24]

Die Sicherung des kostbaren Gutes Wasser wird für die Gesellschaft in der Zukunft eine erhebliche Rolle spielen. Deshalb führte beispielsweise die Einführung der EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 zu einer verpflichtenden Umsetzung in nationales Recht, was wiederum eine Überarbeitung des Wasserhaushaltsgesetzes zur Folge hatte. Weitergehende Details enthalten die nachgelagerten Landeswassergesetze.

Eine fehlende Behebung der Exfiltration aus der Kanalisation verstößt gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie das Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Aufgrund dieser Gesetzgebung gilt insbesondere für das Grundwasser der Besorgnisgrundsatz.

§ 48 WHG Reinhaltung des Grundwassers

- (2) Stoffe dürfen nur so gelagert oder abgelagert werden, dass eine nachteilige Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist. Das Gleiche gilt für das Befördern von Flüssigkeiten und Gasen durch Rohrleitungen.

§ 55 WHG Grundsätze der Abwasserbeseitigung

- (1) Abwasser ist so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.

§ 60 WHG Abwasseranlagen

- (1) Abwasseranlagen sind so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Im Übrigen dürfen Abwasseranlagen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.
- (2) Entsprechen vorhandene Abwasseranlagen nicht den Anforderungen nach Absatz 1, so sind die erforderlichen Maßnahmen innerhalb angemessener Fristen durchzuführen.

§ 61 WHG Selbstüberwachung bei Abwassereinleitungen und Abwasseranlagen

- (2) Wer eine Abwasseranlage betreibt, ist verpflichtet, ihren Zustand, ihre Funktionsfähigkeit, ihre Unterhaltung und ihren Betrieb sowie Art und Menge des Abwassers und der Abwasserinhaltsstoffe selbst zu überwachen...

Abb. 4: Fehlende Behebung der Exfiltration – Verstoß gegen geltendes Recht [26]

Einzelheiten werden noch in den länderspezifischen Eigenüberwachungsverordnungen (EÜV) geregelt, die beispielsweise eine laufende Überwachung der öffentlichen Kanäle, das heißt spätestens alle 10 Jahre, vorsehen. Dass

dies jedoch nicht oder nur teilweise umgesetzt wurde, zeigen Untersuchungen aus den Jahren 2004 und 2009. Eine EÜV des Bundes liegt noch nicht vor. [26;27]

Infiltration von Grundwasser – Wasserverschwendung und unnötige Belastungen der Kläranlagen

Der überwiegend durch eindringendes Grundwasser verursachte Fremdwasseranfall (Infiltration) in defekte Rohr-

leitungen und Schächten belastet die Abwasserströme und verschlechtert die Reinigungsleistung der Kläranlagen zum Teil erheblich. Fremdwasser gehört nicht ins Abwasser und verursacht in der Kläranlage bei Bau und Betrieb unnötige Kosten.

Fremdwasserkomponente	MW	SW	RW
Eindringendes Grundwasser durch undichte Schächte und Kanäle	X	X	X
Drainagewasser	X	X	X*
Quellwasser und Bachwasser	X	X	X*
Oberflächenwasser von Außengebieten, die nicht planmäßig durch die Kanalisation entwässert werden	X	X	X
Kühlwasser	X	X	
Fehleinleitungen von Regenwasser		X	
Zufluss von Regenwasser über Schachtabdeckungen		X	
X = Die Fremdwasserkomponente gilt als Fremdwasser in dieser Kanalart * = Die Zulässigkeit der Einleitung von Drainage-, Quell- und Bachwasser ist im Einzelfall zu prüfen.			

Abb. 5: Fremdwasserursachen bei Mischwasserkanälen (MW) sowie Schmutzwasser- (SW) und Regenwasser (RW)-Kanälen der Trennkanalisation [18]



Von 10 m³ Grundwasserentnahme gelangen im Bundesdurchschnitt 23 % ungenutzt in Abwassernetze und Kläranlagen, und damit wird nahezu ein Viertel nicht wie vorgesehen als Trinkwasser genutzt. In manchen Kanalnetzen, insbesondere bei hohen Grundwasserständen, kann das

Trinkwasser über die Hälfte des anfallenden Abwassers ausmachen. Neben der Verschwendung sind höhere Kosten für die Dimensionierung von Regenwasserrückhaltebecken und Kläranlagen die Folge. [1;9]

Unsere Forderung:

Beenden der Gefährdung des Grundwassers durch Exfiltration und Schluss mit der Grundwasser- und Fremdwassereinleitung durch Infiltration aufgrund mangelhaft sanierter Kanalisation.

Nachhaltigkeitskriterium Ökonomie – Werterhalt durch Erhaltungs- und Erneuerungs-investitionen ist Voraussetzung für Wirtschaftlichkeit

Öffentliche Kanalnetze stellen meist die größten Anlagewerte von Städten und Gemeinden dar. Das Bewusstsein dafür zu schaffen, reicht weit über die kommunalpolitischen Entscheider hinaus, auch den Bürgern ist kaufmännisch zu vermitteln, wie groß der Wert „ihres“ Vermögens unter der Erde ist. Gleichzeitig muss dieses Vermögen – vergleichbar mit Wohn- und Gewerbeimmobilien – durch stetige Maßnahmen qualifizierter Bauunternehmen und Bauteillieferanten erhalten und technisch auf den aktuellen Stand gebracht werden. [3]

Mangels genauer Erfassung des Gesamtwertes des Kanalnetzes in Deutschland muss eine Schätzung dieser Substanz vorgenommen werden. Eine Möglichkeit besteht darin, einen Mittelwert aus dem bestehendem Schadensumfang sowie den durch die Kosten je Meter Kanal für beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen zu bilden und diesen mit der Gesamtlänge des Kanalnetzes zu multiplizieren. Dies liefert zwar ein ungenaues Bild, kann aber eine grobe Schätzung zulassen. Zu beachten ist allerdings, dass Anteile an Erneuerung, moderne Verfahren der Sanierung, Sanierungsziele oder systembezogene Priorisierung anhand des Schadensbildes wesentliche Einflüsse auf die tatsächlichen Kosten haben können. Nimmt man z. B. für den Zeitraum von 2009 bis 2013 die Kosten für Erneuerung (1.709 €/m) und Ersterschließung (838 €/m) im Mittel, so lässt sich für das öffentliche Kanalnetz mit seiner Länge von rund 540.000 km ein Wiederbeschaffungswert von 687 Mrd. Euro bestimmen. [6]

Rein vom Werteverzehr bei einer – sehr optimistisch – angenommenen Nutzungsdauer von 100 Jahren betrachtet

(1 % Abschreibung und Reinvestition), würde dies einem Investitionsbedarf von knapp 7 Mrd. € jährlich entsprechen, bei einer Nutzungsdauer von 50 Jahren (2 % Abschreibung und Reinvestition) entsprechend knapp 14 Mrd. Euro pro Jahr.

Nach einer ursprünglichen Planung hätten diesem Bedarf laut DWA-Umfrage geplante Ausgaben für den Zeitraum 2009 bis 2013 von lediglich 1,41 Mrd. €/ Jahr gegenüberstehen sollen, was lediglich einem Fünftel bzw. einem Zehntel dessen entspricht, was an jährlichen Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen erforderlich gewesen wäre und einer – vollkommen utopischen – Nutzungsdauer von 500 Jahren entsprochen hätte. Diesen ursprünglichen Planungen standen dann doch etwas höhere Investitionen gegenüber. Laut den Wirtschaftsdaten der Abwasserbeseitigung von 2011 als Ergebnis einer gemeinsamen Umfrage der DWA, des Deutschen Städtetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes beliefen sich die Investitionen der Abwasserentsorger in den Jahren 2010 auf etwa auf 3,4 Mrd. Euro, in 2011 auf etwa 4,4 Mrd. Euro und in 2012 auf etwa 4 Mrd. €. Allerdings wurden davon nur 67 % tatsächlich in das Kanalnetz gesteckt, die restlichen Ausgaben wurden für die Abwasserbehandlung oder für sog. unterstützende Prozesse verwendet. [6;7]

Auch wenn die tatsächlichen Investitionen höher waren als ursprünglich geplant, muss weiterhin von einem bedrohlichen Investitionsdefizit gesprochen werden, das sich in einer Größenordnung zwischen 5 bis 10 Mrd. Euro bewegt.

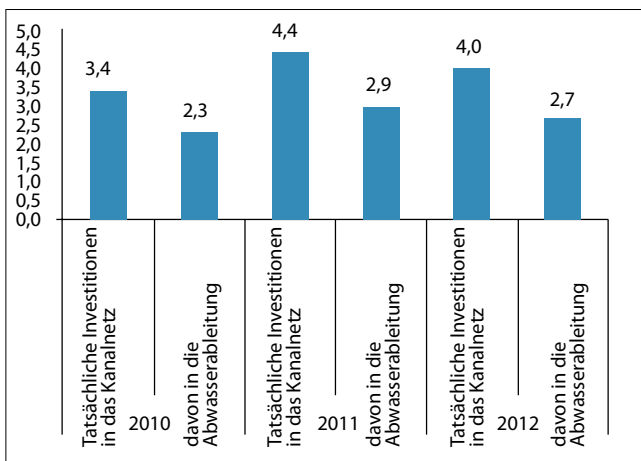


Abb. 6: Tatsächliche Investitionen in das Kanalnetz in Mrd. Euro 2010-2012 [7]



Unsere Forderung:

Beenden des teilweise massiven Investitionsstaus und Einhalten einer jährlichen Investitionsquote von mindestens 2 % des Wertes der Kanalisation, um die hohen Anlagenwerte der Kanalisation in den Städten und Gemeinden zu sichern.

Nachhaltigkeitskriterium Soziales : Schutz für die Umwelt – Chance für die Menschen

Schutz vor langfristigen Schäden

Im derzeitigen Zustand der Kanalnetze und mit Blick auf die finanzielle Bewältigung der Zukunftsaufgaben wird weiteres Abwarten am Ende zur teuersten Lösung und zu einer hohen Hypothek für nachfolgende Generationen. Ein gutes Konzept hilft Kosten sparen: drängende Mängel müssen kurzfristig saniert, leichte Schäden können nach und nach behoben werden. Die verantwortlichen Stellen dürfen dem Instandsetzungsstau nicht länger hinterherlaufen und nach dem „Feuerwehrprinzip“ nur noch die dringendsten Schäden, wie z. B. Kanaleinbrüche, Verstopfungen und starke Fremdwassereintritte beseitigen. Gerade der häufige Verweis auf die Kosten verpflichtet zum nachhaltigen Blick auf die Zukunft unserer Netze. Zu berücksichtigen ist zudem, dass sich Schäden mit der Zeit

weiter vergrößern. Die in einem Sanierungskonzept vorgesehenen Maßnahmen haben deshalb Auswirkungen auf die Betriebssicherheit, den Wert des Kanalnetzes und die Sanierungskosten von morgen. Gleiches gilt für die Sanierungsarten, mit denen die Schäden behoben werden. Auf lange Sicht ist es in der Regel wirtschaftlicher, den Umfang der Sanierungen zu vergrößern und zusammen mit starken Mängeln auch mittlere und leichte Schäden zu beheben. Auch sollte eine zeitliche Abstimmung u. a. mit Strom- und Telekommunikationsanbietern erfolgen. Dann ist kein mehrmaliger Eingriff in den Rohrgraben erforderlich. [3]

Außerdem spielt die Qualität des Bauzustands und des eingebauten Rohres eine erhebliche Rolle bei Aspekten der Sanierung, der Renovierung und des Neubaus der Kanalisation. [13]

Ursachen von Schäden an der Kanalisation

- fehlerhafte Planung
- mangelhafte Bauausführung
- ungeeignetes Rohrmaterial und Rohrverbindungen
- Alterung und Verschleiß
- statische und dynamische Überlastung
- unsachgemäße Hausanschlüsse
- mangelhafter Betrieb und Überwachung
- ungeeignetes Rohrreinigungsverfahren
- mangelhafte Sanierung
- Kreuzung mit anderen Leitungen, benachbarten Leitungen
- Erdstöße und Bergsenkung

Abb. 7: Ursachen von Schäden an der Kanalisation [13]



Abb. 8: Einwirkungen auf Abwasserrohre [13]



Chancen für nachhaltige Sanierungskonzepte

Besonders nachhaltig sind kombinierte Bau-, Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen, die eine sinnvolle Strategie für möglichst wirtschaftliche Investitionsmaßnahmen darstellen und dadurch schneller, kostengünstiger, dauerhafter und auch partnerschaftlicher durchgeführt werden. Insbesondere im kommunalen Bereich kann damit auch mittelständischen Unternehmen die Chance geboten werden, sich an solchen Vorhaben zu beteiligen, wie Umfragen zu kommunalen Projekten ergaben. Der in diesen Konzepten propagierte Lebenszyklusansatz, das heißt Qualität und Effizienz über eine längere Vertragslaufzeit hinweg, kann damit auch im Bereich des Leitungsbaus zum Tragen

kommen. Es lohnt sich, verschiedene Varianten gegenüber zu stellen. [14]

Sollen der Wert des Kanalnetzes erhalten und die Betriebssicherheit verbessert werden, sollte bevorzugt die Erneuerung mit hoher Nutzungsdauer gewählt werden. Dies kann jedoch kurzfristig höhere Sanierungs- bzw. Erneuerungskosten zur Folge haben. Ein gut durchdachtes Konzept zeigt einen optimalen Mittelweg bei Umfang und den gewählten Arten bei Reparatur, Renovierung oder Erneuerung auf. Welcher Stellenwert dabei Zielen wie „hohe Betriebssicherheit“, „Werterhalt des Kanalnetzes“ oder „kurzfristig niedrige Sanierungskosten“ zugeordnet wird, entscheidet die Kommune. [3]

Sanierungsart	Anwendungsgebiet	Beispiel	Wirtschaftlichkeit
Reparatur	Punktuelle, örtlich begrenzte Schäden	Abdichtung einer Rohrverbindung mit Roboter	- Geringe Kosten - Geringe Nutzungsdauer: ca. 2 - 15 Jahre
Renovierung	Streckenschäden (z. B. lange Risse) oder zahlreiche Einzelschäden (z. B. undichte Muffen)	Auskleidung einer ganzen Haltung mit einem harzgetränkten Glasfaserschlauch	- Mittlere Kosten - Mittlere Nutzungsdauer: ca. 25 - 50 Jahre
Erneuerung	Gesamter Kanal ist stark geschädigt oder hydraulische Leistungsfähigkeit soll erhöht werden	Erneuerung einer Haltung in offener Bauweise	- Hohe Kosten - Hohe Nutzungsdauer: ca. 50 - 100 Jahre

Abb. 9: Sanierungskonzepte für die Kanalsanierung [3]

Investitionen in den Kanalbau: Beschäftigungs- und umweltpolitischer Motor

Das jährliche Investitionsvolumen in die Kanalisation mit etwa 4 Mrd. Euro kann mit den Investitionen der Nahrungsmittel- und Futtermittelherstellung (3,2 Mrd. Euro), der Metallerzeugung und -bearbeitung (3,6 Mrd. Euro) bzw. der Herstellung von Metallerzeugnissen verglichen werden. Die DWA konstatiert deshalb: „Die Abwasserbeseitigung stellt damit einen beschäftigungs- und umweltpolitischen Motor, insbesondere im Bereich des Mittelstands und des Anlagenbaus dar.“ [7]

Wenn die Investitionen auch noch in dem Maße getätigt werden, dass der Substanzerhalt der Kanalisation zumin-

dest gewährleistet bleibt, dann erhöht sich die Schubwirkung für den Arbeitsmarkt noch weiter und bewirkt hier einen zusätzlichen Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit für die Menschen. [7]

Soziale Nachhaltigkeit in Zusammenhang mit der Kanalisation bedeutet zusammenfassend, dass Menschen nicht nur eine wirtschaftliche Kontinuität durch sichere Arbeitsplätze in den Regionen erhalten, sondern auch gleichzeitig der Schutz von Grundwasser, Boden und damit der Gesundheit von Mensch und Natur gewährleistet sein müssen. [2]

Unsere Forderung:

Aufstellen eines individuellen Inspektions- und Sanierungs- bzw. Erneuerungskonzeptes für die Kanalisation der öffentlichen Hand unter Beachtung der Nachhaltigkeitskriterien.

Impulse pro Kanalbau – die Forderungen auf einen Blick

„Den Netzbetreibern muss bewusst werden, dass die Kanalnetze das größte Anlagever-

Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt [9]

1. Betrachtung der drei Aspekte der Nachhaltigkeit nicht nur im Hochbau, sondern auch bei der Kanalisation angesichts der hohen öffentlichen Anlagewerte: Ökologie, Wirtschaftlichkeit und soziale Gesichtspunkte

Die Abwasserbeseitigung stellt eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand, explizit der Städte und Gemeinden dar. Die Bundesregierung setzt insbesondere im Baubereich die Nachhaltigkeit ganz oben auf ihre Agenda und betont dabei die Vorbildfunktion öffentlicher Bauten. Gleichzeitig hat die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit von Bausubstanz – und dazu muss selbstverständlich auch die Kanalisation gezählt werden – Einzug gehalten in nationale Vorgaben, die den Markteintritt regeln. Eine nachhaltige Bauweise der Kanalisation beinhaltet ökologische, ökonomische und soziale Aspekte. Ökologie berücksichtigt dabei den Schutz der Umwelt und damit des Menschen. Dies wird für die Abwasserwirtschaft durch klare rechtliche Vorgaben, etwa durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie oder das Wasserhaushaltsgesetz, geregelt. Wirtschaftlichkeit als wesentlicher Bestandteil der Nachhaltigkeit spielt insbesondere bei kostenintensiven und auf Langlebigkeit ausgerichteten Anlagewerten, wie sie die Kanalisation darstellt, eine erhebliche Rolle. Soziale Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit bedeuten sowohl zum Beispiel das Angebot von sicheren Arbeitsplätzen und akzeptablen Arbeitsbedingungen, als auch den Schutz nachfolgender Generationen vor Umwelt- und wirtschaftlichen Schäden.

2. Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben: Erhöhung der Inspektionsrate der Kanalisation - nur so kann der Verpflichtung zur Überwachung der Kanalnetze nachgekommen werden

In Anbetracht der rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. EU-Wasserrahmenrichtlinie WRRL und Wasserhaushaltsgesetz WHG) muss der Inspektionsgrad der Kanalisation erhöht werden. Das Risiko, dass nicht inspizierte, schadhafte Kanäle weiterhin zur Verunreinigung von Gewässern beitragen, ist zu hoch. Schließlich müssen sich Betreiber von Abwasseranlagen stets vor Augen führen, dass die Verunreinigung eines Gewässers durch den Betrieb undichter Kanäle einen Straftatbestand nach § 324 StGB darstellt.

Eine Überprüfung der Kanäle darf aber nicht nur als gesetzliche Verpflichtung wahrgenommen werden, schließlich sollte es im Eigeninteresse jedes Kanalnetzbetreibers sein, durch eingehende Zustandserfassung die Voraussetzung für den Werterhalt des Kanalnetzes zu schaffen.

3. Beenden der Gefährdung des Grundwassers durch Exfiltration und Schluss mit der Grundwasser- und Fremdwasserinleitung durch Infiltration aufgrund mangelhaft sanierter Kanalisation

Eine ernsthafte Bedrohung des Grundwassers als Trinkwasser-Reservoir für die Umwelt im Allgemeinen und die Versorgung mit Trinkwasser im Besonderen stellt der Austritt von Abwasser aus schadhaften Kanalrohren und Schächten dar.



mögen der Städte und Gemeinden sind.“

Kanalschäden führen zu Exfiltrationen dramatischen Ausmaßes: Schätzungen zufolge können bis zu 440 Mio m³ pro Jahr aus Abwasserkanälen in den Boden exfiltrieren. Die Infiltration von Grundwasser in defekte Rohrleitungen und Schächte stellt gleichzeitig eine unnötige Verschwendung des kostbaren Gutes Wasser dar, die schnellstmöglich behoben werden muss. Der Zustand, dass im Durchschnitt von 10 m³ Grundwasserentnahme im Bundesdurchschnitt 23 % ungenutzt in Abwassernetze und Kläranlagen gehen, muss abgestellt werden.

4. Beenden des teilweise massiven Investitionsstaus und Einhalten einer jährlichen Investitionsquote von mindestens 2 % des Wertes der Kanalisation, um die hohen Anlagenwerte der Kanalisation in den Städten und Gemeinden zu sichern

Der Wiederbeschaffungswert für das öffentliche Kanalnetz in Deutschland wird auf 687 Mrd. Euro geschätzt. Rein vom Werteverzehr bei einer – sehr optimistisch – angenommenen Nutzungsdauer von 100 Jahren betrachtet (1 % Abschreibung und Reinvestition), würde dies einem Investitionsbedarf von knapp 7 Mrd. € jährlich entsprechen, bei einer Nutzungsdauer von 50 Jahren (2 % Abschreibung und Reinvestition) entsprechend knapp 14 Mrd. € pro Jahr.

Derzeit werden in Deutschland pro Jahr etwa 4 Mrd. Euro in die Kanalisation investiert. Allerdings wurden davon nur 67 % tatsächlich in das Kanalnetz gesteckt, die restlichen Ausgaben wurden für die Abwasserbehandlung oder für sog. unterstützende Prozesse verwendet. Es muss deshalb von einem bedrohlichen Investitionsdefizit gesprochen werden, das sich in einer Größenordnung zwischen 5 bis 10 Mrd. Euro bewegt. Eine Investitionsquote von 2 %, angelehnt an sinnvolle Abschreibungen und Reinvestitionsbedarf muss erreicht werden, damit diese hohen Anlagenwerte geschützt werden.

5. Aufstellen eines individuellen Inspektions- und Sanierungs- bzw. Erneuerungskonzeptes für die Kanalisation der öffentlichen Hand unter Beachtung der Nachhaltigkeitskriterien

Ein gut durchdachtes Konzept zeigt einen optimalen Mittelweg bei Umfang und den gewählten Arten bei Sanierung oder Erneuerung auf. Welcher Stellenwert dabei Zielen wie „hohe Betriebssicherheit“, „Werterhalt des Kanalnetzes“ oder „kurzfristig niedrige Sanierungskosten“ zugeordnet wird, entscheidet die Kommune. Insbesondere unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sollte eine hohe Nutzungsdauer in der ökonomischen Gesamtrechnung berücksichtigt werden. Es lohnt sich, verschiedene Varianten gegenüber zu stellen. Ein angemessener Schutz von Grundwasser, Boden und damit der Gesundheit von Mensch und Natur muss gewährleistet sein.



- [1] Aquabench (Hrsg.): Benchmarking Abwasser Bayern, Benchmarking der Unternehmen der Abwasserbeseitigung – Ergebnisbericht für das Erhebungsjahr 2010, Hamburg 2012, S. 6.
- [2] Bayerische Gemeindezeitung (Hrsg.): Stopp dem Werteverfall der kommunalen Infrastruktur!, Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauindustrieverband e.V., Nr. 13, 62. Jg., 2011, S. 9 ff. und 19 f.
- [3] Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU) (Hrsg.): Leitfaden zur Inspektion und Sanierung kommunaler Abwasserkanäle, Augsburg 2010, S. 4, 9 f. und 18.
- [4] Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.): Leitfaden Nachhaltiges Bauen, Berlin 2011, S. 3 und S. 14 ff.
- [5] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg.): BMZ Spezial 158: Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Siedlungshygiene und Abwassermanagement., Berlin, Bonn 2008, S. 3.
- [6] Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) (Hrsg.): Zustand der Kanalisation in Deutschland – Ergebnisse der DWA-Umfrage 2009, KA Korrespondenz Abwasser, Abfall (2011) Nr. 1, S. 6 f., 24 ff und 33.
- [7] Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) (Hrsg.): Wirtschaftsdaten der Abwasserbeseitigung 2011 – Ergebnisse einer gemeinsamen Umfrage der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) und des Deutschen Städtetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hennef 2011, S. 4 ff.
- [8] Dohmann, M.: Undichte Abwasserleitungen und -kanäle – eine Bedrohung für die Umwelt, 3 R international 28 (1998) Heft 2, S. 78 ff.
- [9] DWA-Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. Landesverband Bayern (Hrsg.): Interview mit dem LfU-Präsidenten Kumutat. In: Mitglieder-Rundbrief Nr. 2/2011, S. 10 ff.
- [10] Ecologic Institut (Hrsg.): Klimawandel: Welche Belastungen entstehen für die Tragfähigkeit der Öffentlichen Finanzen? – Endbericht, Berlin 2009, S. 59 f.
- [11] Englmann, E.; Berger, G.; Loy, H.: Sanierungsbedarf der öffentlichen Kanalisation in Bayern. In: Wasser und Abfall, Nr. 1-2/2010, S. 10 ff.
- [12] Günthert, F. W.: Experteninterview mit den Deutschen Journalistendiensten zum „Kanalbau“, 31.07.2012, S. 19 ff.
- [13] Günthert, F. W.: Impulse pro Kanalbau – Nachhaltige Instandhaltung des Abwassernetzes in Deutschland, Vortrag anlässlich der 57. Beton Tage, Neu-Ulm 2013.
- [14] Gesprächsrunde PPP (Federführung Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern) (Hrsg.): Public Private Partnership zur Realisierung öffentlicher Baumaßnahmen in Bayern. PPP-Vergabeverfahren unter Berücksichtigung mittelständischer Interessen nach § 97 Abs. 3 GWB, München 2012, S. 3.
- [15] Hartog, R.: Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert; Schriftenreihe des Vereins zur Pflege Kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e.V. Berlin, Bd. 6, Stuttgart 1962; zitiert in: Seeger, H.: The history of German waste water treatment. In: European Water Management, Volume 2, Number 5, 1999, S. 51 ff.
- [16] Institut Bauen und Umwelt e.V. (IBU) (Hrsg.): Kompendium Nachhaltiges Bauen, Königswinter 2011, S. 42 ff.
- [17] Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen Grundwassergefährdung durch undichte Kanäle Literaturlauswertung und Auswertung der Analysenergebnisse der landesweiten Grundwassermessstellen in NRW LANUV-Fachbericht 43, Recklinghausen 2012, S. 49 ff.
- [18] Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) (Hrsg.): Fremdwasser in kommunalen Kläranlagen, Karlsruhe 2006, S. 6.
- [19] Müller, W. M., Schmidt-Bleek, F.: Kanal undicht: Gefahr fürs Grundwasser? Entsorgungspraxis (1988) Heft 5, S. 198 ff.
- [20] o.V.: <http://www.berliner-rieselfelder.de/geschichte/geschichte01.html>, Zugriff vom 11.07.2012.
- [21] o.V.: http://www.nuernberg.de/internet/abwasser/kanalisation_geschichte.html, Zugriff vom 27.08.2012.
- [22] Seeger, H.: The history of German waste water treatment. In: European Water Management, Volume 2, Number 5, 1999, S. 51.
- [23] Stein, D.: Instandhaltung von Kanalisationen, 3. Aufl., Berlin 1998, S. 782 f.
- [24] Weinig, J.: Abwasserinhaltsstoffe perkolieren in den Untergrund. In: bi-Umwelt Nr.1- 2013, S. 141.
- [25] Winkler, U.: Abwasserkanäle – der „vergrabene Schatz“, Vortrag anlässlich des 10. Schlauchlinertages, Hannover 2010, S. 9.

Gesetze, Richtlinien und Verordnungen

- [26] Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz-WHG) vom 31. Juli 2009, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.01.2013.
- [27] Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EU-Wasserrahmenrichtlinie – WRRL).
- [28] Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/ EWG des Rates.

Träger der Aktionsgemeinschaft



Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e. V.
Kochstraße 6-7, 10969 Berlin
www.baustoffindustrie.de



Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main
www.igbau.de



Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) e. V.
Am Weidendamm 1 A, 10117 Berlin
www.bdb-bfh.de



Technische Universität Kaiserslautern
Gottlieb-Daimler-Straße, Gebäude 47, 67663 Kaiserslautern
www.uni-kl.de



Fachverband Steinzeugindustrie e. V.
Alfred-Nobel-Straße 17, D-50226 Frechen
www.fachverband-steinzeug.de



Universität der Bundeswehr München
Werner-Heisenberg-Weg 39, 85577 Neubiberg
www.unibw.de



FBS - Fachvereinigung Betonrohre und Stahlbetonrohre e. V.
Schlossallee 10, 53179 Bonn
www.fbsrohre.de



Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V.
Nassauische Str. 15, 10717 Berlin
www.fg-bau.de



Fachgemeinschaft Guss-Rohrsysteme (FGR®) e. V.
Im Leuschnerpark 4, 64347 Griesheim
www.eadips.org



Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V.
Holbeinstraße 16, 79100 Freiburg
Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart
www.bauwirtschaft-bw.de



GSTT - German Society for Trenchless Technology e.V.
Messedamm 22, 14055 Berlin
www.gstt.de



Verband Bauwirtschaft Nordbaden e. V.
Bassermannstraße 40, 68165 Mannheim
www.bau-nordbaden.de



VDRK Verband der Rohr- und Kanal-Technik-Unternehmen e.V.
Ludwig-Erhard-Straße 8, 34131 Kassel
www.vdrk.de



Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e. V.
Gerhard-Koch-Straße 2, 73760 Ostfildern
www.iste.de



ARGE Betonbauteile Süd
www.betonbauteile-by.de
www.betonservice.de
www.bfb-dresden.de



Bayerische Ingenieurekammer-Bau
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Nymphenburger Straße 5, 80335 München
www.bayika.de



Beton Marketing Süd GmbH
Gerhard-Koch-Straße 2+4, 73760 Ostfildern
www.beton.org



Bayerischer Bauindustrieverband e. V.
Oberanger 32, 80331 München
www.bauindustrie-bayern.de



BQ-Zert - Die Bau- und Baustoffzertifizierer BÜV-QMB-Zert
Gerhard-Koch-Str. 2 + 4, 73760 Ostfildern
www.bq-zert.de



Bayerischer Industrieverband Steine und Erden e. V.
Beethovenstr. 8, 80336 München
www.steine-erden-bayern.de



Zertifizierung Bau GmbH
Kronenstraße 55 - 58, 10117 Berlin
www.zert-bau.de



Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V.
Max-Joseph-Str. 8, 80333 München
www.vbs-ev.de



Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e. V.
Walter-Köhn-Str. 1 c, 04356 Leipzig
www.uvmb.de

Impressum

Impulse pro Kanalbau - Forderungskatalog zur nachhaltigen Sicherung der Kanalisation in Deutschland
2. überarb. Auflage, München 2013.

Herausgeber:

Aktionsgemeinschaft Impulse pro Kanalbau
c/o Bayerischer Industrieverband Steine und Erden e. V./ Fa BBB
Beethovenstraße 8
80336 München
Tel. 089 51403181
Fax 089 51403183
www.impulse-pro-kanalbau.de

Redaktion

Prof. Dr. Katja Priem
Dr. Ulrich Lotz
Dr. Detlef Lupp
Thomas Loders

Gestaltung

Julia Benzler

Bildnachweise:

Blickwinkel/ Fotolia (Titel: 1. v. l.)
BMVBS/Fotograf: Frank Ossenbrink (S. 4)
djd/ Impulse pro Kanalbau (S.12, 14 l.)
trans-ponder.de/ Wir danken für die freundliche Unterstützung der Stadtentwässerung Mannheim
(S. 3, 8, 11, 15/2., 3. u. 4. Bild v. l.)
BetonBauteile Bayern (Titel 2. u. 4. v. l., Bild unten, S. 6)
Microsoft (S. 10)
Zauberhut/ Fotolia (Titel: 3. v. l.)

Druck

f.u.t.müllerbader gmbh

München, April 2013

Nachdruck, auch auszugsweise nur mit Erlaubnis der Aktionsgemeinschaft.

Impulse pro Kanalbau

www.impulse-pro-kanalbau.de

Impulse pro Kanalbau

